

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Rat Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zapfenstreich.

Der erste Strauß ist vorüber. Die neue Wehrvorlage hat die erste Lesung im Plenum passiert. Donnerstags abend wurde Zapfenstreich geblasen. Die Vorlage wird jetzt hinter den stillen Mauern der Kommissionen in ihren Einzelheiten besichtigt werden, sie wird aber — wenigstens, soweit es sich um die rein militärischen Forderungen handelt — kaum wesentlich verändert beim „Wochen“ der zweiten Lesung vor dem Plenum des Reiches antreten.

Rum haben sich im Laufe der Debatten im Reichstage verschiedene Redner der „nationalen“ Parteien am „Vorwärts“ zu reiben versucht. Sie haben erklärt, auch der „Vorwärts“ habe zugegeben, daß in Frankreich eine starke chauvinistische Stimmung herrsche. Gewiß hat das der „Vorwärts“ getan, aber er hat gleich hinter dieser Feststellung unwiderleglich nachgewiesen, daß diese Strömung ihre Quelle hat in den Kontoren von Rüstungsinteressen, in den Bureaus demagogischer Staatsmänner und in den Redaktionen gewisser Bourgeoisblätter u. dergl., daß aber unter dieser Strömung eine ganze Menge daneben Faktoren sind, die den kriegerischen Tendenzen außerordentlich stark entgegenwirken, so z. B. die militärische Festlegung Frankreichs in Nordafrika, die schwachen Kadres usw. Unsere prinzipielle Stellung zu der ganzen Frage ist aber grundsätzlichen von der der bürgerlichen Parteien. Wir wissen, — um diese Stellungnahme noch einmal zu präzisieren — daß Rüstungswahnwitz und Kriegsgefahr natürliche Begleitererscheinungen der gegenwärtigen imperialistischen Epoche des Kapitalismus sind. Bei der Beurteilung der Wehrvorlage handelt es sich für uns um die Frage: Wird die Kriegsgefahr durch sie vermehrt oder vermindert? Die Antwort lautet dahin, daß durch die Wehrvorlage die Offensivkraft Deutschlands vermehrt und das Mißtrauen der anderen Staaten noch stärker gereizt wird. Daneben und für uns gleich schwerwiegend ist die Erhöhung der an sich schon erdrückenden Rüstungskosten für das werktätige Volk sowie die Stärkung der reaktionären Mächte in Deutschland durch die neue Wehrvorlage. Daher bleibt es für uns bei der Parole: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Diese Stellungnahme läßt an Klarheit und Unzweideutigkeit nichts zu wünschen übrig; sie unterscheidet sich durch ihre Konsequenz gewaltig von der verkommenen und kurz-sichtigen Haltung des Linksliberalismus. Was soll man dazu sagen, wenn eine Deutliche der bürgerlichen Demokratie, wie Herr Hausmann, im Reichstage folgenden Satz zum besten gibt: „Auf jeden Fall muß Salus gemacht werden mit weiteren Militärforderungen; dem Drängen nach erhöhter Vermehrung der Truppen treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen.“ Das klingt sehr entschieden; nur schade, daß man kein allzu großes Vertrauen auf den Mut des Liberalismus zur Ablehnung weiterer Militärvorlagen setzen darf. Denn wenn der Fortschritt diese Wehrvorlage bewilligt, bewilligt er schon im voraus die nächstkommende Militärforderung.

Wir haben schon mehrmals angedeutet, daß man aus der vorliegenden Wehrvorlage schon die kommende in ihren Einzelheiten herauskonstruieren kann.

Die kommende Wehrvorlage wird, spätestens im Jahre 1915, mindestens fordern:

- 15 Bataillone Infanterie,
Friedensformation von circa 6 Kavalleriedivisionen,
Umwandlung der Feldartillerie-Batterien mit 6 Geschützen zu solchen mit 4 Geschützen,
weiterer Ausbau der Militärluftschiffahrt und der technischen Truppen.

Die kommende Forderung für die Infanterie muß auch jedem Laien einleuchten. Wenn man heute zugibt, daß das Infanterieregiment drei Bataillone haben muß, und wenn man heute für 17 von den 32 Regimentern, die jetzt nur zwei Bataillone haben, das dritte Bataillon bewilligt, dann wird und muß man es auch in zwei oder drei Jahren für die übrig bleibenden 15 Regimenter bewilligen. Wird Herr Hausmann dann der inneren Konsequenz des Militarismus gegenüber auf seiner entscheidenden Ablehnung beharren?

Wenn die kommende Wehrvorlage nicht eine Vermehrung der Kavallerie verlangen wird, was nicht ausgeschlossen ist, so wird sie sicher die Formation der Kavalleriedivisionen im Frieden verlangen. Jetzt sind noch die Kavalleriebrigaden im Frieden den einzelnen Infanteriedivisionen zugewiesen, mit Ausnahme des Gardekorps, dessen Kavallerie ständig zu einer

Division formiert ist. In der militärischen Fachpresse wird in der letzten Zeit mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit von Kavalleriedivisionen im Frieden hingewiesen. Begründet wird die Forderung mit dem Hinweis auf die Verwendung der Kavallerie bei Ausbruch eines Krieges; ferner kommt in Betracht, daß Frankreich im Frieden schon acht Kavalleriedivisionen hat, und daß Rußland über große Kavallerieverbände verfügt. Unsere Militaristen werden den bürgerlichen Volksvertretern schon klarzumachen wissen, daß das auch für Deutschland unbedingt notwendig ist. Da diese Neuorganisation in der Schaffung höherer und kostspieliger Kommandostellen bestehen würde, käme sie auch dem Abwancement sehr zustatten, und das ist ja bei den Wehrvorlagen ein sehr wichtiges Moment.

Für die Umwandlung der Feldartillerie in der oben angedeuteten Richtung hat dieser Tage schon das „Berliner Tageblatt“ Stimmung gemacht. In einem an leitender Stelle stehenden Artikel eines Generalleutnants a. D. wurde auf die Vorteile der französischen Biergeschütz-Batterien gegenüber den deutschen Sechsgeschütz-Batterien hingewiesen und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Deutschland dem französischen Vorbilde nachahmen werde. Tatsächlich bewegen sich alle Erörterungen und Anregungen in der militärischen Fachpresse in der gleichen Richtung. Ja, man hat bei der gegenwärtigen Wehrvorlage in der Praxis mit dieser Organisationsform schon den Anfang gemacht: die reitende Artillerie wird (unter Beibehaltung der Gesamtzahl ihrer Geschütze) aus Sechsgeschütz-Batterien in Biergeschütz-Batterien umgewandelt, d. h. aus 42 Batterien werden 63 gemacht. Warum wendet man das gleiche Verfahren nicht auch bei den fahrenden Batterien der Feldartillerie an? Es hätte sich dann die Neuschaffung von ganzen Feldartillerieregimentern, wie sie die jetzige Wehrvorlage vorsieht, vermeiden lassen. Die Antwort ist sehr einfach. Man will zunächst möglichst viel Batterien zu sechs Geschützen heraus schlagen, um dann, wenn die Umwandlung in Biergeschütz-Batterien verlangt wird, eine recht große Geschützzahl mit Befehlsstellungen zur Verfügung zu haben. Diese Umwandlung hat dann zur Folge eine erhebliche Vermehrung der Offiziersstellen, vor allem im Hauptmannrang, dann aber jedenfalls auch durch Schaffung einer neuen Einteilung in Korps- und Divisionsartillerie in den höheren Chargen. Daneben kann sehr leicht die Einführung neuer und verbesserter Geschützmodelle und des Artilleriegerätes einhergehen — kurz alles Dinge, die dem steuerzahlenden Volke sehr teuer zu stehen kommen werden. Werden dann Herr Hausmann und seine liberalen Freunde „Schluß machen“ mit der Bewilligung der Militärforderungen? Dann dürften sie jetzt bei dieser Vorlage nicht A sagen, sonst müssen sie das ganze militärische A b c herunterbuchstabieren.

Daß die Militärartillerie und die Militärballons weitere technische Verdollkommnungen erfahren haben werden und dementsprechend für die „sünste“ Waffe erhöhte Forderungen gestellt werden, liegt wohl für jeden klar auf der Hand. Dazu kommt weiter, daß auch die Maschinengewehre sich noch im Stadium technischer Versuche und Umwandlungen befinden, so z. B. die Kubringung von Schutzschilden an den Gewehren, die Frage des Gewehr- und Munitionstransportes und dergl. — alles Dinge, die mit ziemlicher Sicherheit auf neue Aufwendungen auch für diese Waffe rechnen lassen.

Wir wollen uns hier nicht allzusehr in militärische Einzelheiten verlieren. Das Eine steht jedenfalls für uns fest: die vorliegende Wehrvorlage schließt schon die nächste in sich; wer jetzt zugibt, sagt auch in zwei, drei Jahren zu. Dabei haben wir noch gar nicht die Wirkung der vorliegenden Wehrvorlage auf die französische, russische usw. Seeresorganisation in Rechnung gezogen. Diese Wirkung bleibt natürlich nicht ohne Rückwirkung auf Deutschland. Das Wort von der „Schraube ohne Ende“ ist also keine leere Redensart, sondern harte, grausame Wirklichkeit. Denn der Leidtragende bei diesem Beträuben ist und bleibt das arbeitende und steuerzahlende Volk.

Und bei alledem haben wir nicht einmal die Marine berücksichtigt, die das nächstmal wahrscheinlich nicht hinter dem Landheer wird zurückstehen wollen.

Kein Mensch wird uns einreden können, daß diese Folge an Wehrvorlagen ohne weitere und schwere Belastung der Massen wird abgehen können. Bei dieser Wehrvorlage hat man noch die „Deckungsfrage“ mit einem schön frisierten Etat zu beantworten gesucht. Wird das aber in zwei, drei Jahren auch so glatt gehen?

Dabei verschweigt jetzt die Regierung sehr sorgfältig, daß sie außer den Forderungen für Heer und Marine noch andere größere Ansprüche in petto hat. Für das schöne Kongo-Land ist bis jetzt noch kein Pennig vom Reichstage gefordert worden. Dabei müssen für diese zweifelhafte Bereicherung unserer Kolonien eine ganz stattliche Anzahl von Millionen flüssig gemacht werden. Schon allein die Feststellung der Grenzlinien wird angesichts der technischen Schwierigkeiten dieser Arbeiten in ungehobnem Tropengebiete Jahre in Anspruch nehmen und einige Millionen verschlingen. Weiter wird zur militärischen Besetzung des Landes die Kameruner Schutztruppe (jetzt 33 Offiziere, 15 Aerzte, 1 Beamter, 101 weibe und 1350 farbige Mannschaften stark) mindestens verdoppelt werden müssen. Dazu kommen ferner die Kosten für die Einrichtung der Zivilverwaltung, Mittel zur Bekämpfung der Schlafkrankheit usw. Kurz, die Reichstagsabgeordneten haben alle

Ursache, bei Erörterung der „Deckungsfrage“ für die Wehrvorlage, auch die bevorstehenden Forderungen für den Kongo mit in Rechnung zu ziehen.

Die Sozialdemokratie als Vertreterin des arbeitenden Volkes erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie allen Forderungen des Imperialismus entschieden ablehnend gegenübersteht.

Banditismus und Anarchismus.

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

II.

Die Affäre vom Square Marguerite.

Brüssel, im April.

Im Anfang des Jahres 1909 herrschte in der russischen Emigrantenkolonie von Brüssel große Aufregung. Man hatte erfahren, daß eine anarchistische Gruppe damit umging, „Expropriationen“, angeblich für russische Revolutionszwecke, auf belgischem Boden vorzunehmen. Bekanntlich lehnen auch die extremsten Richtungen der russischen Revolutionäre die Anwendung der illegalen Methoden im Ausland entschieden ab, und wo diese dennoch befolgt wurden, hat eine genauere Untersuchung bisher stets die Hand von Provokateuren entdecken können. Diesmal drängte sich ein solcher Verdacht um so mehr auf, als die Vorbereitungen mit einem auffallenden Mangel an Vorsicht — und man kann bei der verhältnismäßig großen Zahl der Eingeweihten ruhig sagen, unter den Augen der im Brüsseler Boden wuchernden russischen Polizei getroffen wurden. Die Propagandisten dieser Taktik ließen sich geradezu in einer Versammlung ihrer Anhänger bevollmächtigen. Wie gewöhnlich bei Unternehmungen dieser Art, war am Anfang nicht die Tat, sondern das Wort, und so sicherte das merkwürdig schlecht gehütete Geheimnis rasch durch. Die in Brüssel ansässigen Angehörigen aller konstituierten revolutionären Richtungen setzten alles in Bewegung, um die drohenden Streiche zu verhindern. Da ihre dringenden Vorstellungen vergeblich blieben, entschlossen sie sich zur öffentlichen Warnung.

Die „Expropriateure“ hielten indes an ihrem Programm fest. Wenige Tage darauf führte die Auffindung einer Bombe bei einem Neubau in der Vorstadt St. Josse-Neode zur Aufdeckung eines Expropriationsakts, der unter dem Namen der „Affäre vom Square Marguerite“ bekannt geworden ist. Zwei junge Russen waren im Hause eines vermögenden Kaufmannes, Herrn M., erschienen und hatten mit vorgehaltenem Revolver 3000 Frank für Revolutionszwecke gefordert. Ihre Drohung verstärkte eine auf den Tisch niedergelegte große Bombe. Herr M., der das Leben aller Hausbewohner in Gefahr sah, versprach, den Betrag, den er zu Hause nicht zur Verfügung hatte, am nächsten Tag in seinem Bureau zu übergeben. Der eine der Eindringlinge, der vermutlich wegen seiner zureichenden Sprachkenntnisse das Wort geführt hatte, erschien in der Tat am Morgen darauf im Geschäft des Herrn M. und bekam einen auf den geforderten Betrag lautenden Scheck, der dann bei einer Bank einliefert wurde.

Diese Expropriation verdient um einer Reihe von Details willen die größte Aufmerksamkeit. Herr M. ist nämlich ein freibeitlich gesinnter Mann, der gerade bei den russischen Flüchtlingen ob seiner nicht kargenden Hilfsbereitschaft bekannt war. Ruheten diejenigen, die ihm unter den geschilderten Umständen auf einmal 3000 Frank abpreßten, nicht in Rechnung ziehen, daß sie damit für die Zukunft eine ergiebige Hilfsquelle der verfolgten Revolutionäre gefährdeten?

Und weiter: Wenn die Täter Herrn M. zum Gegenstand ihrer Erpressung offenbar darum gewählt hatten, weil sie sich dank dem angegebenen revolutionären Zweck seiner Discretion sicher glaubten, wozu die Weglegung der Bombe, an einem Ort, wo ihre Auffindung sicher war und Menschenleben kosten konnte? Wenn man obendrein bedenkt, daß einer der Täter einen Kursus über Herstellung von Explosivkörpern gehalten hatte, also wohl auch imstande gewesen wäre, die Bombe unschädlich zu machen, so ist ihre Aussetzung nur dann verständlich, wenn einer der Beteiligten die Entdeckung wollte. Die Erpressung selbst schien für ihre Urheber so gefahrlos, daß sich der eine von ihnen vertrauensvoll in das Bureau des Herrn M. begab und ein anderer gemächlich den Scheck einlieferten ging. Warum also just diese Uebereilung bei der Aussetzung der Bombe?

Erst der Bombenfund führte die Brüsseler Polizei zur Kenntnis des Vorgefallenen. Ein eigentümlicher Zufall gab ihr rasch die Person des einen Erpressers — des Wortführers bei der „Expropriation“ — bekannt. Es war ein gewisser Abraham Gartenstein, der unter dem Namen Seiliger in den revolutionären Kreisen verkehrt hatte. Es fiel auf, daß die Polizei des jungen Menschen, der sich ein paar Tage lang in Brüssel versteckt hielt, nicht habhaft werden konnte, trotzdem das Geheimnis dieses Verstecks gar nicht gut gehütet war. Energetischer griff die Polizei in Gent zu, wohin Gartenstein später geflüchtet war. Er wurde dort augenblicklich von einer Frau nach einer Photographie erkannt, wir haben indes Gründe, anzunehmen, daß eine Denunziation aus Brüssel mithalf. Gartenstein setzte sich

bei der unglaublich unvorsichtig bemerksame Verhaftung zur Wehr und erschloß einen Polizeioffizier und einen Polizeioffizier. Er wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Am guten Glauben Gartenstein bei seiner Erpressung ist nicht zu zweifeln. Alle, die ihm nähergekommen sind, bezeichnen ihn als einen ehrlichen Fanatiker, wenn nicht als einen „Aluminé“, bei dem der überhöhte religiöse Glaube an die Revolution die kritische Fähigkeit ausgelöst hatte. Gartenstein war jedenfalls ein ausgezeichnetes Instrument für jemanden, der auf ihn aus irgendwelchen Gründen einen treibenden Einfluß ausüben konnte.

Gab es solche Leute? Wir werden im folgenden Vorgehen zu besprechen haben, bei deren Darstellung aus verschiedenen Gründen Zurückhaltung, besonders in Bezug auf die Nennung von Namen, geboten ist. Für die Wichtigkeit der Sachen sprechen die übereinstimmenden und sich ergänzenden Ergebnisse einer von verschiedenen Punkten aus vorgenommenen Untersuchung.

In der Zeit, da Gartenstein der Vollstrecker von Expropriationsbeschlüssen wurde, war er genötigt, einen Betrag zu decken, der ihm für Propagandazwecke anvertraut war. Dieser Betrag war veruntrent worden, und zwar von jemandem, der ihm als Deckadresse diente. Er konnte für das Defizit zur Rechenschaft gezogen werden. War er sicher, daß der Schuldige ein Bekenntnis ablegte und ihn vom Verdacht befreite? Jedenfalls läßt der Charakter — nennen wir ihn X — die Möglichkeit des Gegenteils offen.

Lachade ist jedenfalls, daß X, kurze Zeit vor der „Expropriation“ bei Herrn M. den Versuch machte, sich eine den defraudierten Betrag übersteigende Summe unter Umständen zu verschaffen, die mit der folgenden Expedition gewisse Züge gemeinsam haben. Auch hier war die Persönlichkeit, auf die es abgesehen war, durch ihre Opferwilligkeit für freiwirtschaftliche Zwecke bekannt. Der Erpressungsversuch mißglückte indes und der Schuldige machte ein paar Tage darauf den Versuch, sich mit einem konfusem Entschuldigungsbrief reinzuwaschen. Im Umkreis dieser Unternehmung tauchen auch schon Physiognomien auf, auf die die Ereignisse in Frankreich aufmerksam gemacht haben.

Wir haben so schon einen bestimmten Typus von angeblich revolutionären Deutegigen. Das ansehnliche Opfer ist eine in revolutionären Kreisen angelegene Persönlichkeit, vielleicht darum, weil der Zugang zu ihr leichter, vielleicht auch darum, weil man ihres Schweigens besser versichert ist. Von dem zuletzt dargestellten sehr charakteristischen Fall war in der Tat bis heute noch nicht die Rede. In diesem Zusammenhang gehört auch die unmittelbar vor der „Affäre vom Square Marguerite“ gegen den reichen Amateuranarchisten E. in Grieses geplante, vorzeitig ruhmbar gewordene große Unternehmung. Die Bombe kam allerdings erst zum Vorschein, nachdem die 3000 Frank des Herrn M. in Sicherheit gebracht waren.

Armut und Reichtum in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Auch im schönen Schwabenland hängen proziger Reichtum und bittere Armut dicht nebeneinander. Die vor kurzem veröffentlichte amtliche Einkommensstatistik für das Jahr 1910 zeigt den Gegensatz zwischen Reich und Arm, Überfluß und Mangel in einer Schärfe, wie das keine andere Statistik eines deutschen Bundesstaates tun dürfte. Württemberg läßt nämlich nur ein Existenzminimum von 500 Mark jährlich von der Einkommensteuer frei. Die gewöhnlich fortwährend und arbeiterfreundlich gekanntem Beschäftigten Preußens haben das steuerfreie Existenzminimum immerhin auf 600 Mark jährlich festgesetzt. Ebenso Baden und andere Bundesstaaten. Im vielgerühmten „Demofrentenlande“ fängt aber die Steuerpflicht schon bei 500 Mark jährlich an.

Das württembergische Steuergesetz sieht zwar für Verheiratete und kinderreiche Familien ein paar Erleichterungen vor (Herabsetzung um ein oder zwei Steuerstufen), diese Vergünstigungen werden aber durch andere Bestimmungen (Zusammenrechnung des Arbeitsverdienstes von Mann und Frau, Besteuerung des Verdienstes aus Nebenstunden, des Trinkgeldes, herkömmlicherweise gerechneter Geschenke usw.) mehr wie wettgemacht.

Dieses harte und ungerechte Steuersystem bietet nun dem Volkswirtschaftler und Politiker die Möglichkeit, auch die Einkommensverhältnisse jener breiten Bevölkerungsschicht kennen zu lernen, die durch die Steuerstatistik anderer Staaten nicht erfasst werden. Vorweg sei bemerkt, daß das Einkommen aus 1. Grund- und Gebäudebesitz, 2. Landwirtschaft, 3. Gewerbe und Handel, 4. Kapitalerträgen und Renten, 5. aus Dienst- und Arbeitsverhältnissen der Einkommensteuer unterworfen ist. Das Gesamteinkommen der Bevölkerung Württembergs aus diesen vier Einkommensquellen war für 1910 veranschlagt auf rund 1200 1/2 Mill. Mark. Das reine Arbeitseinkommen allein wurde auf rund 551 1/2 Mill. Mark = 42,74 Proz. des Gesamteinkommens veranschlagt. Das zur Steuer herangezogene Reineinkommen der Einzelpersonen (nach Abrechnung der gesetzlichen Abzüge für Steuern, Schuldzinsen usw.) beziffert sich auf 1 185 875 952 Mark. Die Gesamtzahl der besteuerten Einzelpersonen ist 885 810. Eine rohe Teilung des Gesamteinkommens durch die Zahl der Besteuerten würde also ein Jahreseinkommen von 1728 Mark pro Kopf ergeben, ein Summchen, von dem sich zur Not leben läßt. Sehen wir aber zu, wie in Wirklichkeit die Einkommensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung gestaltet sind:

Mit 500 bis 640 Mark Jahreseinkommen sind veranlagt 138 097 Personen; die Steuerstufe von 650 bis 790 Mark zählt 95 081 Besteuerten; 800 bis 940 Mark verheuern 78 675 Personen. Das sind insgesamt 311 788 Personen (45,46 Proz. aller Steuerertrags), deren Einkommen noch keine 650 Mark jährlich erreicht! Gewiß befinden sich unter diesen Steuerzahlern Einzelpersonen, die nur für den eigenen Mund zu sorgen haben. Die Zahl der „Haushälter“ in Württemberg bleibt um rund 123 000 hinter der Zahl der Steuerzahler zurück. Aber in den Bevölkerungsschichten mit höheren Einnahmen befinden sich auch viele tausend Personen ohne eigenen Haushalt. Durch die infame Bestimmung, daß das Einkommen des Mannes und der Nebenbediensteten der Frau zusammen gerechnet als ein Einkommen zu versteuern ist, werden aber auch Familien zur Steuer herangezogen, die bei anderer Berechnung steuerfrei bleiben würden. Ein Beispiel möge das zeigen: Der Mann, ein Krüppel, verdient mit Stuhlleisten 460 Mark jährlich, also nicht das Steuerminimum; die Frau bringt es durch Zeitungsaustragen usw. auf 300 Mark. Durch die Zusammenrechnung der beiden Summen — 660 Mark — wird das Einkommen dieser Armen steuerpflichtig!

Erfahrungsgemäß pflegt der Kindersegen um so reicher zu sein, je geringer das Einkommen der Familie ist. Fast die Hälfte der Bevölkerung Württembergs heißt oder mit ihrem Einkommen unter

350 Mark jährlich. Mit andern Worten: im wunderschönen, vielbesungenen Schwabenland mit seinen stolzen Burgen und Schlössern, seinen Nebenhügel und lachenden Fluren leidet fast die Hälfte der Bevölkerung bittere Not, haben Hunderttausende kaum soviel, um den Hunger der Irgigen zu stillen und ihre Widze zu decken!

Nun die andere Seite der Medaille: Die Zahl der Reichen, die ein Jahreseinkommen von 30 000 bis 100 000 Mark zu versteuern haben, stieg von 879 im Jahre 1905 auf 1155 im Jahre 1910, die Zahl derer mit 100 000 bis 300 000 Mark jährlich von 92 auf 140, die Zahl der „Armen“ mit über 200 000 Mark Jahreseinkommen von 41 auf 64. Das von der Steuerbehörde ausfindig gemachte Gesamteinkommen dieser 1319 Personen beziffert sich auf rund 109 Millionen Mark jährlich, pro Kopf auf 82 523 Mark. Auf die 64 Reichen entfällt ein Gesamteinkommen von 33 261 293 Mark, pro Kopf also 521 270 Mark jährlich!

Sin und wieder werden in kulturell zurückgebliebenen Gegenden politisch harmlose Gemüter noch mit der Behauptung erschreckt, die Sozialdemokratie molle „alles teilen“. Das ist Unsinn! Wir wollen vielmehr die Ueberführung der Produktionsmittel in gemeinsamen Besitz des Volkes. Nehmen wir aber einmal an, die Sozialdemokratie beabsichtige eine so rohe Teilerei, wie sie uns von bürgerlichen Demagogen unterstellt wird; würde denn die arbeitende Bevölkerung wirklich so schlecht dabei fahren? Wie schon früher bemerkt, beziffert sich das Reineinkommen des württembergischen Volkes nach Abrechnung aller gesetzlichen Abzüge auf 1 185 875 952 Mark. Die Zahl der Besten ist 885 810. Macht pro Kopf 1728 Mark jährlich. Von den 885 810 Steuerzahlern kommen aber nur 148 747 über 1700 Mark jährlich hinaus. 539 063 Besten — das sind mehr als 78 Proz. der Bevölkerung — haben nur ein Einkommen von 500 bis 1700 Mark jährlich, ungerichtet die große Schaar derjenigen, die infolge noch geringeren Einkommens gar nicht zur Steuer veranlagt werden. Etwas vier Fünftel der Bevölkerung würden also selbst bei einer so rohen Teilerei des Einkommens nicht schlecht fahren, fast die Hälfte des Volkes würde sein Einkommen sogar verdoppeln und verdreifachen!

Der Krieg.

Untergang eines italienischen Panzerkreuzers?

Rom, 26. April. Zu der Meldung aus Konstantinopel, daß der italienische Panzerkreuzer „Varese“ infolge der bei dem Bombardement der Dardanellen erlittenen Beschädigungen bei der Insel Lemnos gesunken sei, erklärt die „Agenzia Stefani“, alle Welt wüßte, daß der Kreuzer „Varese“ in ausgezeichnetem Verfassung im Hafen von Tarent angekommen und bereit sei, wieder auszulassen.

Konstantinopel, 26. April. Die Behörden von Lemnos sind angewiesen worden, die dort gefundenen Schiffsrückstände, die von dem angeblich gesunkenen italienischen Panzerkreuzer „Varese“ herühren sollen, zu sammeln und genaue Feststellungen darüber anzustellen.

Die Revolution in China.

Japanische Intrigen.

Schanghai, 27. April. (Meldung der „Agence d'Extreme Orient.“) Mit den japanischen Finanzleuten bestehen wegen der Eisenminen von Binjiang und Hanhang Differenzen. Die frühere Regierung Sunhatsens hatte angenommen, daß sich die Japaner in dieser Angelegenheit mit den Chinesen verbinden werden, indem sie in diese Unternehmungen neues Kapital hineinstecken würden. Nun hat aber die Nationalversammlung von Nanjing dieses Abkommen wieder verworfen, und die Bevölkerung des Südens ist energisch dagegen, indem sie geltend machen, daß eine solche Verbindung hieße, die nationalen Reichtümer den Japanern auszuliefern. Andererseits sind die Kupferwerke von Tongshan in der Provinz Anhui der Gegenstand der größten Anstrengungen seitens der Japaner gewesen. Die interessierten japanischen Kapitalisten erklären die geschlossenen Verträge für bindend und richten sich nicht nach der Volksmeinung. Sie berufen sich auch auf das Recht der früheren Regierung, Verträge abzuschließen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April 1912.

Jesuiteninterpellation.

Aus dem Reichstag, 26. April. Man konnte gespannt sein, wie sich die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg aus den Schwierigkeiten des bayerischen Jesuitenlasses retten würde, und wie die konservativ-klerikale Freundschaft diese Probe zu bestehen vermöchte? Die zwei Fragen haben heute bei der Behandlung der Jesuiteninterpellation ihre Beantwortung gefunden. Der Reichstanzler ist auf dem besten Wege, sich mit seinem bayerischen Kollegen zu verständigen, wie auch nicht anders zu erwarten war. Der Bundesrat wird, so teilte Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Antwort mit, zu einem bayerischen Antrag Stellung zu nehmen haben, der eine Definition über den Begriff der Ordensmäßigkeit verlangt. Es läßt sich leicht erraten, in welcher Richtung und zu wessen Gunsten die Definition erfolgen wird. Bisher sind sich Berlin und München vielleicht noch nicht ganz einig. Es war wenigstens heute sehr lustig, anzuhören, wie in einem nicht unwichtigen Punkte der bayerische Bevollmächtigte Graf Verchenfeld das genaue Gegenteil von dem sagte, was zuvor in der Beantwortung der Interpellation mitgeteilt war. Herr v. Bethmann Hollweg hatte erklärt, er habe von dem bayerischen Erlaß erst durch die Zeitungen Kenntnis bekommen. Da stand nachher an der Spitze des anderen Bundesratsmitgliedes Graf Verchenfeld auf und wußte in seiner Rede zu melden, daß die bayerische Regierung vor Ausgabe des Erlasses bereits alle Bundesregierungen verständigt hatte. Der Widerspruch fand keine Auffklärung.

Die Einigung im Schoße der schwarzblauen Regierung wird auch nicht etwa durch eine Störung im Verhältnis der blauschwarzen Parteien getrübt werden. Entfugungsboll waren sowohl Graf Westarp als Sprecher der Konservativen, wie Herr Mümm, der Redner der Antisemiten und anderer protestantischer Jesuiten; beide versicherten, daß sie hocherfreut über den Verlauf der bösen Angelegenheit seien.

Die Interpellation war von dem Nationalliberalen Dr. Junck begründet worden, der lediglich eine rechtliche Auseinandersetzung bot und im Interesse des Reichsgedankens die verschiedenartige Auslegung von Reichsgesetzen in den einzelnen Bundesstaaten bedauerte und zurückwies. Viel weniger vorsichtig war im Laufe der Vorgesprächen sein Fraktionskollege Dr. Ortman, der eine nicht eben geistreiche und ebenso wenig geschickte Kulturkampfspause hielt. Die Auffassung unserer Partei, die klar und einfach gegeben ist durch unsere Grundzüge und durch unsere langjährige Aktion, vertrat unter großer Aufmerksamkeit des Hauses in gewandter Rede unser alter Kämpfer Bloß. Das Zentrum

leistete sich eine staatsmännische Rede durch Herrn Spahn und eine wackere Agitationsrede durch seinen Nachbarn Groeber. Es fand Unterstützung beim Polen v. Morawski, während im schwarzblauen Block nur Herr Martini die Reichspartei eine Extralour tanzen ließ. Der Fortschrittler Dr. Dove verlangte in ruhiger und verständiger Rede, daß die Einzelregierungen mit der Reichsregierung in solchen Fällen Verständigung suchen sollten.

In vorgerückter Stunde nahm man die neulich abgebrochene Beratung des Etats der Reichseisenbahnen auf. Man sagt vielleicht besser „reichsländische Eisenbahnen“, denn der Besitz des Deutschen Reiches an Bahnen beschränkt sich auf Elb-Lothringen. Chef der Reichseisenbahnverwaltung im Nebenamt ist der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach, und dieser Name sagt uns schon genug. Noch mit größerem Fanatismus als sein Vorgänger Budde bemüht sich Breitenbach, den preussischen Scharfmacher- und Kasernengeist in die Verwaltung der elb-Lothringischen Bahnen hineinzutragen, wie er den im Dreiklassenhaufe üblichen Ton in die Verhandlungen des Reichstages einführt. Nachdem auch der Fortschrittler Riefching gegen die Breitenbachschen Attentate auf die Koalitionsfreiheit protestiert hatte, gab Genosse Dr. Weill die Antwort auf die vor einigen Tagen hier im Reichstag gehaltene Rede des Eisenbahn-Dallwitz. Die auf reiches Material gestützten klaren Darlegungen unleser Fraktionsredners wußten trotz der ungünstigen Stunde das Haus zu fesseln. Genosse Dr. Weill verwies auf den klaffenden Gegensatz zwischen dem Verhalten der reichsländischen und den der anderen süddeutschen Eisenbahnverwaltungen. Nicht nur die Verfolgung des süddeutschen Eisenbahnverbandes ist charakteristisch für das System Breitenbachs; auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Reichsländern weisen unpreussische Züge auf. Uebrigens erweist sich Herr von Breitenbach mit seinen Scharfmachereien als der beste Schrittmacher der Sozialdemokratie, wofür ihm Genosse Weill am Schluß seiner ausdrucksvollen Ausführungen ironisch unseren Dank abstattete. Falls man am Sonnabend die Beratung des Reichseisenbahnetats zu Ende führt, will man noch den *P o l o n i a l e t a t* beginnen.

Sturm im Dreiklassenhaufe.

Im Junkerparlament steht das Barometer wieder einmal auf Sturm. Ostasio v. Zedlitz, der freikonservative Oberstschmarmer, hatte es sich vorgenommen, in der unerschämtesten Weise die Sozialdemokraten zu provozieren, und leider kam ihm der Präsident dabei zu Hilfe. Während Herr v. Zedlitz sich in der ersten Zeit seiner Amtsführung einer gewissen Unparteilichkeit zu befleißigen suchte, lassen ihn jetzt die Vorbeeren seines Vorgängers v. Kröner nicht schlafen. Er duldet es, daß Herr v. Zedlitz sich in den beleidigendsten Ausdrücken gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses erging, denen schließlich nichts anderes übrigblieb, als zur Selbsthilfe gegen den freien Herausforderer zu schreiten. Was würde die Mehrheit des Hauses wohl sagen, wenn ein Sozialdemokrat die Parteien des schwarzblauen Blocks mit Heklern und Stehlern vergleicht oder einer Fraktion vorwerfen würde, daß sie das Niveau des Hauses herabdrückt? Wir sind überzeugt, man würde nach dem Leutnant rufen und einen solchen Abgeordneten mit Gewalt entfernen lassen. Herr v. Zedlitz aber durfte sich solche Schmähungen gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler erlauben, ohne daß der Präsident einschritt. Ja, eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Pachatz und namentlich Genosse Girsch dies Verfahren brandmarkten, zeitigte sogar das Ergebnis, daß der Präsident sich offen auf die Seite des Herrn v. Zedlitz stellte.

Erschwerend fällt ins Gewicht, daß Herr v. Zedlitz sich nicht etwa in der Erregung zu seinen Angriffen hatte hinstrecken lassen. Ach nein, seinem Vorgehen lag ein wohlwogener Plan zugrunde. Systematisch wollte er die Sozialdemokraten provozieren, um seinen Gefinnungsgenossen den Vorwand zu einer weiteren Verschärfung der Geschäftsordnung zu geben. Alles war aufs beste vorbereitet, und der nächste Redner, der konservativ Graf v. d. Groeben kündigte auf das von Herrn v. Zedlitz gegebene Stichwort denn auch sofort neue geschäftsordnungsmäßige Strafen gegen unbotmäßige Mitglieder der Linken an. Die Herren haben aneinander gar kein Gefühl dafür, wie sehr sie sich durch ihre fortgesetzten Verrückungen der Geschäftsordnung blamieren. Wollen sie dem famosen Hausrechtsparagrafen ähnliche blödsinnige und das Ansehen des Parlaments schädigende Bestimmungen hinzufügen, so mögen sie es tun. Wenn sie aber glauben, daß die Sozialdemokraten sich dadurch von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten lassen, so werden sie durch die Erfahrungen eines anderen belehrt werden.

Sachlich zeitigte die Debatte nicht viel Neues. Herr v. Zedlitz gab wie alljährlich seinen scharfmacherischen Willen Ausdruck, nur daß er sich in seiner Herbitstid diesmal zu größeren Unvorsichtigkeiten hinreichend ließ als in früheren Jahren. Mit Hilfe der Polizei und der Gerichte will er der sozialdemokratischen Bewegung Herr werden, und wenn die Polizei nicht ausreicht, soll Militär requiriert werden. Das sind die „geistigen“ Waffen der Beherrscher Preußens. Wohllich Graf v. d. Groeben (L) und sogar der sich liberal nennende Abg. Dr. Friedberg ist derartigen Maßnahmen nicht abgeneigt; zum mindesten erscheint ihm der Schutz der Arbeitswilligen dringend erforderlich. Wie jammervoll die Zustände in der preussischen Verwaltung sind, zeigt die Rede des Abg. Dr. Seyda (Pole), der eine lange Liste von unerhörten Uebergriffen preussischer Landräte und behördlichem Terrorismus aufrollte.

Nach einer Erwiderung des Unterstaatssekretärs Holz, der das Vorhandensein von Missethäten in Abrede stellte, und einigen geharnischten persönlichen Bemerkungen der Genossen Dieckert und Strödel wurde die weitere Beratung des Etats des Ministeriums des Innern auf Sonnabend vertagt.

Preussische Polizeikultur.

Die brutale Mittelpolitik der preussischen Regierung wird selbst den Nationalliberalen des Dreiklassenhauses bedenklich. In einem die Stimmung der Nationalliberalen widerspiegelnden Artikel, überschrieben „Im reaktionären Kielwasser“ nimmt die „Kölnische Zeitung“ Stellung zu der letzten Rede des preussischen Ministers des Innern v. Dallwitz. Das Organ des rheinischen Nationalliberalismus sagt:

„Hinsichtlich der Wahlreform, des Vereins- und Versammlungsgesetzes und der einseitigen politischen Beeinflussung der Bevölkerung durch die Landräte habe die Verhandlung des Abgeordnetenhauses „selbst den leisesten und bescheidensten liberalen Hoffnungen eine große Enttäuschung“ gebracht. Eine so ausgesprochen reaktionäre Rede habe Herr v. Dallwitz noch nicht gehalten. Auch bei Dingen, die den größten Teil von Preußen bewegen, habe Dallwitz „eine Mischung von Scherz und Spott über die Beschweideführer ergehen lassen, die durchaus nicht der Bedeutung der Frage gerecht wurde“. Die Vergewaltigung der Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes

gefes habe der Minister vor aller Öffentlichkeit entschuldigt und dadurch den dagegen gerichteten Erlassen die Spitze abgebrochen. Die vom Minister angeführte „schwierige Interpretation“ des Gesetzes sei ein wohlwollendes Spielwerk agrarischer und konservativer Verbände, um Liberalen und Sozialdemokraten die ihnen gesetzlich gewährleistete Betätigung unmöglich zu machen.“

Der Artikel schließt:
Die Wahlreform folge der Minister auf den griechischen Kalender. Man konnte aus der Rede des Herrn v. Dallwig den Eindruck gewinnen, als ob man im preussischen Ministerium des Innern geneigt sei, die Niederlegung der Sozialdemokratie in den Vordergrund aller Aufgaben zu stellen und nach dieser Aufgabe alle anderen zu orientieren. Das wäre eine Erfüllung konservativer Wünsche. Wir möchten hoffen, daß der Schein trügt, denn nach den Rezepten bereit um Hehdebrand kann man wohl Sozialdemokraten züchten, nimmermehr aber die sozialdemokratische Bewegung aus der Welt schaffen.“

Die „Köln. Ztg.“ vergißt nur hinzuzufügen, daß der Nationalliberalismus, und speziell jene Spielart des Nationalliberalismus, die man im preussischen Abgeordnetenhaus findet, einen wesentlichen Teil der Schuld trägt, wenn im Preußen des zwanzigsten Jahrhunderts noch immer der Polizeigeist Friedrich Wilhelms I. regiert und Genies von den Qualitäten eines Dallwig in der Regierung dieses kuziosen Kulturstaats die erste Geige spielen.

Ein aufgefärrter Obskurant,
Und weder Demast noch Stute,
Der sich begeißteln kann zugleich
Für Sophokles und die Anute.

Zur Kritik in der nationalliberalen Partei
bringt das in Köln erscheinende Organ des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend, die „Jungliberalen Blätter“, einen Aufsatz, der den Mitgliedern den Ernst der Lage vor Augen führt und um Einsetzung von Selbstendungen zur Egründung des Verbandes ersucht. Es heißt in dem Aufsatz:

Ein schwerer Kampf ist uns aufgezwungen worden. Weisfalen, Schleswig-Holsteiner und Magdeburger, die mit der bisherigen Politik der Partei stets unzufrieden waren und stets die Föhlung nach rechts hin unter allen Umständen ausrechtzuhalten wünschten, versuchen unsere Organisation, den Reichsverband, ohne den die jungliberale Bewegung nicht zu denken ist, der aber auch seit Jahren schon seit in die Organisation der Gesamtpartei eingefügt ist, auf dem Wege der Statutenänderung zu verzerren. Die Art des Vorgehens der Weisfalen ist eine durchaus unfaire Machtpolitik. Der Kampf trifft uns nicht unerwartet. Schon immer haben die Weisfalen gegen den Jungliberalismus und Wassermann in herabwürdigender Sprache gelauscht. Und doch muß das Vorgehen der „Rechtler“ in der Partei gerade jetzt um so mehr verbittern, als wir noch die letzten, schwersten Reichstagswahlen schulter an schulter mit der Gesamtpartei aufopferungsbewußt und arbeitsfreudig durchgeführt haben. Wir haben keine Mühe und auch kein von uns aufzubringendes finanzielles Opfer gescheut, um dem Kandidaten und dem Programm der Partei zum Siege zu verhelfen.

Es ist auch nicht so sehr unsere Organisation, als vielmehr unsere politische Haltung, die die Herren aus Weisfalen, Schleswig-Holstein und Magdeburg bekämpfen. Die Politik der letzten Parteitage soll aufhören; der Jungliberalismus und Wassermann sollen aus der Partei herausgedrängt werden. Die nationalliberale Partei soll nach rein gubernermentalen Rücksichten geführt werden. Darum kämpft man gegen uns Jungliberale, darum sucht man jetzt unserer Organisation den Garaus zu machen!

Den uns aufgezwungenen Kampf nehmen wir auf! Zu seiner Durchführung bedürfen wir aber, da wir jetzt auch keine Parteierstützung erhalten, der opferbereiten Hilfe aller denen, die sich bisher mit Stolz und Freude Jungliberale genannt haben. In dieser ersten Stunde darf keiner, der sich äußerlich oder innerlich zu uns rechnet, versagen! Jeder gebe uns zur Durchführung der notwendigen Abwehr einen Beitrag nach seinen Kräften! Keiner darf fehlen! Es handelt sich um die Zukunft der nationalliberalen Partei und unserer Bewegung.

Die gleiche Nummer der „Jungliberalen Blätter“ enthält einen Artikel, der gegen Auslassungen eines Mitgliedes des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, Dr. v. Bröder, Hamburg, die im „Einwoert“ erschienen sind, polemisiert. Von den rechtsstehenden Elementen in der nationalliberalen Partei sei die Forderung auf Auflösung der jungliberalen Vereinigung damit begründet worden, daß eine einheitliche Partioorganisation notwendig sei; der Auflösungsantrag richte sich, so werde behauptet, nicht gegen die Tendenz des jungliberalen Verbandes, sondern entspringe rein organisatorischen Erwägungen. Der Artikel des Zentralvorstandesmitgliedes Dr. v. Bröder trafe aber diese Begründung Lügen, denn Bröder gestehe offen die politischen Absichten des Auflösungsantrages zu:

„Jetzt wissen wir wenigstens, wohin der Weg geht und welche hohe politische Bedeutung die Anträge der Weisfalen, Schleswig-Holsteiner, Hamburger, Magdeburger und Heisen besitzen. Alle diese Nationalliberalen betrachten den Reichsverband nicht als Organisation der Jugend, ihre Anträge haben also niemals einen organisatorischen Charakter, sondern sie betrachten den Reichsverband als den organisatorischen linken Flügel der Partei, der mächtiger ist als sie, auf dessen Seite aus Wassermann steht, und um diesen Flügel zu vernichten, stellt man den Antrag, den Reichsverband der nationalliberalen Jugend aufzulösen. Gedacht das nicht, bildet man den rechten Flügel organisatorisch aus, und was dann kommt — das muß sich einmal Herr Wassermann, als der Führer der Partei, jerglam überlegen. Man unterzieht dem jungliberalen Reichsverband etwas ganz anderes, als sein Wesen ausmacht, nämlich daß er der linke Flügel sei, so hat man dann erst überhaupt eine Rechtfertigung für den Antrag der Organisation der Altliberalen, — und das ist wohl die Hauptsache und der erwünschte Haupterfolg der „Rechtler“.“

Wir müssen gestehen, offener, rücksichtsloser und klarer konnte der Feldzugsplan der Weisfalen und Genossen nicht aufgedeckt werden. Wir sind neugierig, was die „Westfälischen Politischen Nachrichten“ und die sonstigen Vertreter unserer Gegner zu diesen Ausführungen sagen werden. Ob nun wirklich die „Westfälischen Politischen Nachrichten“ nach den Mut finden, zu behaupten, die Anträge gegen den Reichsverband entbehrten jeden politischen Charakters, seien nur rein organisatorischer Natur?!

Für das gleiche „liberale Band“, das die „Jungen“ und „Alten“ in der nationalliberalen Partei umschlingt, sind diese Neuperzungen recht charakteristisch.

Schon einen Schritt zurück?

Die „Germania“ hat gestern sehr energisch und mit vollem Recht den Rücktritt des Kriegsministers gefordert. Und in der Tat kann eine Partei mit einem Minister, von dem sie aus den stichhaltigsten Gründen erklärt hat, daß er sich außerhalb der Gesetze gestellt hat, unmöglich weiterarbeiten. Das Zentrum vertritt ja die Ansicht, daß ein Minister, der sich mit den Anschauungen der Majorität der Volksvertretung im Widerspruch befindet, demissionieren muß, ja auch nicht erst seit gestern. Es hat ja im bayerischen Landtag nach denselben Grundsätzen gehandelt. Immerhin bedeutet solche Anschauung natürlich eine starke Annäherung an das parlamentarische System, und es wird den ver-

blüdeten Konservativen sicherlich einigen Schmerz bereitet haben, daß die Liberalen solche Grundzüge proklamieren. Denn die Konservativen sehen das Recht des Ministersturzes als ihr Reservatrecht an, das von keiner Volksvertretung angetastet werden darf. Und auch das wird sie kaum berühren, daß das Zentrum ein solches Recht nur dann in Anspruch nimmt, wenn es selbst über die Majorität verfügt und es dort nicht gelten läßt, wo es in der Minorität ist.

Dagegen werden die Konservativen schon mehr Trost aus der Tatsache schöpfen, daß das Zentrum die Suppe noch etwas austücheln lassen will, bevor sie gegessen wird. Die „Germania“ ist zwar noch immer recht zornig, aber die Entlassung des Herrn v. Heeringen wird heute doch schon nicht mehr so unbedingt gefordert wie gestern. Das Blatt versichert zunächst, daß das Zentrum die Wehrvorlagen auf jeden Fall bewilligen, daß es also das einzige Nachtmittel zur Durchführung seiner Forderung aus der Hand geben wird, und fährt dann fort:

Die Person des Herrn von Heeringen scheidet dabei aus, wie sie überhaupt mit solchen Anschauungen auch aus der Leistung des Kriegsministeriums ausscheiden müßte. Herr v. Heeringen hat durch seine Erklärung über den Duellzwang im Heere den Widerspruch der überwiegenden Mehrheit des deutschen Reichstags hervorgerufen, aber im Reichstag selbst keinen Verteidiger gefunden. Die Presse hat seine Auffassung ebenfalls mit verschiedenen Ausnahmen abgelehnt.

Also aus dem kategorischen Imperativ ist bereits ein schüchterner Konjunktiv geworden, und im Dunkel der Kommission wird sich schon alles finden.

Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß dem Zentrum dieser Scheinkampf ganz gelegen kommt, um vor den Wählermassen sich wieder einmal als unabhängige und unerschrockene Vertreterin aufzuspielen. Aber auch im Vatikan kann es nur guten Eindruck machen, wenn das Zentrum sich als Kämpferin für die katholische Anschauung in den Duellfragen zeigt. So schlägt das Zentrum zwei Fliegen mit einer Klappe, bewährt sich gegenüber den Anschuldigungen der Ofterdienstagleute als Ort des Katholizismus und spielt bei seinen Wählern das alte demagogische Spiel der von der Regierung unabhängigen Partei, während es in der Tat die mächtigste Stütze des herrschenden reaktionären Systems ist.

Der braunschweigische Landtag

hat die an sich schon so jämmerliche Wahlreformvorlage der Regierung in erster Lesung noch erheblich verschlechtert. Er hat den Antrag der Wahlrechtskommission angenommen, nach dem der zu wählende Abgeordnete im Wahlbezirk anständig sein und mindestens ein Jahr darin gewohnt haben muß. Auch die Aufstellung der dritten Klasse durch eine Zufallsstimme für Wähler, die mehr als 20 M. direkte Staatssteuer zahlen, ist mit erheblicher Mehrheit angenommen worden. Damit ist die Wahlreform für die Arbeiterschaft völlig wertlos geworden. Es ist so gut wie gar nichts von einer Reform übrig geblieben.

Staatliche Gefinnungsschnüffellei.

Nach 14jähriger Beschäftigung wurde kürzlich bei der Halberstädter Eisenbahnwerkstätte der Arbeiter Sch. plötzlich entlassen. Auf seinem Entlassungsschein wurde ihm ausdrücklich bestätigt, daß er sich gut geführt hätte und seine Leistungen sehr gute gewesen seien. Der Grund der Entlassung war, daß Sch. am Abend des Stimmwahltages zur Reichstagswahl an der sozialdemokratischen Versammlung teilgenommen hatte, in der das Wahlergebnis verhandelt wurde. Er war in die Versammlung gekommen, weil die bürgerliche Versammlung, in der das Resultat bekanntgegeben werden sollte, überfüllt war. Ein Spießel benutzte den Eisenbahner, der daraufhin einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen wurde. Er war geknöpft und der „Holl“ wurde nun der Eisenbahninspektion in Magdeburg unterbreitet. Diese hielt eine nochmalige Vernehmung des Arbeiters für nötig und wollte von ihm wissen, welchem Verbands er angehört und für welche Partei er bei der letzten Stadtkordoneurwahl gewählt habe. Der Verband — es war der Trierer Verband — war einwandfrei, aber die Verantwortung der anderen Frage verweigerte der Mann. Infolgedessen wurde seine Entlassung verfügt.

Nachdem sein Verband erklärt hatte, daß sich in seiner Sache „nichts machen“ lasse, wandte er sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten. In dessen Auftrage wurde ihm von der Eisenbahndirektion Magdeburg der Befehl, daß trotz nochmaliger Prüfung die Entlassung nicht zurückgenommen werden könnte, die erfolgt sei, weil er an jener Versammlung teilgenommen und dadurch seine Anhängerschaft zur sozialdemokratischen Partei bekundet habe.

Man sieht, es wird viel Ärger um einen Eierkuchen gemacht; aber ist es nicht besämdern, daß gegen einen „freien Staatsbürger“ ein solch hochnotpeinliches Verfahren um eines derart geringfügigen Vorkommnisses willen eingeleitet wird?

Der Seniorenkonvent des Reichstages

traf am Freitag für die nächste Zeit einige geschäftliche Dispositionen. Der Etat der Reichseisenbahnen, der auf der Tagesordnung steht, wird noch einige Tage in Anspruch nehmen. Dann soll der Kolonialetat in dritter Lesung zur Beratung gestellt werden. Darauf wird der Abschnitt der Geschäftsordnung, der von der Geschäftsordnungskommission bereits fertiggestellt ist, zur Beratung kommen. Die weiteren Dispositionen hängen davon ab, wie die Arbeiten der Budgetkommission fortschreiten. Voraussetzlich werden dann zunächst die Etats des Reichsfinanzamts und des Auswärtigen Amts in Angriff genommen werden.

Das Darlehen der „Lippischen Landeszeitung“.

Zu der Notiz „Von der bürgerlichen Presse“ in der letzten Dienststagnummer des „Vorwärts“, in der mitgeteilt wurde, daß während des Lippischen Thronstrettes die liberale „Lippische Landeszeitung“ von dem Grafen (dem Vater des jetzigen Fürsten) ein Darlehen von 60 000 M. erhalten hat, schreibt uns Herr Dr. Reumann-Hofer, der jetzige Besitzer der „Lippischen Landeszeitung“:

1. Das Darlehen seitens des verstorbenen Grafenregenten Ernst zur Lippe ist nicht etwa, wie aus der Notiz leicht geschlossen werden könnte, mir, dem jetzigen Besitzer der „Lippischen Landeszeitung“, gegeben worden, sondern dem Vor-Vorbesitzer meiner Zeitung.

2. Das halbe Prozent Strafzinsen, das mir von dem Angeklagten zwecks Führung des „Wahrheitsbeweises“ vorgeworfen wurde und das den politischen Gegnern teils von entlassenen Angehörten, teils von ehemaligen Dienstmädchen angeblich hinterbracht worden ist, hat vor Gericht keinerlei Beachtung erfahren. Das Urteil heißt vielmehr ausdrücklich fest, daß nicht eine einzige der behaupteten Strafzinsen erwiesen ist, weder in subjektiver noch in objektiver Hinsicht.

3. Wenn das Gericht sodann zu der verhältnismäßig milden Strafe von 125 M. für eine Versammlungsänderung und einen Zeitungsartikel gekommen ist, so hat es das einerseits damit begründet, daß der Angeklagte diese positiven Beschuldigungen erst in der Gerichtsverhandlung vorgebracht hat, um die angebliche Berechtigung seiner Neuperzungen zu beweisen, nicht aber in den allein unter Anklage stehenden mündlichen und schriftlichen Bemerkungen, so daß für das Urteil nur die einfache Verleumdung nach § 166 in Frage kommen könne; und andererseits damit, daß

dem Angeklagten angehörs seiner vor Gericht nur zutote getreteten geringen Urteilsfähigkeit geglaubt werden müsse, daß er an die Richtigkeit der ihm hinterbrachten falschen Beschuldigungen geglaubt habe.

Hochachtungsvoll und ergebenst
A. Reumann-Hofer,
R. d. N.“

Die Wirren in Marokko.

Uneinigkeit zwischen Militär- und Zivilverwaltung.

Paris, 26. April. Der „Figaro“ meldet gerüchtweise, daß zwischen dem Gesandten Regnault und dem General Moirier anlässlich der Durchführung des in Fez proklamierten Belagerungszustandes Rißhelligkeiten entstanden seien. Regnault habe gegen verschiedene von Moirier angeordnete Maßnahmen Bedenken diplomatischer Natur und insbesondere die Notwendigkeit von Rücksichten auf die Autorität des Sultans geltend gemacht.

Marokko im Ministerrat.

Paris, 26. April. Bezüglich der Meldung, daß der morgige Ministerrat sich mit der Ernennung des Generalresidenten in Marokko und mit den ihm zustehenden Befugnissen beschäftigen werde, wird in anscheinend offiziellen Mitteilungen darauf hingewiesen, daß der von Mulay Hafid unterzeichnete Protektorsvertrag noch der verfassungsmäßig notwendigen Genehmigung durch das französische Parlament bedürfe, und daß deshalb eine endgültige Ernennung noch nicht erfolgen könne. Es heißt, die Regierung werde vorläufig einen Residenten oder einen Kommissar nach Fez entsenden, dessen Machtbefugnisse später eine entsprechende Erweiterung erfahren könnten.

Die Situation in Fez.

Fez, 26. April. Zwölfhundert Askaris haben ihre Waffen und Munition abgegeben. Die Stadt ist in verschiedene Bezirke eingeteilt worden, deren jeder seinen verantwortlichen Leiter hat. Die Hausjudungen werden fortgesetzt. Der Fez-Fluß führt eine Menge Gegenstände, die von der Blinderung herrühren und die die Glinderer aus Angst vor Entdeckung weggeworfen haben. Der Sultan, der für sein Leben fürchtete, hat sich wieder beruhigt. Verstärkungen treffen noch dauernd ein. General Moirier beabsichtigt, nach Fez zu marschieren, wenn in Fez die Ruhe wieder vollkommen hergestellt ist.

Paris, 26. April. Aus Fez wird von dem Sonderberichterstatter der Agence Havas gemeldet: Die Aussagen der sechsgenommenen Reuterer bestätigen, daß ein Teil der Bevölkerung mit den Aufrührern im vollen Einverständnis war. Einer der Mörder des Unterintendanten Vory gestand, daß er und seine Helfershelfer in das Haus auf Anstiften von Weibern eingedrungen seien. Das Judenviertel sieht aus, als ob es von einem Erdbeben heimgesucht worden wäre.

Massendefertion französisch-marokkanischer Truppen.

Tanger, 26. April. Ein scharifischer Labor in der Stärke von 175 Mann, der unter der Führung des Hauptmanns Bary steht, desertierte aus dem Lager von Arbana mit Waffen, Gepäck und Pferden. Die Deserteure sollen nach Norden abgezogen sein.

Alfkar, 26. April. Die Desertion der scharifischen Kavallerie, deren Haltung seit einigen Tagen verdächtig war, aus dem Lager von Arbana, bestätigt sich. Nach Aussagen von Eingeborenen soll die Infanterie trenn geblieben sein.

Alfkar, 26. April. Hauptmann Bary meldet am 24. April um Mitternacht, daß noch die ganze Infanterie im Lager sei, sich aber eine lebhaft Unruhe bemerkbar mache. Die Instruktoren und Kads seien in das Fest des Hauptmanns geflohen, und es seien schon mehrere Gewehrstücke gefallen, ohne indessen jemand zu verletzen.

Feindelige Haltung der Stämme.

Aus Mekinez kommt die Nachricht, daß die Araber in dieser Gegend äußerst erregt sind. Mehrere Scharmüchel mit französischen Truppen haben bereits stattgefunden. Gestern nachmittag ist bei einem solchen Gefecht ein französischer Schütze getötet worden, während zwei andere schwer verletzt wurden.

Der Stamm der Beni M'ir zeigt ebenfalls eine feindliche Haltung. Eine große Garke dieses Stammes ist bei Kenifra zusammengezogen worden.

Oesterreich.

Wiener Gemeindevahlstatistik.

Der vierte Wahlkörper, in dem auch die privilegierten Wähler der oberen drei Wählerklassen mitstimmten, während die Zahl der Arbeiterwähler durch das Erfordernis der dreijährigen Sebständigkeit und die Riesenschwindeln der Wahlmacher dezimiert wird, ging 190 zum erstenmal zur Wahl. Demals hatte er 230 404 Wahlberechtigte, 1906 359 117 und 1912 371 908. Die Wahlbeteiligung betrug 1906 60,2 Proz., 1912 79,3 Proz. — abgleich für die Gemeindevahlen in Niederösterreich eingeführt ist, nicht besteht. Es erhielten am 24. d. M. die Christlichsozialen 120 917 Stimmen (1906: 113 942, 1900: 81 549), die deutschen Sozialdemokraten jetzt 118 526 (1906: 98 112, 1900: 56 000!), die Deutschfreisinnigen erhielten 23 620 (früher an den Wahlen der dritten Wahlkörper nicht selbständig beteiligt), die Deutschnationalen 5805, die tschechisch-bürgerlichen Zahl- und tschechoslawische „sozialdemokratischen“ Zersplitterungskandidaten erlangten 12 621 Stimmen — der Rest waren zerstückelte und ungültige Stimmen; nicht weniger als 15 000, worunter sicher tausende betrügerischer Ungültigkeitserklärungen wegen „ungenügender oder ungenauer“ Bezeichnung sozialdemokratischer Kandidaten.

Bezieht man die Parteiziffern auf die Zahl der Wahlberechtigten, so ergibt sich, daß wir 1900 erst 24,82, 1906 schon 27,82 und 1912 31,89 vom Hundert oder abgesehenen Stimmen erhielten; bezogen auf die wirklich abgegebenen Stimmen beträgt unser Anteil 1900: 41,36 Proz., 1906: 46,36 Proz., 1912: 41,74 Proz. Hierbei ist die harte Wahlbeteiligung und das Eingreifen des nichtliberalen Bürgertums und der Separatisten in den Wahlkampf von 1912 wohl zu berücksichtigen.

Frankreich.

Zur Maifeyer.

Paris, 26. April. Der Syndikatsverband des Seinedepartements hat an die Arbeiter die Aufforderung gerichtet, den 1. Mai auch dadurch zu feiern, daß sie an diesem Tage ihre Kinder nicht in die Schule schicken. Der Tag möge dazu benutzt werden, in die Gemüter der Kinder die Lehren des Syndikalismus einzupflanzen.

Gewerkschaftliches.

Die ekelige Lohnfrage.

Die Handelskammer Berlin gehört gewiß zu den Unternehmerrcorporationen, die in ihren Publikationen mit Bezug auf die Arbeiterfragen das größte Maß von Objektivität aufbringen, trotzdem ist auch bei ihr das Urteil getrübt, wenn das Kapitel Lohnbewegungen zur Diskussion steht. Das beweist sie in ihrem Bericht für das Jahr 1911. Die Entwidlung an der Fondsbörse läßt sie in der Gefühlshochgenus schwebeln, aber bei der Besprechung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben erpressen ihr die Lohnbewegungen bittere Tränen. Zu dem Abschluß „Eisengießerei“ bemerkt sie z. B.:

„Der Streik der Formner, der Anfang Oktober ausbrach und zwei Monate andauerte, brachte dem Geschäft eine empfindliche Störung, deren Einwirkung über das Berichtsjahr hinausgeht, da während der Zeit des Streiks eine große Zahl von Modellen in die Provinz gingen und zu besorgen steht, daß die Kundschaft sich nicht ohne weiteres wieder zu den Berliner Gießereien zurückfinden wird.“

Die Situation für die Eisenkonstruktionsbetriebe wird also beklagt:

„Die schwerste Schädigung erlitt das Geschäft durch Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Mai traten die Arbeiter fast aller Konstruktionswerkstätten — es handelte sich um etwa 2000 Mann — in den Aufstand.“

Während des Streiks ergab sich naturgemäß eine starke Arbeitslosigkeit, die nach Beendigung des Streiks zur Anwendung von Ueberstunden, Nachschichten usw. führte und so das Bild einer Hochkonjunktur vortäuschte. Inzwischen waren aber zahlreiche Aufträge den Berliner Fabriken verloren gegangen, da sie die Dauer des Streiks nicht hatten voraussehen können und deshalb nicht imstande gewesen waren, die vorgeschriebenen Lieferfristen zu gewährleisten.“

Und dann liest man über die Lage für den allgemeinen Maschinenbau folgendes:

„Ueber den allgemeinen Maschinenbau ist, wie im Vorjahre, nichts Günstiges zu berichten.“

Die Beschäftigung war im Inlande keine ausreichende und das Auslandsgeschäft wird immer schwieriger.

Im übrigen stand das Berichtsjahr im Zeichen von Lohnbewegungen. Die Forderungen der Arbeiter, die von den Arbeitgeber nicht gewährt wurden, führten schließlich in Groß-Berlin zu einem Streik der Formner, der am 7. Oktober d. J. einsetzte. Bald nachher legten auch die Dreher und Fräser die Arbeit nieder, und es spitzte sich die Situation so zu, daß durch den Mangel an Guß und die Weigerung der Arbeiter, fremden Guß zu bearbeiten, die im Verbands Berliner Metallindustrieller vereinigten industriellen Firmen sich veranlaßt sahen, zur Unterstützung der vom Streik betroffenen Mitglieder ihres Verbandes eine Aussperrung von 60 Proz. ihrer gesamten Arbeiterkraft vorzunehmen. Die Aussperrung erfolgte am 30. November. Die Arbeit wurde aber bald wieder aufgenommen.“

Wer das liest, unterliegt natürlich dem Eindruck, die „bösen“ Lohnbewegungen und Streiks hätten den Unternehmern das Geschäft verdorben. Das Kapitel „Fondsbörse“, das den Jahresbericht einleitet, erlaubt aber, in das Meer ungetrühter Freude hinein zu segeln. Hier vernimmt man nämlich diesen Hymnus:

„Die Maschinenindustrie war infolge der allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Lage sowohl für das Inland wie für das Ausland stark beschäftigt. Durch die Erhöhung der Umsätze konnten trotz niedriger Verkaufspreise befriedigende, zum Teil außerordentlich gute Gewinne erzielt werden. Insbesondere war dies der Fall für Fabriken von Spezialartikeln. Als hervorragendes Beispiel sind die Aktien der Voigtländischen Maschinenfabriken zu nennen, die mit einer Kurssteigerung von 123 Proz. und einem Bezugsrechte von 50 Proz. an der Spitze der Hausschwungbewegung standen.“

Da wohnen wohl zwei Seelen in der einen Brust? Der Börslaner bekommt vorn seinen Lederbissen, hinten dagegen wird den Industriellen Gemütsfutter gereicht. Etwas, wenn auch verfleckt hat gegen die Arbeiterbewegung, soll die Stimmung in jenen Kreisen Rechnung tragen. Dies Beispiel zeigt, mit welcher Skepsis Urteile der Unternehmer über die Arbeiterbewegungen betrachtet werden müssen. Außerordentlich gute Gewinne — und dann aussperren! Besser kann die verwerfliche Unternehmerpraxis gar nicht beleuchtet werden, als durch Feststellungen der Handelskammer in dem Stimmungsbericht über die Fondsbörse. Es ist ein nettes Beispiel für die Fädelweisheit der von den Unternehmern ins Feld geführten Aussperrungsgründe.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes! Da der erste Mittwoch im Mai auf den 1. Mai fällt, finden die Bezirkskonferenzen am 2. Mai statt. Die Ortsverwaltung.

Tarisdurchbrechungen in den Geschäftsbuchbindereien.

Eine Branchenversammlung der Geschäftsbuchbinderarbeiten und Arbeiterinnen, die am Donnerstag in den Rufställen tagte, hatte sich mit der Frage zu befassen, wie der Tarifvertrag innegehalten wird. Der Branchenleiter Max belonte gleich im Anfang seines Referats, daß mancherlei Verstöße gegen die Tarifbestimmungen vorkommen, so daß es der ganzen Wachsamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie ihrer Vertreter bedarf, um den Tarif in seinem ganzen Umfange zur Geltung zu bringen. Die zahlreichen Tarisdifferenzen sind, geht schon daraus hervor, daß die Branchenleitung im verflochtenen Vierteljahr drei Sitzungen abhalten mußte, die Werkstattvertrauensleute viermal zusammentraten, daß 23 Werkstattversammlungen, 11 Verhandlungen und 5 Sitzungen des Schlichtungsausschusses notwendig wurden, um die Klagen über Tariferhöhungen der Unternehmer zu erledigen. Daß die Unternehmer die Schuldigen waren, ist in verschiedenen Fällen durch Entscheidungen des Schlichtungsausschusses festgestellt. So wurde eine Firma verurteilt, Lohnnachzahlungen in der Höhe von 104 M. an ihr Personal zu leisten, eine andere zur Nachzahlung von 103 M., und diese Firma mußte dem Personal überdies noch 1300 M. nachzahlen, so daß hier allein die Summe über 1400 M. beträgt. Zu einer Entscheidung von prinzipieller Bedeutung kam es im Schlichtungsausschuss infolge einer Klage gegen die Firma H a s e n d e r, die die Fabrik einbrennt für die Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften herstellt, und die eigentlich nicht zur Geschäftsbuchbranche gehört, wohl aber demselben Schlichtungsausschuss unterstellt ist. Diese Firma glaubte sich dadurch, daß sie meist ungelernete Arbeiter beschäftigte, dem Tarif entziehen zu können. Aber die ungelerneten Arbeiter bekamen auch Kenntnis davon, daß der Tarif besteht, und verlangten vor allem seit der Osterferien, die tarifmäßige 8stündige Arbeitszeit sowie Nachzahlung des Lohnes für die vier Stunden pro Woche, die sie bis dahin zu lange gearbeitet hatten, und als ihre Forderung nicht bewilligt wurde, traten sie in den Streik. Der Schlichtungsausschuss kam dann hinsichtlich der Frage, ob der Tarif auch für ungelernete Arbeiter gilt, zu der Entscheidung, daß solche Arbeiter, wenn sie erst in den Beruf eintraten, 9 Monate lang nach freier Vereinbarung entlohnt werden können, daß aber dann auch für sie der Tarif für ungelernete Arbeiter gilt. Im übrigen aber erhielten die Kläger nur die Hälfte des zu wenig bezahlten Lohnes zugewilligt, womit die Schlichtungskommission zum Ausdruck bringen wollte, daß dem Arbeitnehmer eine gewisse Strafe dafür auferlegt werden müsse, daß er sich die tarifmäßigen Verhältnisse so lange Zeit gefallen ließ. Die Entscheidung wurde am 29. März gefällt, und seitdem hat die Firma wohl die Arbeitszeit

eingehalten, aber sie läßt merkwürdigerweise Tag für Tag eine Ueberstunde machen und wollte den Zuschlag für Ueberzeitarbeit nur an ihre zwei gelerneten Buchbinder und an die zwei Buchbinderarbeiten zählend, aber nicht an die 10 ungelerneten Arbeiter. Da hat nun der Schlichtungsausschuss entschieden, daß für die Hilfsarbeiter bei dieser Firma erst mit dem 29. März tarifliche Verhältnisse eingetreten sind und somit auch erst von diesem Datum ab für die Hilfsarbeiter die Zuschläge für Ueberzeitarbeit gelten. Diese Auffassung des Schlichtungsausschusses ist, wie der Redner bemerkte, nicht recht zu verstehen, denn es ist für andere Buchdruckerbetriebe ganz selbstverständlich, daß der Buchbinder tarif für das gesamte Personal der Buchbinderabteilung gilt. Besonders merkwürdig ist es, daß auch die Firma A s h e l m unter denen ist, die erst durch den Schlichtungsausschuss zur Innehaltung des Tarifs gezwungen werden müssen. Herr Aschelm ist Vorsitzender des Verbandes der Buchbinderarbeiten für das Geschäftsbuchfach, und man mußte eigentlich erwarten, daß seine Firma sich durch Tarifrechte hervorzuheben würde. Aber das ist keineswegs der Fall. Diese Firma hat vor kurzem den Ökonom des Arbeiterausschusses gemahrigt, weil er für die strikte Durchführung des Tarifvertrages eingetreten war. Der Gemahrigte reichte eine Klage gegen die Firma ein, und der Schlichtungsausschuss kam dann auch zu der Ueberzeugung, daß hier eine Maßregelung vorliegt und verurteilte die Firma, ihm für 14 Tage Lohn nachzuführen. Nun ist das Sonderbare eingetreten, daß Herr Aschelm das Urteil des Schlichtungsausschusses, das als endgültig zu betrachten ist, nicht anerkennen will und einfach erklärt, er weigere sich, die 14 Tage zu zahlen. Der Vorsitzende der Arbeiter der Branche muß also offenbar erst durch die Tarifbehörde erst noch gezwungen werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Infolge dieser Klage gegen Aschelm hat die Schlichtungskommission es für zweckmäßig erachtet, nach dem Muster des Buchdruckerberufes bestimmte Regeln aufzustellen, die den Vertrauenspersonen in den Betrieben einen gewissen Schutz vor Maßregelungen bieten sollen. Auch damit ist Herr Aschelm nicht einverstanden; er behauptet, der Schlichtungsausschuss habe hier seine Kompetenz überschritten, und er hat deswegen Protest dagegen eingereicht. Außerdem herrscht, wie der Redner weiter berichtete, bei der Firma Aschelm die Gewohnheit, daß wenn eine Arbeiterin ein Jahr lang im Betriebe für den Lohn der ungelerneten Arbeiterinnen tätig war und sie nun den höheren Lohn für gelernete Arbeiterinnen verlangt, der Meister ihr antwortet: Ja, aber Sie verdienen uns das noch nicht, Sie leisten nicht genug, wir können Ihnen den Lohn noch nicht zahlen, und wenn Sie das nicht einsehen, müssen Sie eben aufhören. Auch diese Verurteilung zur Umgehung des Tarifs werden demnächst im Schlichtungsausschuss zur Sprache gebracht werden. Ueberhaupt sind hier in nächster Zeit noch verschiedene Klagen zu erledigen, und auch die Firma Aschelm wird in verschiedener Hinsicht dabei beteiligt sein. Sie beschäftigt z. B. auch einen im Beruf ungelerneten Arbeiter, einen Bäcker, an einer neuen Schneidemaschine für den Lohn von 45 Pf. die Stunde, ein Verfahren, das ebenfalls mit dem Tarif durchaus nicht in Einklang zu bringen ist. Der Redner forderte die Versammelten zum Schluß auf, alle Tariferhöhungen, die auf anderem Wege nicht aus der Welt zu schaffen sind, sofort zu melden, damit die betreffenden Arbeitgeber durch den Schlichtungsausschuss über die Pflichten belehrt werden, die sie durch Anerkennung des Tarifvertrages auf sich genommen haben.

Die Diskussion ergab, daß im Sinne des Referenten mit ganzer Kraft für die strikte Durchführung des Tarifvertrages gefogt werden soll. Kameralisch aber wurde das Verhalten der Firma Aschelm scharf beurteilt und von mehreren Rednern wurde noch weiter darauf hingewiesen, daß dort Verhältnisse herrschen, die mit dem Tarifvertrag durchaus nicht in Einklang zu bringen sind und baldigst beseitigt werden müssen.

Achtung, Glasarbeiter! Ueber die Firma H o l z - G e s e l l s c h a f t für Kall- und Wurm-Hollerung, Schöneße Str. 36, wird die Sperre verhängt. Es ist ein Kommissionsmitglied ohne Grund gemahrigt worden und stellt sich die Direktion auf den Standpunkt, keine weiteren Kommissionsmitglieder mehr zu empfangen, obwohl dieses von der Direktion zugesichert war.

Ortsverwaltung Berlin, Zentralverband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

Achtung, Kupferschmiede! In Frankfurt a. O. befinden sich die Kupferschmiede im Streik. Die Unternehmer haben im Gegensatz zu den Unternehmern anderer Orte jede Verhandlung abgelehnt und suchen in bürgerlichen Blättern Kupferschmiede und Heizungsmonteur als Arbeitswillige.

Der Zustand in der Waggonfabrik in Görlitz dauert unerbändert fort. Das möge an allen Orten beachtet werden. Plakate, wie sie in Cottbus und Dresden auf den „Herbergen zur Heimat“ zu finden waren, und die besagen, daß der Streik in der Waggonfabrik in Görlitz beendet sei und einem Zugzug nichts mehr im Wege stehe, sind unrichtig. Sie haben nur den Zweck, die reisenden Arbeiter irrezuführen und zum Streikbrecher an den 1200 Ausständigen, die meist Familienväter sind, werden zu lassen.

Der Streik ist noch nicht beendet und es wird ersucht, jeden Zugzug von gelerneten und ungelerneten Arbeitern nach Görlitz strengstens fernzuhalten.

Vom Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie Hannovers.

In der Eisenkonstruktionswerkstatt von B. Dietrich ist Anfang dieser Woche die Arbeit ebenfalls eingestellt worden, weil die Firma keine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und keine genügende Lohnerhöhung zugestehen durfte. Für den Betrieb kommen rund 50 Personen in Frage. Die Zahl der Streikenden betrug am 26. April insgesamt rund 750 Personen. Eine Verständigung ist im Laufe der Woche in der Telefonfabrik vorm. J. Berliner, Akt.-Ges., in Hannover, dadurch möglich geworden, daß die tägliche Arbeitszeit auf 5 1/2 Stunden festgelegt bleibt und die Stundenlöhne für alle Arbeiter um 2 1/2 Pf. erhöht werden. Die Arbeiter erklären sich damit einverstanden. Ob damit der Betrieb von der Aussperrung verschont wird, hängt von dem Verhalten der Leitung des Metallindustriellenvereins ab. — Die Firma Brüning in Adtingersdorf bei Hannover hat sich eine gelbe Leibgarde gebildet, die seit etwa 2 Jahren gegüht und geschützt wird. Die Firma benutzt nun diese Schutzpatente, um ihre Arbeiter zur Annahme des Metallindustriellen-Vertrages zu verleiten. Sie hatte folgende Bekanntmachung als Anschlag erlassen:

„Der Vorstand des Adtingersdorfer Arbeitervereins hat den Wunsch geäußert, die Arbeitszeit zu verkürzen mit einer entsprechenden Lohnzulage für die Unkostenarbeiter und diejenigen Arbeiter, die dauernd in Stundenlohn arbeiten. Wir machen bekannt, daß wir bereit sind, dem Wunsch des Adtingersdorfer Arbeitervereins zu entsprechen und vom 1. Mai d. J. an die Arbeitszeit auf wöchentlich 57 Stunden zu reduzieren in der Weise, daß die bisherige Arbeitszeit bestehen bleibt mit Ausnahme des Sonnabends, an welchem Tage die Verkürzung um 2 Stunden eintritt. Es soll fünfzig Minuten Sonnabends von 6 bis 8 Uhr und von 1/2 bis 1/2 Uhr durchgearbeitet werden; von 1/2 Uhr ab ruht der Betrieb. Da wir die Fabrikordnung dementsprechend ändern müssen, ersuchen wir diejenigen Arbeiter, welche mit einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht einverstanden sind, sich in ein beim Portier aufliegendes Buch einzutragen.“

Die Arbeiter haben in ihrer großen Mehrzahl, ohne irgendwelche Beschlüsse in Versammlungen gefaßt zu haben, gegen die Absicht der Firma protestiert. Es wird sehr wenig Arbeiter geben, die der Firma glauben, daß ihr Vorschlag auf Wunsch des gelben Vereins gemacht worden ist, vielmehr nimmt jeder an, daß der gelbe Verein dem Wunsch der Firma nachkomme und sich dazu benutzte, die Interessen der Arbeiter zu bekämpfen. Mit der gelben Tätigkeit werden den ehrlichen Arbeitern wohl Schwierigkeiten bereitet, aber ihre Zwecke erreichen die Unternehmer damit nicht. — Die Arbeiter in allen Betrieben sind durch das rücksichtslose, verletzende Verhalten der Unternehmerorganisation sehr erzagt. Sie warten trotzdem ab, ob die Unternehmer

rechtzeitig das richtige Wort finden werden, womit die vorhandene Spannung im Interesse der gesamten Metallindustrie beseitigt werden kann.

In der Presse Hannovers erschien eine Notiz, die besagt, daß die Metallindustriellen gewillt seien, eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit einzutreten zu lassen. Tatsache ist, daß die Unternehmer ihren Arbeiterkommissionen erklärt haben, daß sie keine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit einzutreten lassen wollen. Die bürgerliche Presse ist also falsch unterrichtet.

Streik und Aussperrung in der Stockindustrie zu Kassel.

Etwa 70 Polierer der Stockfabrik von Ludw. Koch & Co. zu Kassel-Beitenhausen hatten kürzlich erneut die Beseitigung des Systems der Materiallieferung durch die Firma auf Kosten der Arbeiter verlangt, da es die Möglichkeit eines zeitgemäßen Verdienstes, selbst bei angestrengtester Arbeit, fast unmöglich machen mußte. Die Firma weigerte sich, dem Verlangen zu entsprechen, lehnte auch die Gewährung einer Lohnaufbesserung auf anderem Wege ab. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, legten die Polierer und Poliererinnen einmütig die Arbeit nieder. Daraufhin entließ die Firma (sie betreibt die größte Fabrik dieser Branche) auch das übrige Personal, etwa 400 Personen. Man rechnete auf arbeitswillige Elemente, berechnete sich aber, denn die Arbeiter standen fest zur Organisation. Nun ruht der Betrieb seit einer Woche. Dem Unternehmer scheint aber doch an der Ausnützung der Saison zu liegen, denn er hat jetzt mehrere Agenten auf die Suche nach Arbeitswilligen entsandt. Sogar eine Konkurrenzfirma am Platze, Anhaber Wild, beteiligt sich an der Streikbrecherwerbung. Nehme kein Arbeiter der Stockbranche Arbeit nach Kassel an!

Die Streiks der Dachdecker in Königsberg (Pr.) und in Straßburg sind mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet. In Königsberg i. Pr. ist während der Zeit der dreijährigen Tarifdauer eine Lohnerhöhung von 12—15 Pf. pro Stunde für den einzelnen Arbeiter zu verzeichnen, außerdem ist bei auswärtigen Arbeiten eine Regelung der Zulagen, die bis jetzt im freien Ermessen des einzelnen Unternehmers lag, erfolgt.

In Straßburg wurden mit den Firmen Pappe Koch, (Inh. E. Bierlant) und mit Lindenberg Tarife abgeschlossen. — Im Ausland befinden sich noch die Dachdecker und Hilfsarbeiter in Stalp in Pomern und in Diegnitz. Ersucht wird, nach diesen Orten den Zugang fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsnachwahl in Varel-Jever.

Am 2. Oldenburgischen Reichstagswahlkreise wurde am Freitag für den kürzlich verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Traeger eine Nachwahl vorgenommen. Der Wahlkampf war scharf; vier Kandidaten warben um das Mandat. Von unserer Seite kandidierte wieder Genosse Paul Hug, der vor 25 Jahren, bei den Reichstagswahlen 1887, zum ersten Male als Reichstagskandidat auf den Schild erhoben wurde. Die freisinnigen Wahlmänner glaubten, mit der Kandidatur Dr. Wiemers einen besonders glücklichen Griff getan zu haben, stießen damit aber nicht nur einen erheblichen Teil der eigenen Parteigenossen im Wahlkreise vor den Kopf, sondern riefen noch zwei bürgerliche Gegenkandidaten auf die Wahlstatt: den nationalliberalen Hamburger Rechtsanwalt Dr. Albrecht und den Bündler v. Hammerstein.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, erhielt Genosse Hug 12 654 Stimmen, Wiemer 11 059 Stimmen. Der nationalliberale Kandidat vereinigte auf sich 1022 Stimmen und der Bündler v. Hammerstein erhielt 1043 Stimmen.

Bei der Hauptwahl im Januar d. J. erhielten Stimmen: Hug 13 014, Traeger (Fr. Vp.) 12 204 und Strube (natl.) 4335. In der Stichwahl siegte Traeger mit 15 629 Stimmen, während auf Hug 13 925 Stimmen entfielen.

Die Wiener Gemeinderats-Erfahrungswahlen.

Wien, 26. April. (B. Z. V.) Bei den heutigen Erfahrungswahlen für den Gemeinderat in drei Bezirken des 3. Wahlbezirks wurden in zwei Bezirken Christlich-sozialer gewählt. Im Bezirk Ottavering ist Stichwahl zwischen dem Christlich-sozialen und dem Sozialdemokraten erforderlich.

Verstärkung nach Marokko.

Paris, 26. April. Ein Transportdampfer der Kriegsmarine ist gestern von Marseille nach Oran abgegangen, um dort Verstärkungstruppen für Marokko an Bord zu nehmen. In Casablanca hat der aus Dakar eingetroffene Dampfer „Arminia“ achthundert Senegalesen sowie deren Weiber und Kinder gelandet.

Eine italienische Rechtfertigung.

Rom, 26. April. (B. Z. V.) Die italienische Regierung hat den Mächten heute eine Note zugehen lassen, in der die Operationen der italienischen Flotte vor dem Eingange der Dardanellenstraße und bei den Inseln Samos und Stampalia begründet werden. Als Beweggrund für die Landung der italienischen Truppen auf Samos wird die durch die Türkei infolge der Konzentrierung von türkischen Besatzungsmannschaften auf Samos hervorgerufene Neutralitätsverletzung der Insel angegeben. Italien habe zu der „Zwangsmahregel“ greifen müssen, um den status quo auf Samos aufrechtzuerhalten.

Statt der verlangten Sicherheitsvorkehrungen.

Bortsmuth, 26. April. (B. Z. V.) 53 Mann von der Besatzung der „Olympic“ erschienen heute vor dem Polizeigericht unter der Anklage des Ungehorsams gegen die Befehle ihres Kapitäns. Sie wurden gegen Bürgschaft freigelassen. Die Verhandlung wurde auf Dienstag verlegt.

Sieg der Hafenarbeiter in Gent.

Brüssel, 26. April. (B. Z. V.) Der Hafenarbeiterstreik in Gent ist beendet. Die Löhner erhalten vom 1. Mai an eine Lohnerhöhung von etwa 10 Prozent.

Unfall auf einem französischen Torpedobootzerföher.

Toulon, 26. April. (B. Z. V.) Auf dem Torpedobootzerföher „Cavalier“ wurden infolge Maschinendefekts drei Matrosen durch ausbrechenden Dampf schwer verletzt. Einer von ihnen wurde sterbend ins Hospital überführt. Die Brandwunden der anderen sind gleichfalls bedenklicher Natur.

Lustmord.

Stenshew, 26. April. (B. Z. V.) Gestern nachmittag wurde im Waide zwischen Stenshew und Rosenhagen von Passanten der Leichnam der 55 Jahre alten Arbeiterin Wilhelmine Wochsch aufgefunden. Die Gerichtskommission und die Kriminalpolizei stellen einen Lustmord fest. Ein Polizeikund verfolgte die Spur des mutmaßlichen Täters bis nach dem Gute Marienberg, wo er den etwa 60-jährigen Arbeiter Walderitz verhaftete, der in Haft genommen wurde.

Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus.

Von H. Kautsky.

I.

Die Maifeier ist schon durch ihren internationalen Charakter von vornherein stets eine machtvolle Demonstration für den Weltfrieden gewesen. Und immer mehr wird dessen Erhaltung zu dem vornehmsten ihrer Objekte, je mehr die Gegensätze der Nationen sich verschärfen, der Rüstungswahnsinn wächst und die Gefahr eines Weltkrieges aufs bedrohlichste näher rückt. Die Maifeier dieses Jahres fällt in die Zeit des italienischen Raubzuges in Tripolis, der spanischen und französischen Gewaltstrieche in Marokko, der türkischen Ueberfälle Rußlands in Persien und der Mongolei, der Vorbereitung einer Niedererschlagung der mexikanischen Rebellion durch Truppen der Vereinigten Staaten: unabsehbare kriegerische Entwicklungen drohten alle diese Ausbrüche kolonialer Eroberungspolitik nach sich zu ziehen. Und noch liegen den Völkern die Schrecken eines knapp vermiedenen Weltkrieges in den Knochen, an dessen Abgrund uns zuerst das bosnische Abenteuer Oesterreichs und dann vor weniger als einem Jahre der Marokkorummel geführt.

Die allgemeine europäische Situation ist seitdem womöglich noch bedrohlicher geworden, und eben wird dem deutschen Volke von der Reichsregierung zugemutet, das Material zur Schürung des Weltbrandes, der die Kultur Europas vernichten soll, um den Preis weiterer Hunderte von Millionen ausgiebig zu vermehren. Die Maifeier wird diesmal bei uns unter dem Zeichen der neuen Wehrvorlagen stehen.

Dass das Proletariat die einzige Klasse, die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die unter allen Umständen aufs energischste mit Rügen und Bähnen für den Weltfrieden eintritt und dem Militarismus an den Kragen geht, das ist ein Gemeinplatz geworden. Darüber gibt es in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten.

Aber darüber, wie wir diese Aufgabe am besten erfüllen, sind vor der Maifeier des letzten Jahres verschiedene Ansichten aufgetaucht, und diese Verschiedenheiten machen sich auch diesmal wieder geltend.

Die beiden Forderungen, in denen sich bisher unser Kampf gegen den Militarismus kundgab, waren die des Militärsystems und die der Abrüstung gewesen. Jetzt sollen wir uns plötzlich auf die erstere beschränken und die der Abrüstung als eine völlig verkehrte fallen lassen. Aus welchen Gründen?

Man könnte vielleicht meinen, daß die beiden Forderungen einander ausschließen. Bedeutet nicht die Miliz die Volksbewaffnung und die Abrüstung die Volksentwaffnung, also das gerade Gegenteil? Das ist richtig, wenn man die beiden Forderungen in buchstäblichstem Sinne auffaßt und davon abieht, nach einer vernünftigeren Auffassung zu suchen. In Wirklichkeit bedeutet die Forderung der Miliz, daß die für die Kriegführung des Staates vorhandenen Waffen aus den Händen des Berufsheeres in die des gesamten wehrfähigen und in den Waffen geübten Teiles der Bevölkerung gelegt werden sollen. Die Forderung der Abrüstung aber besagt, daß die Menge dieser Waffen immer mehr beschränkt und vor allem der Einführung neuer Waffen ein Riegel vorgeschoben werde.

Diese beiden Forderungen widersprechen einander nicht im mindesten. Man kann die eine ebensogut erheben wie die andere.

Der Charakter der beiden ist aber freilich ein sehr verschiedener. Die Miliz ist vor allem eine politische Forderung, nicht eine ökonomische. Wir streben sie an im Interesse der Demokratie, um die Macht der Regierung zu schwächen, die ihr durch die Verfügung über ein Berufsheer verliehen wird. Dagegen braucht ein Milizheer nicht unbedingt billiger zu sein als ein Berufsheer. Ein kleines Berufsheer kann unter Umständen weniger kosten als die Bewaffnung, Einberufung und Führung des gesamten wehrfähigen Teiles der Bevölkerung. Durch das Milizsystem wird auch das Wehrtrüsten nicht aus der Welt geschafft, wie das Beispiel der Schweiz deutlich bezeugt, deren Militärausgaben rasant steigen. Und dabei hat die Schweiz nur ein Landheer, keine Flotte. Ein Mittel zur Einschränkung der Rüstungen ist also das Milizheer nicht. Wir haben an ihm weitans mehr ein politisches als ein ökonomisches Interesse.

Umgekehrt ist es mit der Abrüstung. Das Interesse an ihr ist in erster Linie ein ökonomisches. Sie vermindert die ungeheuren Kosten, die das moderne Wehrtrüsten mit sich bringt und macht größere Mittel für die ökonomische und intellektuelle Hebung der Volksmassen verfügbar. Dagegen schließt sie nicht aus, daß ein, wenn auch verkleinertes Berufsheer als Herrschaftsmittel der waffenlosen Volksmasse gegenübersteht. Die Abrüstung ist mit Abwesenheit jeder Demokratie sehr wohl vereinbar.

Die beiden Forderungen haben daher auch nicht immer die gleiche Bedeutung für uns. Diese wechselt mit den wechselnden Situationen. Zunächst stand bei uns die Milizidee im Vordergrund und noch mehr bei der bürgerlichen Demokratie, die freilich heute diese Idee gänzlich preisgegeben hat. Das war ganz natürlich, solange sich die Wehrverfassung fast ausschließlich mit der Landarmee beschäftigte. In den letzten beiden Jahrzehnten spielt aber die Flotte eine immer größere Rolle. Und der gegenüber versagt die Milizidee vollständig. Beschränken wir uns in der Agitation auf diese Forderung, lassen wir die der Abrüstung fallen, dann haben wir der Flottenagitation keine Gegenagitation gegenüberzustellen.

In Wirklichkeit kämpft die Internationale seit jeher für die Abrüstung zu Wasser wie zu Lande. Die nächstliegende Form dafür ist die, daß die Sozialdemokratie eines jeden Landes den Rüstungen im eigenen Lande entgegentritt. Dabei wird sie jedoch immer gehemmt werden durch den Einwand, sie mache das Vaterland wehrlos gegenüber den Nachbarn, wenn diese fortfahren, weiterzurüsten. Nun kann man dem sehr wohl entgegenhalten, die Sozialdemokratie wirke überall in gleicher Weise den Rüstungen entgegen, und diese lassen heute so schwer auf den Völkern, daß jede Erleichterung in dem einen Staate das stürmische und unwohlerliche Verlangen in den anderen nach rascher Nachahmung hervorgerufen muß. Der einzige Großstaat Europas, dessen Regierungssystem sich noch erlauben könnte, einer starken öffentlichen Meinung zu trotzen, Rußland, ist zurzeit noch militärisch völlig zerrüttet und finanziell so schwach, daß es an einen großen Krieg nicht denken kann.

Aber es ist klar, daß die Abrüstungsagitation viel weitergehende Forderungen erheben darf und viel wirksamer betrieben werden kann, wenn an Stelle derartigen Erwartungen feste, bindende Verabredungen der konkurrierenden Staaten untereinander treten. Jede Agitation, die auf eine weitgehende Einschränkung der Rüstungen abzielt, muß die Herbeiführung derartiger internationaler Abmachungen auf ihr Programm setzen und alle Schritte unterstützen, die in dieser Richtung gemacht werden.

Dagegen wendet sich nun eine Reihe unserer Genossen, die den Kampf gegen den Militarismus auf die Agitation

für das Milizsystem beschränken wollen. So schreibt ja Lenin in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“, daß „wir im Kampfe gegen den Militarismus und Marinismus (sic) keine andere, aber auch keine zündendere Parole haben als die Programmforderung des Milizsystems“. Für Abrüstung dürfen wir nicht eintreten. Die Argumentation der Genossen, die so denken, ist folgende: Das Wehrtrüsten entspringt dem Imperialismus, der eine naturnotwendige Konsequenz des modernen Kapitalismus ist. Es kann nur mit diesem überdunden werden. Dem Imperialismus dürfen wir daher nur die Forderung des Sozialismus, nicht die der Abrüstung entgegenhalten. Diese ist eine utopistische Illusion, die einem Mangel an Verständnis für den historischen Materialismus entspringt. Das trete auch darin zutage, daß die Verfechter der Abrüstung betont, diese liege im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Gesellschaft selbst, die bei der Fortsetzung des Wehrtrüstens dem Bankrott oder dem Weltkrieg und damit ihrem Untergang oder zum mindesten tiefster Zerrüttung entgegengehe. Jede Klasse wisse selbst am besten, was ihr fromme, und es sei nicht bloß überflüssig, sondern geradezu lächerlich, wenn wir der Bourgeoisie zeigen wollten, wo ihr eigenes wohlverstandenes Interesse liege. So sagt auch Lenin: „Es ist stets eine sehr gefährliche Argumentation, wenn wir Sozialdemokraten den herrschenden Klassen nachweisen wollen, ihre Politik sei vom eigenen Standpunkt aus falsch, sie verständnis sich also auf ihre eigenen Geschäfte nicht. Darauf verstehen sich diese Herrschaften sehr gut.“

Aus dieser Argumentation müssen wir vor allem die Behauptung ablehnen, jede Klasse wisse selbst am besten, was ihr fromme. Das sieht sehr nach historischem Materialismus aus und ist doch grundfalsch. Es wäre nur dann richtig, wenn man sagen könnte, jeder Mensch wisse selbst am besten, was ihm fromme. Diesen Satz wird niemand unterschreiben wollen. Er wird aber nicht richtiger dadurch, daß man annimmt, die Einsicht, die dem einzelnen fehle, stelle sich ein, wenn die einzelnen in Masse zusammentreten. Wohl hat jede Klasse ihre besonderen Interessen, und die einzelnen werden sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen nur bewußt, wo sie als Klasse zusammentreten. Aber die Instinkt der Klassen-solidarität und des Klassengegenesatzes, der sich aus den Lebensverhältnissen der Massen ergibt, sagt ihnen noch gar nichts über die beste Art, wie sie ihre Interessen zu vertreten hätten. Man liebt es heute oft, den Instinkt der proletarischen Massen zu preisen und ihn als sicheren Leitstern der proletarischen Politik zu bezeichnen. Wäre er das wirklich, wozu dann die ganze Arbeit der Wissenschaft? Und was dann, wenn verschiedene Massen von Proletariern verschiedene Instinkte entwickeln? Ist der Instinkt der Massen untrüglich auch dort, wo er christlich oder liberal ist? Wo er Judenhetzen und Regerlynndungen vollbringt? Wo er die Niederwerfung der Duren fordert oder den Zug nach Tripolis?

Das naturwüchsig aus den Verhältnissen hervorgehende Klasseninteresse ist die moralische Kraft, die eine Klasse in ihrem Kampfe befeuert und vorwärts treibt. Die schließlichen Ergebnisse ihrer Kämpfe hängen ebenfalls von den materiellen Verhältnissen ab. Die Ziele aber, die sich in diese Verhältnisse. Je geringer dieser Grad, desto weniger zweckmäßig werden die bewußt angestrebten Ziele sein, desto größer die Opfer und Enttäuschungen, desto bitterer das Vergelt, das die kämpfende Klasse zu zahlen hat.

Damit sei nicht gefagt, daß die unaufgeklärten Massen immer unrecht und die Theoretiker immer recht hätten. Die Theorie setzt dem Kampfe leicht weitere Ziele als der Instinkt, der nur das Nächstliegende empfindet. Aber eben darum

Kolonien usw., und für solche mit geschlossener Tuberkulose: Ermittlung der Krankheit durch Virquetische Reaktion, Ueberwachung der tuberkulösen Befunden durch den Schularzt, sorgemäße Beratung bei der Berufswahl. Für gesunde Kinder, die in einem tuberkulösen Milieu leben oder erblisch disponiert sind, verlanget er möglichst frühzeitige Entfernung aus dem Milieu und Unterbringung in gesunden Familien, Erziehung zur Sauberkeit, Nahrungsmittelhygiene und — hinreichende Ernährung der Kinder unter Mitwirkung der Kommunen. Von den geforderten allgemeinen Maßnahmen, für die Jacob 28 verschiedene Sätze aufstellt, seien hervorgehoben: Alleinschlafen der Schwindsichtigen in Einzelbetten, möglichst in Einzelzimmern, eventuell Nichten eines Zimmers auf öffentliche Kosten, Verbot des Versenkens von nicht desinfizierten Nachschüssen, mögliche Verhütung von Geschlechtskrankheiten zwischen Tuberkulösen und Gesunden, künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft bei tuberkulösen Frauen, Hygienische Ueberwachung der Arbeitsstätten und des Arbeitsverfahrens, Entfernung von Arbeitern mit offener Tuberkulose aus den Werkstätten, Sonderung unhygienischer Wohnungen, obligate unentgeltliche Desinfektion, Staubverhütung auf den Straßen usw. Angehts der großen Häufigkeit der Tuberkulose in den Strafanstalten ist die Forderung fallulativer Entlassung bei Beginn der Tuberkulose von Bedeutung.

In bezug auf die Anzeigepflicht bei Tuberkulose einige man sich dahin, daß die Anzeige aller Fälle offener Tuberkulose wünschenswert ist, daß man aber bei dieser Anzeige alles vermeiden solle, was die Betroffenen in ihrem Erwerbleben schädigen kann, und daß Hand in Hand mit der Anzeige auch die soziale Hilfestellung zugunsten des Erkrankten eingreifen müsse.

Ueber Hausindustrie und Tuberkulose gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die die Heimarbeit als äußerst gefährlich für die Verbreitung der Tuberkulose und anderer Infektionskrankheiten bezeichnet und außer der ärztlichen Anzeigepflicht der Krankheit auch eine Anzeige der gewerblichen Produkte fordert, um diese der obligatorischen Desinfektion zu unterwerfen, als Uebergangsstadium zu einer Ersehung, die die hausindustrielle Herstellung von Gegenständen verbietet, durch die Infektion vermittelt werden kann.

Zum Schutz der Kindheit gegen Tuberkulose wurde das Existenz der Vorkräftungs- und Verteilungsstellen, besonders vom Typus Calmette, empfohlen, sowie der zahlreichen anderen Maßnahmen, in deren Verwirklichung Frankreich als Vorbild vorangeht, seit es durch seine sinkende Geburtenzahl beginnt, sich des Wertes des Menschenmaterials bemüht zu werden. Darüber, daß der Alkoholismus in verschiedener Weise der Tuberkulose den Weg bereitet, waren die Referenten einig.

Die Arbeiten der zweiten Sektion, der für Pathologie und Therapie, waren dem Nichtschwimmern insofern überraschend, als sie sich durch eine unzweifelhafte Rückkehr zum Vertrauen auf spezifische Heilmethoden kennzeichneten. Während man lange Zeit hindurch Luftkuren im Verein mit einem hygienisch-diätetischen Heilverfahren für den ausschlaggebenden therapeutischen Faktor gehalten hat, strebt jetzt offenbar die Medizin wieder der spezifischen Behandlung der Tuberkulose zu, und zwar sowohl der Serumtherapie, als der Behandlung mit Tuberkulin in seinen verschiedenen Abarten und der Verwendung chemischer Präparate.

Bekanntlich liegt die Frage der spezifischen Behandlung durch Serum oder Impfung bei der Tuberkulose insofern anders als bei den meisten anderen Infektionskrankheiten, als das Uebersehen

der Tuberkulose keine natürliche Immunität im Organismus zurüchläßt. Eine ausgeheilte Tuberkulose schützt durchaus nicht gegen eine neue Infektion: im Gegenteil, der einmal erkrankte Patient hat mehr Chancen, wieder zu erkranken als der gesunde. Eine Krankheit aber, die nicht zu natürlicher Immunität, also nicht zur Erzeugung von Antikörpern führt, eignet sich von vornherein nicht zur Serumtherapie, die ja nichts anderes ist als eben die Zuführung von Antikörpern, und sie eignet sich auch nicht zur Impfung, die ja den Organismus anregen soll, selbst die Antikörper zu erzeugen, also eine Immunität zu schaffen, die man im Gegensatz zu der durch Serum vermittelten passiven, als aktive Immunität bezeichnet. Trotzdem hält die klinische Behandlung an Serum und Tuberkulin fest und geht dabei von der Auffassung aus, daß die Tuberkulose freilich nach erfolgter Ausheilung keine Immunität hinterläßt, wohl aber im Kampfe gegen die Krankheit Antikörper erzeugt, wenn und solange ein Heilungsprozeß vorliegt.

Was man nun durch die Tuberkulinbehandlung erreichen will, das ist, wie Prof. Sahly (Bern) ausführte, nicht die Immunisation (als Dauererreichung), sondern eine immunisatorische Heilwirkung, ein Aktivmachen der Schutzkräfte des Körpers, die durch das Eindringen von Tuberkelbazillen von selbst mobil gemacht werden, aber nicht immer in ausreichendem Maße. Die Wirkung der Impfung abgeschwächer oder abgetöterter Bazillenkulturen läuft auf eine spezifische Reizwirkung hinaus, die den Vorteil hat, von Ärzten abgestuft werden zu können. Gerade die neuesten Immunitätsforschungen werden hier für die Klinik nutzbar gemacht, indem sie genaueres Verständnis über die Indikation zur Tuberkulin- wie zur Serumtherapie vermitteln.

Ueber den Wert der einzelnen Lymphe man sich ziemlich dahin einig, daß entscheidende Unterschiede nicht vorliegen, daß aber quantitative Unterschiede bestehen, deren zahlenmäßige Feststellung und Zurüchführung auf gegebene Einheiten als wünschenswert dargestellt wurde. Als hauptsächlichste Lymphe, deren praktische Wirksamkeit erprobt ist, wurden die Präparate Alt-tuberkulin Koch, Verjucht-tuberkulin, Bazillennemulsion, Tuberkulinum purum usw. genannt.

Während in bezug auf die Tuberkulinbehandlung, ihre Ansichten und ihre Indikationen keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestanden, wurde das Zutragen von Serumtherapie, also zur passiven Immunisierung, vor allem von der französischen und italienischen Schule vertreten. Es handelt sich hierbei um eine Enzigung des Organismus durch Gegengifte, die ihm von außen ohne eigenen Strafaufwand zugeführt werden, weshalb diese Behandlung sich gerade auf Fälle erprobt, in denen das Vorwiegen der toxischen Erscheinungen das Tuberkulin und verwandte Präparate widerarr. Sowohl die französischen als die italienischen Forscher wollen glänzende Erfolge mit diesem Verfahren gesehen haben und legen Statistiken darüber vor.

Im großen ganzen kennzeichnete sich die ganze Diskussion durch ein Betonen des klinischen Standpunktes gegenüber dem des Laboratoriums. Prof. Theissler jagte, daß die Tatsachen der klinischen Beobachtung durch kein Laboratoriumsexperiment zu widerlegen seien, und daß die Ineffizienz, die Art des Zustandekommens eines Heilprozesses zu verstehen, uns nicht abhalten dürfte, die den Prozeß auslösenden Mittel anzuwenden. Sei doch bis heute die biologische Wirkung von Chinin, Quecksilber und Podentympe völlig unbekannt.

In spezifisch chemischen Mitteln wurde eine Verbindung von Jod mit Radium empfohlen, weiter bei tuberkulöser

Der internationale Tuberkulose-Kongreß in Rom.

Vom 7. bis 20. April hat in Rom der 7. internationale Kongreß für das Studium und die Bekämpfung der Tuberkulose getagt. Obwohl es unmöglich ist, einem wissenschaftlichen Kongreß, besonders wenn er in Sektionen tagt, vor dem Vorliegen des Kongreßprotokolls gerichtet zu werden, so sei doch ein Ueberblick über einige Ergebnisse der Verhandlungen hier versucht.

An dem Kongreß haben sich große und berühmte Kliniker aller Länder beteiligt. Die Tagung fand in drei Sektionen statt, von denen die erste sich mit der sozialen Verteidigung gegen Tuberkulose, die zweite mit der Pathologie und Therapie und die dritte mit der Aetiologie und Epidemiologie beschäftigte. Obwohl in der Zahl der angenommenen Tagesordnungen ungeheuer fruchtbar, hat die erste Sektion doch bei weitem am wenigstens Neues zutage gefördert. Und es war dies von Anfang an nicht anders zu erwarten. Wissen wir doch sehr gut, was auf dem Gebiet der sozialen Verteidigung gegen Tuberkulose zu geschehen hätte. Die Frage der sozialen Tuberkulosebekämpfung ist im eigentlichen Sinne eine soziale Frage, deren stufenweise Lösung sich viel mehr aus Machtverschiebungen als aus Erkenntnisverschiebungen ergeben muß. Ganz anders stand es um die Arbeiten der beiden übrigen Sektionen, die eine Momentaufnahme des heutigen Wissensstandes und der heutigen Tendenzen darboten.

Der Sektion für soziale Bekämpfung der Tuberkulose gebrach es an einem Ueberblick über die praktischen Errungenschaften, die jedes einzelne Kulturland in seinem Kampfe gegen die Tuberkulose erwirkt hat. Von allen Sektionen war sie am wenigsten zusammenfassend und auch am wenigsten international.

Die Diskussion über die Beteiligung der Frau an der Tuberkulosebekämpfung kam nicht über den Gemeinplatz hinaus. In bezug auf Tuberkulose und Schule war man darüber einig, daß zwar latente Tuberkulose unter der Schuljugend außerordentlich häufig ist, daß aber Formen von offener Tuberkulose, also von solcher, die Ansteckung vermitteln kann, zu den größten Seltenheiten gehören. Dagegen wurde die Gefahr betont, die darin liegt, daß das Lehrpersonal oder die Schuldner an offener Tuberkulose leiden, und es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, durch materielle Sicherstellung der Erkrankten diese nicht in die Zwangslage zu versetzen, ihre Krankheit zu verheimlichen.

Der Zusammenhang zwischen Wohnungsverhältnissen und Tuberkulose ist so offensichtlich und so allgemein anerkannt, daß sich über ihn kaum etwas Neues sagen ließe. Professor Landouzy konnte über diesen Punkt mitteilen, daß Paris für den Bau gesunder Arbeiterwohnungen 100 Millionen ausgeworfen hat, aber er stand mit dieser großen Watschaft ziemlich allein da. In einer Resolution wurde auf das Interesse der Städte hingewiesen, sich einen möglichst großen Teil des Baugrundes vorzubehalten oder neu zu erwerben, um der Wobenspekulation zuzukommen und gesunde und billige Wohnungen zu schaffen.

Ueber prophylaktische und therapeutische Maßnahmen sozialer Natur berichtete Prof. Paul Jacob (Berlin) und forderte für Kinder mit offener Tuberkulose: Trennung von den gefunden, Entfernung aus der Schule, Unterbringung in Heilerholungsstätten, Volksschulen, Erheopazigen, ländlichen

Wird das Ziel, das einer falschen Theorie entspringt, die Massen von der zweckmäßigsten Verfechtung ihrer Interessen stets viel weiter abführen als der Klasseninstinkt selbst dort, wo er irrt. Daraus folgt jedoch nicht, daß der Instinkt höher steht als die Theorie, sondern daß das Fortdauern nach der richtigen Theorie und nach der richtigen Anwendung der Theorie eine der wichtigsten praktischen Aufgaben des Klassenkampfes ist.

Das gilt für alle Klassen, für die Bourgeoisie nicht minder wie für das Proletariat. Namentlich kurzfristige Sabotage, der kräftigste Instinkt der Kapitalistenklasse, treibt sie sehr oft zu Handlungen, die um eines Augenblicksvorteils willen die dauernden Interessen ihrer eigenen Klasse schädigen. Der Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutungsgelüste kann sehr oft im dauernden Interesse der bürgerlichen Gesellschaft selbst liegen. Man darf sehr wohl sagen, daß die Kapitalistenklasse in den alten Ländern des Kapitalismus, vor allem in England, schon den ganzen gesellschaftlichen Mechanismus zugrunde gerichtet hätte, wenn sie nicht auf den energischen Widerstand des Proletariats gestoßen wäre. Ohne den Charaktismus, ohne den Jehnstudenten, ohne die Gewerkschaftsbewegung wäre die Arbeiterklasse Englands längst physisch und intellektuell völlig verkommen und mit der Kraft ihrer Arbeiterschaft wäre die Industrie Englands selbst untergegangen, die Grundlage seines Kapitalismus verschwunden. Wenn sich die kapitalistische Produktionsweise weit lebensfähiger erweist, als noch im vorigen Jahrhundert von den Sozialisten erwartet wurde, so liegt das nicht zum wenigsten eben an der Tätigkeit dieser Sozialisten selbst.

Das erscheint paradox, und man könnte sich versucht fühlen, daraus zu schließen, daß wir bei unserem Eintreten für soziale Reformen nicht die Geschäfte des Sozialismus, sondern der bürgerlichen Gesellschaft besorgen, indem wir deren Lebensdauer verlängern. Dieser Vorwurf ist gegen uns in der Tat von anarchistischer Seite oft genug erhoben worden. Er wäre berechtigt, wenn unsere Aufgabe dahin ginge, die bürgerliche Gesellschaft möglichst rasch zu ruinieren. Wir fassen unsere Aufgabe aber eben anders auf, und sehen sie darin, daß wir das Proletariat möglichst rasch befähigen, Staat und Gesellschaft zu erobern und seines Interesses anzupassen. Wir haben die Kampffähigkeit des Proletariats aufs energischste zu steigern, wir können das aber nur durch Mittel erreichen, die auch seine Arbeitsfähigkeit erhöhen, das heißt seine Fähigkeit, Mehrwert für die Kapitalistenklasse zu schaffen, womit wir die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft verlängern. Dies ist jedoch das einzige Mittel, zu bewirken, daß diese nicht verfaul und spurlos vergeht, wie die Gesellschaft der römischen Kaiserzeit, sondern zum Ausgangspunkt einer neuen, höheren Gesellschaftsform wird.

Wie mit dem Normalarbeitstag steht es zum Beispiel mit dem Freihandel. Indem wir für diesen im Interesse des Proletariats eintreten, verschaffen wir zugleich auch den kurzfristigen Augenblicksinteressen großer Teile der herrschenden Klassen gegenüber das wohlverstandene Interesse der bürgerlichen Gesellschaft in dem Stadium des entwickelten industriellen Kapitalismus.

Raubüberfall im Auto.

Der mörderische Überfall im Auto, den der Bankbeamte Friehe am Nachmittag des 4. Januar d. J. auf den Kassenboten Julius Klein von der Darmstädter Bank ausgeführt hat, bildete gestern den Gegenstand der Verhandlung vor dem Schörrichter des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Delfestamp. Aus der Untersuchungshaft wird der Bankbeamte Julius Friehe vorgeführt. Die Anklage beschuldigt ihn: 1. des versuchten Raubmordes, 2. der Unterschlagung an einer Summe von 3000 M. in Pfandbriefen, 3. der Untreue gegenüber zweier Frauen, deren Ver-

vollmächtigter er war. — Die Anklage verteidigt Staatsanwaltsekretär Friehe, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Emundt.

Berechnung des Angeklagten.

Auf die Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, ob er sich schuldig fühle, antwortete Friehe mit feier Stimme: Jawohl! — Zu seinen persönlichen Verhältnissen erklärt der Angeklagte in längerer, wohlgeordneter Rede folgendes: Ich bin am 8. August 1881 zu Goslar geboren und bisher unbeschäftigt. Mein Vater war auf einem Hüttenwerk in Oker bei Goslar beschäftigt; er ist vor etwa 2 Jahren gestorben. Bis zum 14. Jahre besuchte ich die städtische Volksschule und wurde 1895 aus der ersten Klasse entlassen. Dann wurde ich Labendienter in einem Geschäft, dann in einem Porzellangeschäft bei Verwandten in Goslar; später wurde ich herrschaftlicher Diener bei einem älteren Herrn, dann genügte ich meiner Militärpflicht bei den 166ern. Nach meiner Entlassung kam ich in eine ähnliche Stellung zu einem Obersteuermann a. D. in Berlin. Diese Stelle nahm ich um so lieber an, als es mir auf diese Weise gelingen konnte, zu einer Lebensstellung bei einer Bank zu kommen. Nachdem ich zwei Jahre bei dem Obersteuermann war, kam ich auf Empfehlung zur Darmstädter Bank als Kassenbote nach der Filiale in der Schiffstraße. Es fiel mir nicht schwer, mich bald hineinzufinden. Ich hatte ein leichtes Anpassungsvermögen und mir ging alles leicht von der Hand. Dann erkrankte ich am Typhus und brachte ein Vierteljahr im Krankenhaus Westend zu. Später wurde ich zu der später eingegangenen Zentrale versetzt, dann wurde die Depositionskasse in der Friedrichstraße eröffnet. Ich hatte das Streben, recht vorwärts zu kommen. Ich beschäftigte mich viel mit der Buchführung, und unter Zustimmung meiner ganzen freien Zeit weichte ich mich allmählich in alle Zweige des Bankgeschäfts ein. Ich wurde dann in Anerkennung meiner Ausbildung zum Beamten befördert. Im Jahre 1907 kam ich nach der Ritterstraße und bezog ein Monatsgehalt von etwa 175 M. einschließlich Zantien und Weihnachtsgratifikation. — Vorl.: Rufen Sie damit aus? — Angekl.: Jawohl! — Vorl.: Wie waren Ihre finanziellen Verhältnisse zur Zeit der Tat? Haben Sie nicht auch Spekulationsgeschäfte gemacht? — Angekl.: Jawohl! Ich habe spekuliert und große Verluste gehabt. Ich machte diese Geschäfte teils allein, teils mit anderen. — Vorl.: Die Tat ist am 4. Januar geschehen. Hatten Sie zu jener Zeit eine besondere Zahlung zu machen? — Angekl.: Jawohl! Ich hatte bei dem Jungen Schulz einen Wechsel in Höhe von 2100 M. einzulösen. Die Wechselschuld war aus einer Geld- und Spekulationsaffäre und aus einer Bürgschaft, die ich für einen anderen übernommen hatte, entstanden. Die Einlösung des Wechsels drängte. Nun kam ich in Verlegenheit und es kam mir der Gedanke: Wie kommst du aus dem Dilemma heraus? Ich wollte mich nicht meinen Bekannten, die mich für einen wohlhabenden Mann hielten, anvertrauen; ich wollte mich auch verhehlen, und genierte mich, meiner Frau plötzlich einzugeschicken, daß ich in großer Bedrängnis war und auch schon alle meine Ersparnisse verloren hatte. Ich hatte auch mehrmals Bekannten Geld geborgt und dadurch war auch allgemein der Anschein erweckt worden, daß ich über größere Geldsummen verfügte und diesen Anschein wollte ich nicht zerstören. — Vorl.: Auf welchen Gedanken kamen Sie nun? — Angekl.: Ich kam auf den Gedanken, den Klein zu berauben. Vorl.: Wie dachten Sie sich das? — Angekl.: Ich wollte ihn veranlassen, mit mir in ein Auto zu steigen, ihn wirgen und ihm das Geld wegnehmen, welches er bei sich trug, eventuell fliehen, vielleicht auch nicht — darüber war ich mir nicht klar. — Vorl.: Wann haben Sie nun zuerst den Entschluß gefaßt, den Klein zu berauben? — Angekl.: In den Mittagstunden des 3. Januar. — Vorl.: Sie rechneten damit, daß Klein täglich den Weg von der Depositionskasse in der Schiffstraße nach der Zentrale am Schiffesplatz unternahm. Sie wußten auch, daß Klein gerade zu Anfang des Quartals immer eine größere Summe abzuliefern hatte. — Angekl.: Das war sehr verschieden; ich konnte auch damit rechnen, daß Klein nur 5000 bis 10 000 M. bei sich hatte. Wie es kommen würde, darüber habe ich mir vorher keinerlei Gedanken gemacht. Ich wollte nur meine Schulden bezahlen und frei sein. Ich hatte mich im Juli v. J. verlobt und wollte im März d. J. heiraten. — Vorl.: Waren Sie sich denn von vornherein darüber klar, wie Sie die Tat selbst ausführen wollten? — Angekl.: Jawohl! Ich wollte Klein mit einer Schürze wirgen und ihm das Geld fortnehmen. — Vorl.: Und dann weiter? — Angekl.: Ich wollte dann allein weiter fahren. — Vorl.: Sie hätten dann wohl dem Chauffeur den Auftrag gegeben, nach einer möglichst weit entfernten Straße mit dem Leichnam des Klein zu fahren. — Angekl.: Das ist möglich. — Vorl.: Sie haben dann dem Klein am 3. Januar am Lückwiesplatz an der Straßenbahnhaltestelle aufgelauert und ihn aufgefordert mit in ein Auto zu steigen. Hatten Sie sich an diesem Tage schon auf die Tat vorbereitet? — Angekl.: Jawohl! Ich hatte den Messingdraht in der Tasche, ebenso hatte ich eine Petroleum- und einen Hut mitgenommen, um mich bei einer Flucht unkenntlich zu machen. — Vorl.: Deshalb hatten Sie die Tat nicht schon an diesem Tage ausgeführt? — Angekl.: Als ich mit Klein in der Autobroschire saß, verlor ich den Mut und konnte beim besten Willen die Tat nicht ausführen. Als am nächsten Tage aber Schulz wiederum wegen des Wechsels ankam, sagte ich den Entschluß, die Tat endlich auszuführen und habe sie dann auch ausgeführt. (Der Angeklagte, der diese letzten Worte mit zitternder Stimme hervorbrachte, bricht hierauf völlig zusammen und schluchzt längere Zeit.) Nach einiger Zeit fährt der Angeklagte fort: Ich sagte mir damals, ich müßte die Tat in irgend einer Weise verwickeln. Dies wollte ich auf folgende Weise erreichen. Ich ließ mir von einem Dienstmann in einer Drogerie in der Potsdamer Straße zwei Liter Benzol holen. Ich selbst kaufte bei Weichheim einen Glasbehälter und einen längeren Schwefelstängel. Ich wollte nach der geschehenen Tat den Schwefelstängel in den mit Benzol gefüllten Glasbehälter legen, dann am anderen Ende anzünden und aus dem Wagen springen. — Vorl.: Es hätte also dann den Anschein gehabt, als wenn Klein und der Chauffeur die Opfer einer Benzinerplosion geworden seien. — Angekl.: Jawohl! — Vorl.: Sie wußten doch auch damit rechnen, daß Klein durch die Drahtschlinge gleich getötet würde? — Angekl.: Da ich sehr kräftig bin, ist es möglich, daß Klein dabei getötet worden wäre. — Vorl.: Glaubten Sie denn, daß bei der Benzinerplosion überhaupt nichts übrig geblieben wäre, so daß die Tat selbst nicht entdeckt werden konnte? — Angekl.: Wie weit die Kraft der Explosion gehen würde, wußte ich nicht, jedenfalls wollte ich das Auto in Brand setzen. — Vorl.: Schildern Sie nun die Tat selbst.

die Tat selbst.

Angekl.: Ich stellte mich wieder am Lückwiesplatz auf. Diesemal hatte ich auch noch ein Peil mitgenommen, um Klein damit zu betäuben, wenn der Draht nicht funktionierte. Als Klein kam, rief ich ihm zu, er solle schnell in den Wagen einsteigen. Klein bedankte sich noch dafür. Untermweg nahm ich Geld heraus, welches ich absichtlich zu Boden fallen ließ, um Klein mit dem Hinweis, daß ich Handzucht an habe, zu veranlassen, sich danach zu bücken. Als ich Klein bildete, um ein angeblich noch fehlendes Jehnmarkstück zu suchen, warf ich ihm von hinten die Drahtschlinge um den Hals und zog fest zu. Klein, der auf dem Boden lag, wehrte sich nur einen kurzen Moment. Ich zog die Schlinge nochmals zu und nun fiel Klein auf den Kopf zurück und wurde bewegungslos. Da kam ein Gefäß plötzlicher Weise über mich, als ich den Klein bewußtlos daliegen sah. Ich nahm ihm den Draht ab, verbergte ihn in der Tasche und setzte mich neben Klein. Klein schlug die Augen auf, sah mich an und griff nach der Tür, die er nach der Straße zu öffnete. Ich blieb gedankenlos im Auto sitzen und wurde verhaftet. — Vorl.: Sie scheinen jetzt die Sache so darstellen zu wollen, als ob Sie freiwillig von der Tat Abstand genommen hätten. Sind Sie nicht von dem Plan zurückgekommen, weil Klein sich sehr wehrte? — Angekl.: Nein, freiwillig. Ich kann nur sagen: als ich den Klein bewußtlos liegen sah, kam ein unbeschreibliches Gefühl über mich, etwas, was mich veranlaßte, plötzlich innezuhalten und von der weiteren Tat zurückzutreten. — Vorl.: Davon haben Sie bei Ihrer früheren Berechnung nichts erwähnt, wie das Protokoll, welches ich Ihnen vorlese, ergibt. — Angekl.: Ich möchte meine Tat vollständig eingestehen, ich möchte zur Ruhe kommen.

Vorl.: Sie hatten nun auch noch ein Messer mitgenommen. Nach Ihrer Angabe wollten Sie sich, wenn alles schief ging, das Leben nehmen. Nun ging doch die Sache schief. Haben Sie nun nicht den nötigen Mut gehabt? — Angekl.: Nein, ich war vollständig gedankenlos und habe über etwaige Flucht oder Selbstmord nicht mehr nachgedacht, sondern bin vollständig apathisch über geblieben. — Vorl.: Ich muß auch auf einen weiteren Widerspruch hinweisen. Sie haben früher angegeben, schon am 2. Januar den Plan der Beraubung gefaßt zu haben, jetzt wollen Sie es erst am 3. Januar geplant haben. — Angekl.: Es ist möglich, daß ich das früher gesagt habe, ich war sehr verwirrt. — Staatsanwalt Friehe: Vor der Polizei hat der Angeklagte sogar gesagt, daß er schon fünf Tage lang den Plan mit sich herumgetragen habe. — Vorl.: Früher haben Sie, wie ich wiederholt festgestellt, gesagt: Klein habe sich ge-

Wandstentelentzündung Jodoforminjektionen in großen Dosen und dann durch Referate von Dr. Graßlin von der Linden-Klinik, Prof. Mehn und Dr. Strauß die Behandlung mit Kupferpräparaten, die der verstorbenen Geheimrat Finler bis jetzt nur an Meeresschwämmen und in 54 Fällen von Hauttuberkulose beim Menschen mit gutem Erfolge versucht haben will. Die große, ja allgemein anerkannte Wirksamkeit der Sonnenbestrahlung, namentlich bei Knochen- und Hauttuberkulose, wurde durch zahlreiche interessante Photographien bestätigt.

Ueber die Unterbrechung der Schwangerschaft bei tuberkulösen Frauen referierten Prof. Voffi (Genova) und Prof. Martin (Berlin). Beide sprachen sich für die Zweckmäßigkeit der Unterbrechung aus, von der sie fast stets einen günstigen Einfluß auf den Krankheitsverlauf gesehen hatten. Welche Referenten betonten, daß in der Regel keine lebenswichtigen Früchte zu erwarten seien und verlangten, daß man auch der sozialen Lage der Mutter Rechnung trage und die Unterbrechung für um so mehr angezeigt halte, je weniger die Schwangerschaft insidie ist, sich Pflege zu gönnen. Mit Rücksicht darauf, daß allzu oft tuberkulöse Frauen immer wieder schwanger werden und so einmal jährlich und öfter Eingriffe erfordern, bejahrte Prof. Martin die tubare Sterilisation, in der Weise, daß man einen Stumpf der Tube erhält, um unter Umständen in der Folge die Fähigkeit zur Empfängnis wieder herstellen zu können. In der Diskussion traten Prof. Bestalozza und andere gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft ein, mit der Begründung, daß die Kinder tuberkulöser Frauen häufig gesund seien und das Begierden einer tuberkulösen Mutter nicht als ein Nachteil für die Familie anzusehen sei. Von einigen deutschen Ärzten wurde nach dem Vorschlag von Bestalozza die Totalextirpation von Gebärmutter und Eierstock bejahrte, mit dem Hinweis auf die Schädlichkeit wiederholter Eingriffe zur Unterbrechung der Schwangerschaft. Die Mehrheit trat aber den Ausführungen von Voffi und Martin bei, unter scharfer Betonung der humanitären Rücksichten, auf die sich diese Auffassung stützt.

In der Session über Ketiologie (Lehre von den Krankheitsursachen) und Epidemiologie wurde zunächst die langjährige Frage über die Beziehungen zwischen menschlicher und Rindertuberkulose verhandelt, die nach der großen englischen Enquete eigentlich schon als im Sinne der minimalen Gefährlichkeit der Rindertuberkulose für den Menschen gelöst angesehen werden durfte. Der italienische Referent, Prof. Goffi, meinte geradezu, daß die Anwendung des englischen Gesetzes, das die Vernichtung aller tuberkulösen Rinder ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit der Milch verweigert, wohl einen großen Vorteil für den Viehbestand, nicht aber eine Erregung des Kampfes gegen die menschliche Tuberkulose bedeute. So lange man wie heute noch mit den Mitteln zur Bekämpfung der menschlichen Tuberkulose mangelte, sei es nicht zweckmäßig, große Kapitalien gegen die Rindertuberkulose aufzuwenden. Der französische Referent, Prof. Fallis, ließ dagegen die Frage offen, ob nicht gelegentlich Bazillen des menschlichen Typus ihrem Ursprung nach auf Tuberkelbazillen des Rindertypus zurückzuführen. Er war für Ausdehnung der Maßnahmen gegen die Rindertuberkulose. Prof. Kassel (Heidelberg) vertat wieder den Standpunkt, daß die Aufnahme von Rindertuberkelbazillen durch Milch und Fleisch tuberkulöser Tiere nur eine ganz untergeordnete Rolle spiele. Die Frage erscheint also weiter als noch nicht endgültig beantwortet.

Ueber die Eingangsformen der Bazillen in den Organismus referierte Prof. Calmette (Nizza). Die Infektion

des Organismus bei der Konzeption ist als ungeheuer selten anzusehen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle tritt die Infektion in der Kindheit und ersten Jugend ein. In den großen Städten erweisen sich schon 10 Proz. der einjährigen Kinder bei der Tuberkulinprobe als infiziert. In dem Alter von 1 bis 5 Jahren steigt diese Zahl auf 50 und in dem von 5 bis 15 Jahren auf 80 Proz., um bei den Erwachsenen 87 Proz. und mehr zu erreichen. Diese Bazilleninfektion, die das Tuberkulin nachweist, ist in der Mehrzahl der Fälle von keinen Krankheitserscheinungen begleitet. Erfolge kann die Infektion auf all den Wegen, durch die Bazillen in den Organismus eindringen können, normalerweise pflegt sie aber das Lymphsystem zu wählen, wobei das Eindringen der Bazillen vorwiegend durch den Verdauungstraktus stattfindet. Die Lungentuberkulose ist nach Calmette meistens der verspätete Ausdruck einer ursprünglich lymphatischen und dann das Blutgefäßsystem ergreifenden Infektion. Wo Immunität eintritt, dauert sie nur so lange, als der Organismus Bazillenträger ist. In einem immunen Organismus verbleibt der Bazillus entweder als unschädlicher Fremdkörper, oder er wird mit den Abwuschungsprodukten der Zellen ausgeschieden, hauptsächlich durch Leber oder Darm.

Der nächste internationale Kongress wird im Jahre 1917 in London tagen. Inzwischen wird die nie ruhende Wissenschaft neue Mittel und Wege gefunden haben, um das Reichgebiet der Krankheit einzuschränken. Schon jetzt muß es als Erregung der Hoffnung von großer Tragweite betrachtet werden, daß die spezifische Behandlung gegenüber der hygienisch-diätetischen an Bedeutung gewinnt. Führt diese Entwicklung fort, so muß sie zu einer bedeutenden finanziellen Entlastung in der sozialen Tuberkulosebekämpfung führen, da jede spezifische Behandlung viel leichter durchzuführen ist, als eine hygienisch-diätetische Kur. Und diese Entlastung könnte es möglich machen, an dem Kranken zu sparen, um den Gesunden in höherem Maße die Mittel zukommen zu lassen, sich vor der Erkrankung zu bewahren. Wir wissen heute, daß dem normalen und gutgenährten Organismus der Tuberkelbazillus, wo ihn nicht ein ungeeignetes Milieu in Lebenszahl gedeihen läßt, nicht gefährlich werden kann. Deshalb gilt es bei keiner Krankheit mehr als bei dieser, ihr durch gesunde Lebensbedingungen der Richtkrankheiten den Boden abzugraben. Und gerade dadurch kann man am besten das verteilichen, was Prof. Landoz in schönen Worten forderte: Mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Gesundheit für die Individuen und für die Völker.

Kleines feuilleton

Sankt Alfred Krupp. Freitag, der 26. April, war ein internationaler Feiertag. Nicht nur ein Feiertag für Deutschland, sondern eine Glorie für sämtliche Länder dieses sich gebuldig durch das Weltall bewegenden Erdklumpens. Das Wolffsche Telegraphenbureau, das leider zu oft nationale Feiertage unberücksichtigt läßt, war diesmal mit einem herzlich angehauchten Artikel von 220 Zeilen zur Stelle; und wurde auch keine Flagge auf öffentlichen Gebäuden gehißt, und veräuerte man auch, der Tatsache von den Sankeln herab zu gedenken: im Herzen jedes echten guten Patrioten herrschte Freitag große und innige Freude. Die Firma Krupp feierte ein Jahrhundertfest. Am 26. April 1812 wurde Alfred Krupp geboren. Zwar hatte sein Vater Friedrich Krupp, 1811, die Gießhahnenfabrik begründet, aber mit so wenig Erfolg, daß er seiner Witwe und dem vierzehnjährigen Alfred nur noch sechs Arbeiter hinterließ. Den gemalten

Gaben dieses Alfred Krupp, der 1887 starb und dem der allsehendste Gott also keineswegs seinen Segen vorenthalten, ist es zu danken, daß die Firma Krupp eine Weltberühmtheit wurde, daß die Völker mit Jubel und Begeisterung in den Besitz von ungefähr 50 000 Kanonen gelangten. Das Kruppische System bildet gegenwärtig die Grundlage der deutschen, österreichisch-ungarischen, italienischen und russischen Feldartillerie, und in Deutschland ist die gesamte Ausrüstung der Feld-, Festungs-, Schiffs- und Küstenartillerie mit Geschützrohren aus dieser Fabrik versehen. Bis 1902 lieferte Krupp an mehr als 30 Staaten. Am ersten April 1904 wurden auf den Kruppischen Werken 45 289 Personen beschäftigt. Das Kapital der 1903 gegründeten Aktiengesellschaft beträgt 160 Millionen Mark. Und so weiter.

Nun wohl, der Begründer dieses Unternehmens, das der Menschheit unerschöpfbare Dienste leistete, ist Freitag vor hundert Jahren geboren. Nach seinem Tode wurden ihm in Wien zwei Denkmäler errichtet und 1899 in Charlottenburg ein Brongeständbild. Siehe Meyers Konversationslexikon. Ist damit, frage ich, der Pflicht der Dankbarkeit vollumfänglich genügt? Derf man, selbst wenn man auch der größte Feind des Personenkultus wäre, sich einen bemerkenswerten Tag, der an Bedeutung die Geburtstage Keplers, Galileis, Rembrandts, Beethovens, Kants und Tolstois übertrifft, mit nur 220 Zeilen des Wolffschen Telegraphenbureaus vorübergehen lassen? Gemüht das für ein Volk, das seine großen Männer in Ehren halten will? Ist es nicht eine Schande, daß solches Jahrhundertfest auf diese laue Weise verläuft? Wenn das Wolffsche Telegraphenbureau nicht die Pflicht befehlen hätte, den herauszuheben, eben, nicht genug zu preisen den Jubilanten des Schnellfeuergeschützes mit 220 beschreibenden Zeilen in Erinnerung zu bringen, existierte die Möglichkeit, daß die Vorreden dieses Kanonendings durch die unendbare Nachwelt in einer Ecke verbottet wären.

Das darf nicht geschehen. Wir müssen unseren Kindern durch Feier historischer Ereignisse ein Vorbild geben. Ich glaube und bin sicher, in dieser meiner Meinung nicht allein zu stehen, daß es an erster Stelle Aufgabe des Staates sein müßte, jeden 26. April mit Salutsschüssen zu begrüßen. Dieser Mann gehört in die Siegesallee. Und hat er auch meines Wissens niemals Kreuze für Tüme von Kathedalem gegossen: die Kirche muß das Unrecht an ihm gutmachen.

Sie verdankt Alfred Krupp unjählich viel. Kreuz und Kanonen gehören zusammen. Sankt Alfred Krupp, sollte das nicht gehen? Gab es nicht Sterbliche, die für weit Eeringeres heilig gesprochen wurden? . . . Heinz Sperber.

Notizen.

Theaterchronik. Die Aufführung von Bedekinds „Tod und Teufel“ ist von der Künstlergemeinschaft Werkstatt der Verdenden“ endgültig auf Montag, den 29. April, nämlich um 1/8 Uhr im Künstlerhaus, Volkswestr. 3, festgelegt. Außer den persönlich zugesandten Billets muß jeder Einzelgänger auf behördliche Anordnung im Besitz einer besonderen Kanonenscheinung sein. — Bühnenchronik. Irene Friehe ist von 1914 an auf mehrere Jahre für das Berliner Theater verpflichtet worden. Sie wird aber schon vorher im Königgräber Theater gastieren. — Vorträge. Cool, nach seinen eigenen Angaben Entdecker des Nordpols, will am Dienstagabend 8 Uhr, in der Oranerei Friedrichshain betreiben, daß er den Nordpol entdeckt hat.

Wohlt und Sie hätten dessen Widerstand nicht überwinden können. Angel.: Nein, ich bin kräftiger wie Klein. Ich muß noch einmal bemerken, daß ich in der ganzen Zeit nicht zur Ruhe gekommen bin und meine Tat voll und ganz büßen will. Die ganze Zeit hat mich die Reue geplagt und ich bin gewillt, meine Tat voll einzuräumen und die Strafe, die mir gebührt, auf mich zu nehmen. — Vors.: Ja, wir müssen aber die Sache völlig aufklären, auch nach der Richtung hin, ob Sie freiwillig von dem Verbrechen Abstand genommen haben. — Angel.: Ich kann nur sagen, daß ich freiwillig zurückgetreten bin. Präsi.: Schließlich hielt also der Chauffeur das Automobil an und Sie wurden festgenommen. — Vert. H. A. Emundt: Der Angeklagte hatte zu jener Zeit die Möglichkeit, der Bank 200 000 M. zu unterschlagen, die er vom Notar abgeholt und richtig abgeliefert hatte.

Beweisaufnahme.

Zuerst wird der überfallene Kassenbote Louis Klein vernommen. Er erzählt, daß er den Angeklagten 1905 als Kassenboten angelernt habe und dieser ihn kannte und auch wußte, daß er täglich große Geldsummen nach der Hauptstelle der Bank am Schinkelplatz abzuliefern hatte. Am 3. Januar habe sich plötzlich eine Hand auf seine Schulter gelegt und Fricke, der hinter ihm stand, habe ihn freundlich angeredet: „Guten Tag, altes Haus! Sagen Sie mal, wie geht es Ihnen denn?“ Der Angeklagte hatte einige Sachen bei sich, sagte, er sei im Umzug und warte schon einige Zeit vergeblich auf die Strafzettel, so daß er sich ein Auto nehmen müsse. Auf seine Einladung stieg der Zeuge dann mit ein und unterhielt sich harmlos über allerlei Dinge mit Fricke. Er hatte gar kein Bedenken, diese Fahrt mitzumachen, da er ja doch unter dem Schutze eines Beamten der Bank war. Als er das Automobil verließ, hat er dem Angeklagten noch beifällig für die Freundlichkeit gedankt. Am anderen Tage, am 4. Januar, traf er wieder, seiner Meinung nach durch Zufall, mit Fricke zusammen, der ihm winkte, schnell mit in sein Automobil zu kommen und eine Strecke Wegs mit ihm zu fahren. Der Zeuge war so guten Muts, daß er sich im Automobil eine Zigarre anzünden wollte, was aber der Angeklagte zu unterlassen bat — sei es nun mit Rücksicht auf das mitgeführte Geld. Er sei es, weil er vielleicht fürchtete, daß ihm die brennende Zigarre bei der Tat hinderlich sein könnte. Der Zeuge hatte etwa 43 000 Mark bei sich. Die erste Zeit verging mit ruhigem Gespräch. Kurz vor dem Einbiegen des Autos in die Straße am Lützowufer habe Fricke, wie Klein bekundet, gesagt, daß er einem Kassenboten an der Zentralstelle einen kleinen Geldbetrag schulde und Klein gebeten, diesem doch das Geld auszuhandigen. Fricke habe dann in die Manteltasche gegriffen, eine Anzahl Geldstücke herausgeholt und diese durchgezählt. Dabei sei plötzlich der ganze Geldvorrat seinen Händen entglitten und zerstreute sich auf dem Boden des Autos. Fricke bückte sich zunächst danach selbst, dann erklärte er, es fehle ihm ein Zehnmarkstück und bat dann Klein, doch danach zu suchen, da er selbst Handtasche an habe und das Zehnmarkstück nicht finden könnte. Dienstfertig legte sich Klein auf den Boden des Autos und suchte emsig. Plötzlich habe er einen Schlag in das Kreuz bekommen und er fühlte, daß ihm eine Schlinge um den Hals gelegt wurde. Ihm wurde schwarz vor den Augen und er konnte kaum mehr atmen. Dann kam er einen Augenblick wieder zur Besinnung, er behauptet, es sei ihm so gewesen, als sei er aus einem Traum erwacht. Er habe aber gefühlt, daß sich Fricke bestreite, ihn wieder zurückzuführen, es sei ihm aber gelungen, die Tür des Autos zu öffnen; bei dem Zutritt von Luft sei er wieder zu sich gekommen und habe gesehen, daß ihm die Schlinge noch am Halse lag. Er habe einige unartikuliert Töne ausgestoßen. In diesem Augenblick habe er gemerkt, daß die Schlinge an seinem Halse gezogen wurde. Im letzten Augenblick habe aber Fricke sich noch bemüht, ihm die Hand auf den Mund zu halten. — Der Angeklagte bleibt mit aller Bestimmtheit dabei, daß er die Schlinge schon vorher freiwillig abgenommen habe.

Dr. Lippmann Wolf und Medizinalrat Dr. Hoffmann weichen in ihren Gutachten etwas voneinander ab. Der erste nimmt an, die Schlinge habe sich durch einen Zufall nach oben verschoben. Bei dieser Lage sei eine Erstickung schwer möglich gewesen. Dr. Hoffmann nimmt hingegen an, wenn sich die Schlinge nicht gelöst hätte, so wäre der Klein ungewisselhaft erstikt.

Zeumundzeugen.

Eine Reihe von Zeugen, darunter der stellvertretende Direktor Buchme von der Bank für Handel und Industrie, stellen dem Angeklagten im allgemeinen ein gutes Zeugnis aus. Fricke, der sich vom einfachen Kassenboten zum Bankbeamten hochgearbeitet habe, habe abgesehen von einer Art Großmannsücht, gezeigt, daß es ihm ernstlich daran gelegen war, vorwärts zu kommen.

In dem zweiten Teil der Anklage handelt es sich um zwei Fälle von Unterschlagung und Untreue.

Eine Frau Empt hatte dem Angeklagten im Februar 1905 Pfandbriefe in Höhe von 2000 M. zur Aufbewahrung gegeben, die er dann gegen den Willen seiner Auftraggeberin für sich selbst verwendet haben soll. — Der Angeklagte erklärt hierzu, daß er die Papiere bei der Bank für Handel und Industrie, bei welcher er sich auf den fingierten Namen „Heinz Lehmann“ ein Konto eingerichtet habe, ins Depot gegeben habe. Vom Vorstehenden befragt, aus welchem Grunde er sich bei der Bank, bei der er selbst beschäftigt war, unter falschem Namen ein Konto eingerichtet habe, erklärte der Angeklagte, daß dies von anderen Angestellten der Bank auch getan werde, er müsse jedoch wegen der Gründe im Interesse der Bank jede Auskunft verweigern. Mit einem ähnlichen geheimnisvollen Nimbus umgibt sich der Angeklagte auch, als er über den Verbleib des Geldes befragt wird. Er erklärt, daß er dies nicht angeben könne, ohne daß in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt würde. Schließlich behauptet der Angeklagte noch, daß er von der Frau E. Vollmacht erhalten habe, mit dem Gelde zu spekulieren.

Plädoyer.

Nach Schluß der Beweisaufnahme wurden die auf versuchten Raub, versuchten Mord, Unterschlagung, Untreue und auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Emundt auch auf gefährliche Körperverletzung bezw. freiwilliger Rücktritt vom Versuch lautenden Schuldfragen an die Geschworenen gerichtet.

Staatsanwalts-Beisitzer Fricke wies in einem längeren Plädoyer darauf hin, daß es sich um einen in allen Einzelheiten wohlüberlegten und vollständig ausgeführten gemeinen Mordversuch handele, der nur durch Anwendung der ganzen Schärfe des Gesetzes gebührend zu ahnden sei. Bei dem von dem Angeklagten bestrittenen außerordentlich stark hervortretenden verbrecherischen Willen könne selbst angesichts einiger mildernder Gesichtspunkte von der Subtilisierung mildernder Umstände nicht die Rede sein.

Rechtsanwalt Dr. Emundt führte als Verteidiger in erster Linie aus, es sei doch immerhin zu bedenken, daß es sich um einen bisher völlig unbefangenen Menschen handle, dem von allen Seiten ein gutes Zeugnis ausgestellt sei. Offenbar sei sich der Angeklagte gar nicht recht bewußt gewesen, welches schwere Verbrechen von ihm begangen werden sollte. Im letzten Augenblick sei dann plötzlich wieder das eigenliche Bewußtsein in ihm erwacht und in diesem Moment habe er dann selbst wieder von seinem Opfer abgesehen, ohne daß er durch irgendwelche äußeren, von seinem Willen unabhängigen Einflüsse dazu bestimmt worden sei. Es frage sich deshalb, so sehr man vielleicht über einen derartigen Ausgang der Sache den Kopf schüttele werde, ob hier nicht der § 48 St.-G.-B. in Anwendung zu bringen sei, nach welchem der Täter Straffreiheit genieße, wenn er die Ausführung einer beabsichtigten Handlung aufgabe, ohne daß er an dieser Ausführung durch Umstände gehindert worden ist, welche von seinem Willen unabhängig sind. Wenn die Geschworenen nicht zu dieser Auffassung kommen sollten, so hoffe er, daß dem Angeklagten zum mindesten die mildernden Umstände nicht verjagt würden, und zwar mit Rücksicht auf das Gutachten des Sachverständigen, nach welchem der Angeklagte ein geistig minderenwertiger Mensch sei.

Die Beratung der Geschworenen dauerte bis 1/8 Uhr abends. Besagt wurden die Schuldfragen wegen versuchten Totschlages, ver-

suchten schweren Raubes unter Verfassung mildernder Umstände. Verneint wurden die Schuldfragen bezüglich der Untreue und Unterschlagung. Staatsanwalts-Beisitzer Fricke beantragte gegen den Angeklagten die gesetzlich höchstzulässige Strafe von 14 Jahren 11 Monaten Zuchthaus. Rechtsanwalt Dr. Emundt gab der Ansicht Ausdruck, daß die von dem Staatsanwalt beantragte Strafe so exorbitant hoch sei, daß es sich erübrige, überhaupt darauf näher einzugehen.

Der Angeklagte sei dadurch, daß die Zuchthausstrafe an sich in Anwendung gebracht werden müsse, schon schwer bestraft. Während der Beratung des Gerichtshofes über das Urteil schied sich der Verteidiger mit den Geschworenen, unter denen bei dem Antrage des Staatsanwalts eine leichte Anruhe bemerkbar wurde, in Verbindung und machte ihnen unter Verwendung mehrerer Geschworener verschiedene Mittelungen. Vor den Geschworenenbanken bildeten sich Gruppen um den Verteidiger.

Als das Gericht mit dem bereits zu Protokoll gegebenen Urteil wieder den Saal betrat, erhob sich der Obmann der Geschworenen und erklärte folgendes: Ich habe von den Geschworenen einstimmig den Auftrag erhalten, zu erklären, daß wir uns in der Beratung bezüglich einer Frage zuungunsten des Angeklagten geirrt haben; wir bitten, nochmals beraten zu dürfen. Dieser in der Rechtsprechung vereinzelt dastehende Fall rief im Saale eine allgemeine Erregung hervor. Der Staatsanwalt bekämpfte diesen Wunsch der Geschworenen mit rechtlichen Ausführungen.

Der Verteidiger hält im Gegenjah hierzu vor Verkündung des Urteils selbst jederzeit ein Berichtigungsverfahren für zulässig. Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärte der Obmann der Geschworenen, daß sie sich bezüglich der zu 2. gestellten Schuldfragen noch versuchten Mord geirrt hätten. Unter den Geschworenen habe die Meinung bestanden, daß durch die Verneinung erfolgte Ausschaltung des erschwerenden Moments der Ueberlegung die Subtilisierung mildernder Umstände gegeben sei. Der Staatsanwalt wies nochmals darauf hin, daß dieser Irrtum für die Entscheidung selbst ohne Bedeutung sei, da ja die Geschworenen die Befoners gestellte Frage nach mildernden Umständen verneint hätten.

Nach längerer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende: Das Berichtigungsverfahren ist zulässig von dem Augenblick an, wo die Geschworenen ihren Wahrspruch abgegeben haben bis zur Urteilsverkündung des Gerichts. Da in diesem Falle das Urteil noch nicht verkündet war, so war das Berichtigungsverfahren zulässig. Es ist aber auch materiell begründet, da nach der Mitteilung des Obmannes die Geschworenen bei der Beantwortung der Fragen von einer irrigen Voraussetzung ausgegangen sind. Es liegt ein sachlicher Mangel vor und deshalb beschloß das Gericht, das Berichtigungsverfahren anzuordnen.

Die Geschworenen ziehen sich hierauf gegen 8 Uhr zur nochmaligen Beratung zurück, die bis 1/2 Uhr dauert. Diesmal bejahen die Geschworenen nur die Schuldfrage nach versuchtem schweren Raub unter Subtilisierung mildernder Umstände. Der Vertreter der Anklage beantragt nunmehr die hierauf zulässige Höchststrafe, ohne diese jedoch näher namhaft zu machen. Das Urteil lautet auf die Höchststrafe von 4 Jahr und 11 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Soziales.

Methylalkoholvergiftungen

Die 28. Hauptversammlung des Preussischen Medizinalbeamtenvereins, die gestern unter starker Beteiligung von Fachleuten aus der ganzen Provinz abgehalten wurde und an der als Vertreter des preussischen Ministers des Innern Ministerialdirektor Professor Dr. Kirchner sowie zahlreiche Vortragende aus dem ständigen Hilfsrat der Medizinischen Fakultät des Ministeriums des Innern, ferner Vertreter des Kaiserlichen Gesundheitsamtes teilnahmen, beschäftigte sich ausführlich mit den

Kassenvergiftungen im Berliner Hof für Obdachlose.

Das Referat hatte der in dem zurzeit verhandelten Scharmach-Prozess als Sachverständiger fungierende Laboratoriumsleiter des gerichtlich-medizinischen Instituts der Berliner Universität, Dr. Bürger, übernommen. Er gab zunächst einen Überblick über die Geschichte des Holzgeistes, dessen Darstellung vor fast 100 Jahren dem bekannten Forscher Philipp Taylor gelang. Der Methylalkohol spielt heute in der Industrie eine große Rolle. Er wird vor allem verwendet zur Herstellung des wichtigsten Desinfektionsmittels, des Formaldehyd, und in der Anilinfabrikation. Weiter dient er als Lösungsmittel für Lacke, als Pulvermittel und als Denaturierungsmittel des Alkohols. Der reine Methylalkohol ist eine wasserhelle Flüssigkeit, die in Geruch und Geschmack mit dem gewöhnlichen Alkohol große Ähnlichkeit hat, wodurch die Gefahr, daß Schnäpse, Liköre, Essenzen, Saft- und Wundwasser sowie Einreibungen mit diesem Gift versetzt werden, sehr groß ist. Der Methylalkohol ist, wie circa 1000 in der Literatur mitgeteilte Vergiftungsfälle aus Amerika, England, Rußland, Sibirien und Ungarn beweisen, ein schweres Gift. Schon 50 bis 100 Gramm können den Tod und sogar 7 bis 8 Gramm, also ein Teelöffel, die Erbblindung eines Menschen hervorrufen. Durch Einatmung und Einreibung können ganz dieselben schweren Vergiftungen wie durch den Genuß erzeugt werden. Die Vergiftung wird zweifellos durch den Methylalkohol als solchen und nicht durch schädliche Beimengungen hervorgerufen. Sie hat beim Menschen in charakteristischen Fällen Erbrechen, Leibschmerzen, Nadelstiche, Atemnot, Pupillenerweiterung, Pupillenstarre, Schädigung des Sehvermögens und in schweren Fällen Erbblindung und Tod unter Atemlähmung zur Folge. Die Leichen der an Methylalkoholvergiftung Gestorbenen haben meist ein ganz charakteristisches Aussehen, wie wir es bisher von keiner anderen Krankheit kennen. Wir sehen eine blaurote Färbung des Gesichtes und der Hinterhäute der Augen, ein abnorm frühes Auftreten der Totenstarre, eine livide-rote Farbe der Totenflecke ganz ähnlich wie beim Tode durch Kohlenoxyd, ferner flüssige Beschaffenheit des Blutes, Bluträuhung und wässrige Durchtränkung der Lunge, des Gehirns und seiner Hülle, weiter eine Schwellung und blutige Färbung der Schleimhäute des Magens und der oberen Teile des Blinddarms. Bluträuhung der Nieren und Entzündung der Harnblaseschleimhaut. Mikroskopisch findet man Veränderungen an Leber, Herz und Nieren und besonders an der Nephraut, am Gehirn und den Zentren wichtiger Nerven. In den Leichen kann man, auch wenn sie schon wochenlang im Grabe gelegen haben, noch Methylalkohol und sein Abbauprodukt, die Ameisensäure, in großen Mengen nachweisen. Bei den Aszitenvergiftungen stimmten Krankheit, Leichenbefund und Resultat der klinischen Untersuchung so vollständig mit dem schon lange bekannten Vergiftungsbild mit reinem Methylalkohol überein, daß gar kein Zweifel bestehen kann, daß die Vergiftungen durch Methylalkohol als solchen und nicht durch Verunreinigungen hervorgerufen sind. Die Gefahr, daß auch weiterhin solche Vergiftungen durch Fälschung von Genußmitteln vorzukommen, ist groß, da der hierzu vorgeschriebene reine Alkohol doppelt so teuer ist wie der giftige Methylalkohol. Skrupellose, gewinnstüchtige Menschen werden auch weiterhin vor solchen Fälschungen nicht zurücktreten. Auch die Arbeiter sind schwer gefährdet, wenn sie dauernd den Dämpfen von Methylalkohol ausgesetzt sind. Vor allem sind neben Augenstörungen Luftröhrentzündungen zu befürchten.

Wegen der schweren Gefahren für die Allgemeinheit, die der Methylalkohol mit sich bringt, ist es deshalb zu begrüßen, daß der § 15 des Geßekulturfes über die Verfeinerung des Branntweins-

konlingens die Verwendung von Methylalkohol für Nahrungs- und Genußmittel, insbesondere für Weinbranntwein und sonstige alkoholische Getränke, verbietet, ebenso für Heil- und Kräftigungsmittel, Reinigungsmittel, Haarölbemittel und Mundwasser. Es ist aber weiter nötig, daß Methylalkohol und methanolhaltige Stoffe auf die Etikette gesetzt werden. Ferner ist ratsam, den Methylalkohol zu denaturieren und zu verbieten, daß Methylalkohol unter einem anderen Namen, etwa Spiritus, in den Handel gebracht wird. Es muß angeordnet werden, daß methanolhaltige Stoffe stets den Gehalt an Methylalkohol klar erkennen lassen. Auch die Verwendung des Methylalkohols zur Denaturierung des Alkohols darf nicht zugelassen werden und seine Verwendung in der Industrie an Stelle des Methylalkohols oder des Terpentins muß, weil hiernit eine schwere Schädigung der Arbeiter verbunden ist, gleichfalls verboten werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Als zweiter Redner berichtete Oberarzt Dr. Kühle von der Landesheilanstalt Achsingen über Tierexperimente durch Vergiftung mit Methylalkohol, die er auf Veranlassung des Direktors seiner Anstalt unternommen hat. Durch die anatomische Untersuchung konnte er bestätigen, daß die tödliche Wirkung einer akuten Methylalkoholvergiftung durch Autopsie in die Ursprungsstellen der die Herz- und Atmungstätigkeit regulierenden Nervenbahn bedingt wird. Redner begleitete seine Ausführungen mit einer Demonstration zahlreicher Diapositive von Mikrophotogrammen seiner Präparate. Namentlich die darunter befindlichen Luminaufnahmen dienten zur Unterstützung seiner Ausführungen. Auf Grund der völlig übereinstimmenden anatomischen Befunde seiner Versuchstiere stellte er die Forderung auf, in jedem Falle einer menschlichen Methylalkoholvergiftung Gehirn und Rückenmark einer eingehenden mikroskopischen Untersuchung zu unterziehen.

In die Vorträge schloß sich eine kurze Aussprache. Medizinalrat Janßen-Gumbinnen: Der Vortragende hat ausdrücklich betont, daß zu dem von ihm angefertigten Versuch reinen Methylalkohol verwendet worden ist. In der Praxis des täglichen Lebens aber ist es außerordentlich schwer, reinen Methylalkohol zu bekommen. Gewöhnlich enthält der Methylalkohol Äzeton und man begnügt sich daher vielfach bei den Untersuchungen auf Methylalkohol damit, nur auf Äzeton zu untersuchen. Die Frage ist nun, wie es mit dem Äzeton steht. Äzeton tritt in gewissen Stadien des Diabetis auf und wird dann sehr gefährdet. Ich weiß nun nicht, ob das in diesem Stadium auftretende Äzeton wegen seiner eigenen Giftigkeit gefährdet ist oder ob es nur der Indikator ist für andere Gifte. In dem Prozeß gegen den Drogisten Scharmach ist von der Verteidigung wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß der reine Methylalkohol eine an sich ganz ungefährliche Waffe sei, daß er jedenfalls nicht gefährlicher sei, als der Methylalkohol. Aber er hätte die Neigung, sobald er einige Tage mit der atmosphärischen Luft in Verbindung stehe, gewisse Umsetzungsprodukte zu bilden, nämlich Formaldehyd und Ameisensäure. Ist das richtig und wie verhält es sich mit diesen Umsetzungsprodukten?

Gerichtsarzt Referent-Roggeburg: Chemisch ist heute lediglich das Vorhandensein von Methylalkohol zu beweisen, dagegen ist es chemisch noch nicht möglich festzustellen, wie viel Methylalkohol jemand genossen hat. An die absolute Geruchlosigkeit des Methylalkohols glaube ich nicht. Auch der reine Methylalkohol hat einen besonderen Geruch. Wenn man Methylalkohol zwischen den Händen zerreibt, merkt man deutlich einen schwachen Geruch nach Brennspritus. Das ist auch leicht erklärlich, da in jedem Brennspritus auf Grund der Denaturierung Methylalkohol enthalten ist. Daß gerade die amerikanischen Ärzte besonders reichliche Erfahrungen mit Methylalkohol gemacht haben, liegt daran, daß in den Temperenzstaaten die gesetzgebenden Körperschaften die schärfsten Bestimmungen erlassen haben, um einen Mißbrauch mit Alkohol auszuschließen. Die Amerikaner haben daher ihr Augenmerk darauf gerichtet, eine Flüssigkeit zu finden, die sich trinken läßt, wie Alkohol schmeckt und den hohen Steuern nicht unterliegt. Dabei sind sie auf den Methylalkohol gestoßen und daher die vielen Vergiftungen durch Methylalkohol gerade in Amerika.

In der weiteren Debatte wurde der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß nach dem Prozeß Scharmach manche Leute ganze Pforten mit Methylalkohol getrunken haben, ohne daß ihnen etwas passiert ist, während andere Personen schon nach dem Genuß ganz geringer Mengen gestorben sind. — Dr. Bürger: Es ist ausgeschlossen, daß sich im Methylalkohol selbst bei monatelangem Stehen durch Zutritt von Luft Ameisensäure oder Formaldehyd bildet. Was die großen Wunden anlangt, so sind das bisher einseitige Behauptungen der Angeklagten. Es ist fraglich, ob wirklich ein Mensch derartig große Mengen Methylalkohol getrunken hat. Damit schloß die Debatte.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Ansüge und Paletots von 10 M. an. Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 100

Moderno

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

Liefere auch auswärtig, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Ein Posten
Hemdentuch
 für feine Leib- oder
 Bettwäsche, Meter **39** Pf.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen Soweit Vorrat

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen Pfund	85 Pf.	Bauch oder Liesen Pfund	70 Pf.
Brust oder Querrippe Pfund	70 Pf.	Rückenfett Pfund	65 Pf.
Kamm oder Fehrippe Pfund	75 Pf.	Kalbskeule im Ganzen Pfund	90 Pf.
Gehacktes Pfund	60 Pf.	Kalbsbrust Pfund	85 Pf.
Schinken im Ganzen Pfund	78 Pf.	Hammelkeule im Ganzen Pfund	80 Pf.
Kamm o. Schuff Pfund	80 Pf.	Dicke Rippe Pfund	75 Pf.
Schulterblatt Pfund	75 Pf.	Dünnung Pfund	70 Pf.

Obst u. Gemüse

Apfelsinen Dutzend	30, 40, 50 Pf.
Zitronen Dutzend	20, 30 Pf.
Ananas Pfund	65, 85 Pf.
Bananen Pfund	29 Pf.
Spinat Pfund	15 Pf.
Rhabarber Bund	4 Pf.
Salat Kopf	6 Pf.
Gurken Stück	28, 35 Pf.
Radieschen 3 Bund	10 Pf.

Butter und Käse

Feine Essbutter Pfund	1.20
Feinste Essbutter Pfund	1.30
Feinste Molkereibutter 1. Paketen Pfund	1.35
Schweizer Käse Pfund	88 Pf.
Tilsiter Käse Pfund	80 Pf.
Limburger Käse Pfund	50 Pf.
Romatour-Käse Stück	29 Pf.

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst Pfund	55 Pf.
Sülzwurst Pfund	60 Pf.
Landleberwurst Pfund	85 Pf.
Rotwurst I Pfund	85 Pf.
ff. Leberwurst Pfund	1.00
Jagdwurst Pfund	1.00
Schinkenwurst Pfund	1.25
Cervelat- od. Salamiwurst Pfund	1.25
Schinkenspeck Pfund	1.15
Nusschinken Pfund	1.25

Räucherwaren

Aale geräuchert Pfund	1.10
Lachsheringe 2 Stück	15 Pf.
Lachs (geschnitten) 1/2 Pfund	30 Pf.
Bäcklinge 5 Stück	18 Pf.
Sprotten Pfund	55 Pf.
Fludern Stück	9 Pf.

Pudding-Pulver

(Himbeer, Erdbeer, Zitrone, Schokolade, Vanille, Mandel) ... Pakete **5 28** Pf.

Kaffee Pfund	1.30, 1.40	*Kassler Pfund	85 Pf.
Kakao Pfund	75, 95 Pf.	*Hühner St.	2.25, 2.50

Himbeer- o. Kirschsafft 1/1 **1.15** 1/2 **63** Pf.

Reklame-Angebot für Sommer-Handschuhe



Peddigrohrsessel elegante Form **7.75**

ca. 40 cm lange	Halb-Handschuhe durchbrochen	18 Pf.
ca. 50 cm lange	Finger-Handschuhe durchbrochen	18 Pf.
ca. 45 cm lange	Halb-Handschuhe „Reine Seide“, durchbrochen ...	35 Pf.
ca. 45 bis 50 cm lange	Handschuhe imitiert Schweden, Form Mousquetaire	68 Pf.



Weidensessel mit Polster **4.50**

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Grad-Anzüge, sowie von Staliarieren getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen.
 12 Tr., beschaffbar wie im Laden.
 Hirsch Kieferbaum, Straße 12/13 I

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
 Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M.
 Ulster, sehr billig.
 Große Abteilung neuer Garderobe.
 Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98, (Nähe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Waldorf Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
 Clio 5 Pf.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz
 Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Welche Herrenhüte v. 1.50-6.00
 Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00
 Nur schlechteste moderne Ware.
 Größte Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Albfeinier-Pumpen

zum Selbstausstellen für Gartenbesitzer u. Landkolonisten von S. W. an
 Flügelpumpen, Gartenspreng, Filter, Röhren, Schlauche usw. billigst.
 Erhöhter Leistung.
 Karl Köchlin & Co.
 Berlin SW., Alte Jakobstr. 20/22
 (IV 1076)

Im gold'nen Frühlingssonnenschein
 Musst Du stets chic gekleidet sein
 Drum kauf bei Oskar Wollburg ein.

56 Brunnenstraße 56.

Nur eigene Fabrikate. Nur eigene Fabrikate.
 Ohne jeden Zwischenhandel.
 Daher unvergleichlich in Auswahl und Preiswürdigkeit.
 Passend für jede Figur.

Prachtvolle Kostüme aus blau Kammergarn, gestreift und engl. 16.50 23-36.50 44-
 Stoff, niedrigste Verarb. jetzt 16.50 23-36.50 44-
 Schwarze und farbige Frauenmäntel aus Tuch, Rippe, Alpaka, Popeline, Volle und Seide, nur Kleid- same Passons jetzt 14.50 19-23-38-
 Engl. Paletots und Ulster jetzt 6.50 10.75 18.50 19.-

Extra preiswerte Angebote
 in Kinder- und Backfisch-Konfektion,
 Staub- u. Reise-Mänteln, wetterfesten
 Loden-Capes, Röcken und Blusen.

Mantel M. 12.-
 Kostüm M. 19.-
 M. 9.-

„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (G. m. b. H.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
 Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger
Anzüge
 und
 Sommerpaletots,
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterrathes.
Mittwoch, den 1. Mai,
 bleibt unser Geschäft geschlossen.

Reichstag.

47. Sitzung vom Freitag, den 26. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratsfisch: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Dr. Lisco, Kühn.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Ohne Debatte für gültig erklärt werden die Wahlen der Abg. Brandes (Soz.), Angerpointner (Z.), Dr. Belzer (Z.), Meyer-Gelle (natl.), Htor (Z).

Es folgt die Interpellation Wassermann (natl.) betr. den bayerischen Jesuitenerlass.

Die Interpellation lautet:

Erkennt der Reichskanzler in dem Erlass des kgl. bayerischen Staatsministeriums des Innern an die kgl. Regierungen betr. Vollzug des Jesuitengesetzes eine Verletzung des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1872 und der Bekanntmachung des Reichstages vom 5. Juli 1872?

Welche Schritte gedenkt der Reichskanzler gegenüber diesem Vorgehen der kgl. bayerischen Staatsregierung zu tun, um das kaiserliche Recht zur Uebertretung der Ausführung der Reichsgesetze zu wahren?

Auf die Frage des Präsidenten erklärt sich der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg bereit, die Interpellation zu beantworten.

Die Interpellation wird begründet vom

Abg. Dr. Jund (natl.): Wir nehmen an, daß der Erlass des bayerischen Ministeriums über die Ausführung des Jesuitengesetzes eine auffällige Verletzung eines Reichsgesetzes ist. Der Erlass ist als vertraulicher bezeichnet worden, doch ist die Vertraulichkeit wohl aufgehoben; übrigens ist die Vertraulichkeit kein Vorzug. Ob die Gründe, die seinerzeit zum Erlass des Jesuitengesetzes geführt haben, zutreffend sind, habe ich jetzt nicht auftrag zu unteruchen, solange ein Reichsgesetz besteht, ist man ihm Achtung und Gehorsam schuldig. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das hat gestern gerade ein Mitglied des Zentrums hervorgehoben. Es gehört zu den Aufgaben des Reichskanzlers, die Durchführung der Reichsgesetze zu überwachen. Der Bundesrat hat erst einzutreten, wenn die Autorität des Reichskanzlers einem differenzierenden Bundesstaat gegenüber nicht ausreicht, seinen Willen durchzusetzen. Hat der Reichskanzler die Meinung des bayerischen Ministeriums über den Vollzug des Jesuitengesetzes widersprochen, und welche Antwort hat er erhalten, wenn er den bayerischen Ministerpräsidenten Hr. v. Hertling darauf hingewiesen hat, daß hier die Verletzung eines Reichsgesetzes vorliegt. Es ist ja möglich, daß man sich bereits dahin geeinigt hat, die Angelegenheit dem Bundesrat zur Entscheidung zu überweisen. Uns liegt aber daran, zu wissen, was der Reichskanzler getan hat und tun will, welche Stellung er einnimmt. Nicht aus Neugierde wollen wir das wissen, sondern im Interesse der Autorität des Reichskanzlers. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es ist unerträglich und widerspricht auch dem Reichsgedanken, wenn die Reichsgesetze in den verschiedenen Bundesstaaten verschieden ausgelegt und gehandhabt werden, wenn ein preussisches und ein bayerisches Jesuitenrecht sich ausbilden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Predigen gehört zur Tätigkeit der Jesuiten. (Heiterkeit im Zentrum.) Es ist wichtig, festzustellen, daß das zur Ordensnützlichkeit gehört, und zwar das Predigen in Kirchen, auf Plätzen und „an anderen Orten“. Es ist das also keineswegs eine Tätigkeit außerhalb der Ordensnützlichkeit. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der bayerische Erlass räumt den „jeweiligen Verhältnissen“ einen Einfluß auf die Auslegung des Gesetzes ein; das kann doch nur heißen, auf die mildere oder strengere Anwendung des Gesetzes. Etwas Derartiges darf es nicht geben, sondern ein Gesetz wird entweder unrichtig oder richtig angewendet. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Erlass sagt, rein priesterliche Handlungen der Jesuiten fallen nicht unter das Gesetz, dabei fällt die Ordensnützlichkeit direkt mit der priesterlichen zusammen, wie gerade von katholischen Autoritäten ausgeführt ist. Daß die bayerische Regierung jetzt mit diesem Erlass an die Öffentlichkeit getreten ist, zeigt, daß es ein erster Versuch ist auf dem Gebiete des Kirchenrechts, ein ballon d'essai (Versuchsballon), um zu sehen, wie stark der Widerstand gegen die Verletzung der Reichsgesetze ist. Um so mehr haben wir Veranlassung, den Reichskanzler an sein Uebertretungsgesetz zu erinnern. Vom Bundesrat wünschen wir, wenn er sich mit der Sache beschäftigt, daß er nicht nur negativ sagt, Bayern hat Unrecht, sondern positiv sagt, was auf Grund des bestehenden Gesetzes noch erlaubt ist und was nicht. Von Freiherrn v. Hertling erwarten wir, nachdem der Bundesrat ihm Unrecht gegeben, daß er den Erlass in loyaler Weise zurückzieht. Zunächst aber wollen wir wissen, was der Reichskanzler getan hat und zu tun gedenkt; es scheint uns dringend nötig, daß er die Ausführung der Reichsgesetze überwacht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Das Jesuitengesetz vom 1. Juli 1872 schiebt die Angehörigen der Gesellschaft Jesu vom Gebiet des Deutschen Reiches aus und unterlag die Errichtung von Niederlassungen. Auf Grund des § 3 des Gesetzes, der bestimmt, daß die zur Ausführung des Vollzugs des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen vom Bundesrat erlassen werden, hat der Bundesrat ausweislich der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Juni 1872 beschlossen, daß der Orden der Gesellschaft Jesu vom Deutschen Reich ausgeschlossen ist, den Angehörigen dieses Ordens die Ausübung einer Ordensnützlichkeit insbesondere in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen nicht zu gestatten ist. Im Bundesratsprotokoll zu diesem Beschluß ist folgender Satz angefügt:

„Der erfolgte Beschluß wurde mit dem selbstverständlichen Vorbehalt gefaßt, daß ergänzende und abändernde Anordnungen getroffen werden, wenn im Laufe der Zeit auf Grund der bei Ausführung des Gesetzes gemachten Erfahrungen die Notwendigkeit des Erlasses weiterer Bestimmungen sich herausstellen sollte.“

Eine bestimmte Definition des Begriffes Ordensnützlichkeit war hiernach vom Bundesrat nicht gegeben worden. Trotzdem ist die Auslegung dieses Begriffes bis in die neueste Zeit in sämtlichen Bundesstaaten im wesentlichen eine gleiche gewesen. (Hört! hört!) Danach hat man jede Art seelsorgerischer Tätigkeit, jede Art von priesterlicher Funktion als einen Akt der Ordensnützlichkeit betrachtet und nur das Lesen sogenannter Primissessen als zulässig erachtet, soweit sie den Chorater von Familienfeiern tragen, weiter das Lesen stiller Messen und das Spenden von Sterbesakramenten gestattet, soweit nicht Landesgesetze entgegenstünden. Auch sogenannte Konferenzvorträge religiösen und sozialen Inhalts sind unter gewissen Voraussetzungen tatsächlich zugelassen oder geduldet worden, sofern sie in profanen Räumlichkeiten stattfanden. Zu einer hiervon abweichenden Auslegung ist, wie bekannt, die bayerische Regierung gekommen, welche unter dem 11. März angeordnet hat, daß zu der verbotenen Ordensnützlichkeit in Zukunft nicht gerechnet werden sollen die sogenannten Konferenzvorträge, wenn sie in kirchlichen Räumlichkeiten stattfinden und sich die Gelegenheiten zum Empfang der Sterbesakramente damit verbindet. Eine so verschiedene Auslegung und Anwendung eines Reichsgesetzes ist selbstverständlich nicht angängig. Ich habe infolgedessen, als mir diese Anordnung der königlich bayerischen Regierung zunächst durch die Presse bekannt wurde, sogleich an

die bayerische Regierung das amtliche Ersuchen gerichtet, mir den Wortlaut der in der Presse als geheim bezeichneten Anordnung mitzuteilen. Die königlich bayerische Regierung ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat mich unmittelbar darauf wissen lassen, daß sie beabsichtige, beim Bundesrat einen Antrag auf Definition der verbotenen Ordensnützlichkeit zu stellen.

Die königlich bayerische Regierung hat diesen Entschluß sofort ausgeführt. Dem Bundesrat liegt ein bayerischer Antrag vor, den Begriff der verbotenen Ordensnützlichkeit zu definieren. Dafür, daß bis zum Ergehen des Bundesratsbeschlusses auch in Bayern die Anwendung und Handhabung des Gesetzes auf Grund der bisher im ganzen Deutschen Reich bestehenden Uebung weiter zu erfolgen hat, hat die bayerische Regierung Sorge getroffen. Hiernach ergibt sich eine absolut einfache und klare Sachlage. (Sehr wahr! rechts.) Bis zum Ergehen des Bundesratsbeschlusses wird § 1 des Jesuitengesetzes im ganzen Deutschen Reich auf Grund der bestehenden Uebung gleichmäßig angewendet werden. Nach dieser Zeit wird der vom Bundesrat gefaßte Beschluß die einheitliche Grundlage bilden. Bei dieser Sachlage meine ich, ist die Diskussion über den Begriff Ordensnützlichkeit oder verbotene Ordensnützlichkeit der bevorstehenden Bundesratsitzung vorzubehalten. (Sehr richtig! und Beifall rechts.)

Bayerischer Gesandter Graf Berchthold: Ich hätte den Worten des Herrn Reichskanzlers nichts hinzuzufügen und ergehe nur deshalb das Wort, weil der Begründer der Interpellation einige Ausführungen gemacht hat, die mich veranlassen, dem einige Worte entgegenzusetzen. Der Abg. Jund hat gesprochen von einer Verletzung des Reichsgesetzes durch die bayerische Regierung. Er hat aber in seinen weiteren Ausführungen dies nicht insofern etwas eingeeignet, als er nur von einer objektiven Verletzung sprach. Jedenfalls ist der Ausdruck gefallen, und ich möchte ihn zurückweisen. Ich konstatiere, daß meine Regierung bei dem Erlass der feilen Ueberezeugung war, daß sie sich innerhalb des Rahmens des Reichsgesetzes gehalten hat.

Dann hat der Herr Abgeordnete weiter gemeint, daß Bayern einseitig vorgegangen sei. Auch das muß ich zurückweisen. Gleichzeitig mit dem Erlass und vor dem Erlass hat die bayerische Regierung sämtlichen Bundesregierungen ihre Auffassung der Sache angezeigt. Nachdem dann Bedenken gegen den Erlass aufgestiegen waren, hat die bayerische Regierung sich an diejenige Stelle gewandt, welche dazu berufen ist, Reichsgesetze auszuliegen. Der Bundesrat ist dazu kompetent auf Grund der Reichsverfassung und auf Grund des Jesuitengesetzes. Wie der Herr Reichskanzler bereits mitgeteilt hat, hat sich der Bundesrat weitere Anordnungen vorbehalten.

Auf Antrag des Abg. Wassermann (natl.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Blas (Soz.):

Dem Jesuitengesetz gegenüber haben wir immer den Standpunkt vertreten, daß es beseitigt werden muß. Seit 40 Jahren haben wir dies Geseh, das gar keinen Zweck hat und eigentlich auch nie einen gehabt hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), höchstens den, daß Fürst Bismarck sich dem deutschen Bürgerum als liberaler Staatsmann zeigen wollte. Die Regierungen haben ja die Jesuiten nie als staatsgefährliche Leute betrachtet, als welche sie die liberale Presse hinstellt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber den bayerischen Erlass können wir der Konsequenzen wegen nicht so leicht auffassen, wie der bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat. Die jesuitische Kasuistik hat in diesem Erlass wahre Triumphe gefeiert, ich würde mich schließlich nicht wundern, wenn er von den Jesuiten selbst herabzöge. (Heiterkeit und sehr gut!) Auch den Mitgliedern der Gesellschaft „Jesu“ wollen wir

volle Konstitutionsfreiheit und Redefreiheit

gewähren; aber so lange das Gesetz besteht, soll es geachtet werden; das verlangen gerade wir, denen man immer vorwirft, wir seien Gesetzesverächter. Mit dem Jesuitengesetz war es der Regierung wohl schon beim Erlass des Gesetzes nicht ernst. Die Begründung von 1872 beruhte im Grunde auf einer Aufzählung der verschiedenen Ämtern und Ämtern, die die liberale Presse über die Tätigkeit des Ordens verbreitete. (Sehr wahr! im Zentrum.) Man kann etwa sagen, wenn ein Jesuit und ein liberaler Minister zusammentreffen, ist gewöhnlich der Jesuit der Klügere (Heiterkeit und Zustimmung im Zentrum), und der Minister empfindet eine gewisse Furcht vor ihm. Aber deshalb braucht man die Jesuiten doch nicht unter ein Ausnahmengesetz zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Viel mehr heute die Begründung durch, so nutzt sie selbst wie ein Märchen an, sie erinnert an den Spruch: „Die Jesuiten sind der Wurm in der deutschen Eiche.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Sache ist aber keineswegs ganz harmlos. Wenn man auch die liberalen Märchen über die Jesuiten nicht glauben braucht, verdienen sie doch unsere Aufmerksamkeit. Staatsgefährlich sind sie freilich schon lange nicht mehr. Im Jahre 1880 hat ein General die preussische Politik geleitet, Radowski, der selbst zum Orden Jesu gehörte. (Heiterkeit und Widerspruch im Zentrum.) Mit Heiterkeit wird diese Angelegenheit nicht aus der Welt geschafft. Der Führer der Konservativen zu jener Zeit, Herr von Gertsch, schrieb bekanntlich: „Der König hält uns für Rindviecher und Bursen und Radowski für große Staatsmänner.“ (Große Heiterkeit.) Ein Verdienst haben die Jesuiten; während wir uns mit der Frage des Zukunftsstaates offiziell noch nicht beschäftigt haben (Heiterkeit), haben sie uns in ihrem Experiment in Paraguay den ultramontanen oder katholischen Zukunftsstaat gezeigt, mit all den Uebeln, die man unserem Zukunftsstaat immer nachsagt. Die preussische Kammarilla hat ja durch einen ihrer Herolde verstanden lassen, daß sie auf ihre Stunde lauern, und wenn diese eintritt, werden die Väter der Gesellschaft Jesu sicher auf der Seite der Reaktion zu finden sein. Insofern ist es ein Zeichen der Zeit, daß man von oben her mit solchen Vergünstigungen für sie sogar gegen die bestehenden Gesetze vorgegangen ist. Trotzdem wir wissen, daß wir es bei den Jesuiten mit einem Faktor zu tun haben, der in stärkerer Feindschaft und gegenüber steht, wird uns das nicht abhalten, für das Fehlen dieses Gesetzes zu wirken, damit dieses Monstrum endlich aus der Welt geschafft wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Nach der Erklärung des Reichskanzlers hätten wir es für richtig gehalten, über die Angelegenheit heute nicht zu sprechen, sondern die Entscheidung dem Bundesrat abzuwarten. Ich stehe mit dem Abg. Jund auf dem Standpunkt, daß der § 1 des Jesuitengesetzes besteht, und daß ein bestehendes Gesetz angewendet werden muß, auch wenn ich es für ungerecht halte. Aber das ist nicht richtig, daß jede priesterliche Tätigkeit eine Ordensnützlichkeit ist; sie ist es nur dann, wenn sie im Auftrage des Ordens geschieht, ohne diesen Zusammenhang mit dem Orden ist sie keine Ordensnützlichkeit, und das ist der Kernpunkt. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.) Der Redner sucht dies aus der Geschichte des Jesuitenordens und päpstlichen Erlassen nachzuweisen.

Ergreifen sind auch nicht rein priesterliche Handlungen; sie werden auch von Frauen ausgeübt, während es doch heißt: nullus in ecclesia (daß das Weib schweige in der Gemeinde). — Man verlangt Wachsamkeit vom Reichskanzler, wir erwarten vor allem Gerechtigkeit von ihm. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Nach den Erklärungen des Reichskanzlers hat die ganze Frage nur noch verfassungsrechtliche, formelle Bedeutung. Auf die materielle Seite gehe ich daher nicht ein. Wir haben Veranlassung, hier im Reichstag in der Kritik der einzelstaatlichen Regierungen eine gewisse Zurückhaltung

zu üben. Trotzdem kann ich nicht unterlassen, auszusprechen, daß nach unserer Auffassung die bayerische Regierung hier eine Ausführungsverordnung zum Jesuitengesetz erlassen hat und sich dabei nicht innerhalb der Grenzen ihrer verfassungsmäßig gebotenen Befugnisse bewegt hat. Der Erlass solcher Ausführungsverordnungen steht allein dem Bundesrat zu. Der Bundesrat hätte schon längst seinerzeit nach Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes mit einer Ausführungsverordnung vorgehen sollen. Jetzt wird ja nun der Bundesrat einen Beschluß fassen und wenn er erlangen sein wird, werden wir vielleicht erneut auf die Sache zurückkommen.

Jedenfalls werden wir den Reichskanzler dann für diesen Bundesratsbeschlusse nicht verantwortlich machen können. Zum Schluß möchte ich unserer Befriedigung Ausdruck geben, daß durch die verfassungstreue und bundesfreundliche Haltung der bayerischen Regierung ein Weg gefunden worden ist, der jede Konfliktmöglichkeit beseitigt. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dove (Sp.): Die bayerische Regierung hätte, ehe sie überhaupt ihre Entschlüsse herausgab, sich mit den Reichsinstanzen verständigen müssen. (Sehr richtig! links.) Hebrigens bestand ein Widerspruch zwischen den Ausführungen des Reichskanzlers und des Grafen Berchthold. Der Reichskanzler sagte, er habe den Erlass aus den Zeitungen kennen gelernt, während Graf Berchthold erklärt, die bayerische Regierung habe allen Bundesregierungen Mitteilung von ihrer Absicht gemacht. (Hört! hört! links.) Dieser Widerspruch bedarf noch der Aufklärung. Jedenfalls beweist dieser ganze Vorgang wieder, wie peinlich die Reichsinstanzen darüber wachen müssen, daß dem Reichsgedanken sein Recht wird. (Beifall links.)

Abg. Martin (Sp.): Der bayerische Erlass verstößt zweifellos gegen den Geist des Jesuitengesetzes. Vor allem müssen wir gegen den gefährlichen Satz in dem Erlass protestieren, daß die Auslegung eines Gesetzes sich richten müsse nach den jeweiligen Zeitläuften. Wir erwarten, daß der Reichskanzler für eine ständige Durchführung des Jesuitengesetzes sorgen wird.

Abg. Dr. Ortman (natl.): Wir haben die Interpellation eingebracht mit Rücksicht auf die tiefgehende Verunruhigung weiler Kreise des Volkes durch den Jesuitenerlass (Unruhe im Zentrum) und wir wollten dem Reichskanzler Gelegenheit geben, auf die immer höher gehenden Wogen zu geben. Aber die Erklärungen des Reichskanzlers werden diese Verunruhigung nur verstärken. (Unruhe im Zentrum.) Die bayerische Regierung hat den Erlass in den brennendsten Stunden der Konfessionen geworfen. Die Handhabung des Jesuitengesetzes ist ja bisher vielfach außer Acht gelassen. (Lachen im Zentrum), insbesondere im Rheinland. Der bayerische Erlass ist das Äußerste, was für schwere Kämpfe in der Zukunft. Gibt man dem Zentrum den keinen Finger, so nimmt es die ganze Hand. (Gelächter und Unruhe im Zentrum.) Was das Zentrum in Bayern allmächtig sein, im Reich sind wir Gott sei Dank noch nicht so weit. (Erneutes Gelächter im Zentrum, Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Morawski (Volk): Es handelt sich hier um die Wahrung der Pressefreiheit. (Beifall im Zentrum.) Die Sozialdemokratie ist in ihrer Haltung am konsequentesten.

Abg. Gröber (Z.): Herr Ortman hat seine Kulturkampfpause gegen uns auf einen anonymen Brief gestützt. Das ist ein Armsutzeugnis für den Redner. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.) Es handelt sich bei dem Jesuitengesetz um kein Justiz-, sondern um ein Verwaltungsrecht, und dessen Auslegung kann allerdings nach den Zeitläuften milder oder strenger gehandhabt werden. Redner geht des weiteren ausführlich auf die Geschichte des Jesuitengesetzes ein, und erörtert eingehend den Begriff der Ordensnützlichkeit. Daß es gehöre doch auch vor allem die literarische Tätigkeit gelehrter Jesuiten. Aber diese zu verbieten, bis zu solcher Härte ist nicht einmal die preussische Regierung gegangen. (Heiterkeit.) Das Jesuitengesetz ist das einzige noch bestehende Ausnahmengesetz, das man gegen alle katholischen Orden anwendet, die man als zum Jesuitenverband gehörig bezeichnet. Das Jesuitengesetz richtet sich gegen den Katholizismus überhaupt, das zeigt deutlich die Erklärung des Reichskanzlers, daß der Bundesrat jede priesterliche Tätigkeit als Ordensnützlichkeit auslegt. Allen Mächten des Umfanges läßt man freie Hand. (Laut bei den Sozialdemokraten.) Bewiß, jeder Freiheitskämpfer hat Gelegenheit zu agitieren wie er will. Ich habe nichts dagegen. Aber wir verlangen die gleiche Freiheit wie für den Unglauben auch für den Glauben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Mann (Wirtsch. Pg.) freut sich über die Erklärung des Reichskanzlers im Interesse der Einheitslichkeit des Reichs. Auch auf einem anderen Gebiet möge der Reichskanzler dem Geleit wählen verschaffen; die Erklärung des Kriegsministers bedauere auch ich tief als evangelischer Christ. Möge der Bundesrat einen Ausweg finden, schlüssig und klar, und ohne eine gewundene Politik, die man im Volk als jesuitisch oder national-liberal bezeichnet. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Jund (natl.): Der Erfolg unserer Interpellation ist der, daß der Reichskanzler den bayerischen Erlass als im Widerspruch stehend zur bisherigen 40 Jahre lang in Uebung befindlichen Auslegung des Bundesrats bezeichnet hat, und daß die bayerische Regierung sich jetzt an den Bundesrat gewandt hat. Das hätte sie eben von vornherein tun sollen, als sie von der bisherigen Auslegung abweichen wollte.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Hierauf wird die zweite Beratung des

Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen

fortgesetzt.

Abg. Piesching (Sp.) kritisiert Einzelheiten des Etats. Bei aller Sparsamkeit sollte die Verwaltung doch nicht die ausreichende Entlohnung des Personals vergessen. Der Durchschnittslohn müßte mindestens für alle Staaten in den Südstaaten der gleiche sein. Heute beträgt er in Baden 1800 M., in Württemberg 1016 M. und in Elßah-Lothringen nur 1200 M. Das Koalitionsrecht darf den Eisenbahnarbeitern nicht beschränkt werden. Glauben Sie wirklich, daß wenn ein Arbeiter in eine sozialdemokratische Versammlung will, und man verbietet ihm das, daß er deshalb weniger sozialdemokratisch wählt? Verbotene Früchte reizen bekanntlich am meisten. Solch kleinliche Maßregeln sind kein ehrendes Zeugnis für die Verwaltung. Dabei gehört auch die Belagerung, Arbeiter schon mit 25 statt 30 Jahren zum Arbeiterausfluß wählbar zu machen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Es ist eine sonderbare Stellung, die innerhalb des großen Reichshaushaltsetats der Etat der eisenbahntechnischen Eisenbahnen, einer kleinen und räumlich ziemlich begrenzten Betriebsverwaltung einnimmt. Das führt dazu, daß sich dieses Haus alljährlich unsere reichsständischen Spezialwünsche und Spezialreden anhören muß — oder auch nicht anhören muß. (Heiterkeit.) Dieser eigenartige Charakter der eisenbahntechnischen Eisenbahnen mag ursprünglich im Einklang mit den verkehrspolitischen Absichten des Reichs gewesen sein, als man sie gewissermaßen als die Keimzelle künftiger Reichseisenbahnen ansah. Damals hat das Reich für 325 Millionen von der Ostbahn die Bahnen gebaut. In weiterer Folge dieses Zustandes werden auch heute die recht erheblichen Ueberschüsse der eisenbahntechnischen Bahnen von den Elßah-Lothringern, die die aufbringen, nicht im geringsten verspürt. In diesem Jahre betragen sie circa 88 Millionen. Der Minister meinte zwar, die Vergütung sei sehr gering. Würde er aber den durchschnittlichen Zinsfuß der letzten zehn Jahre feststellen, so würde sich eine den großen Ueberschüssen entsprechende günstige Vergütung herausstellen. Elßah-Lothringern hat, wie gesagt, auf die

Verwendung dieser Ueberträge keinen Einfluß. Diese Ausnahmebestimmung wird in unserem Lande als Unrecht und Benachteiligung empfunden. Natürlich liegt es mir fern, vorzuschlagen, daß das Reich auf den Besitz der Eisenbahnen verzichten solle. Möglich aber wäre eine Veränderung in der Art, daß die elsass-lothringische Bevölkerung in ihrer unmittelbaren Verteilung einen größeren Einfluß auf die Verwaltung erhalte. Die Eisenbahnhöfe könnten dem Reiche verbleiben, wenigstens so lange, als die Verfassungsfrage für Elsass-Lothringen nicht endgültig in dem Sinne geregelt ist, wie wir es wünschen, daß Elsass-Lothringen ein selbständiger Bundesstaat, gleichberechtigt mit den anderen deutschen Staaten, geworden ist. Die Einnahmen könnten in einer Summe im Reichetat stehen, und die Ausgaben könnten durch einen Spezialetat, dessen Aufstellung man Elsass-Lothringen überlassen könnte, festgelegt werden. Es würde dann auch ein anderes gestaltetes Interesse an der Bahn vorhanden sein. Heute hat das Reich das größte Interesse an den strategischen Bahnen und an den großen Bahnen, deren Rentabilität nicht in Frage steht. Auf das Recht, auch die kleinen Bahnen zu bauen, verzichtet das Reich im großen Umfange und überläßt diesen Bau Privatgesellschaften.

Mit den strategischen Bahnen müßte man doch auch einmal zu Ende kommen; sie belasten den Etat ungemein. Die Gleichberechtigung will uns die Rechte nur zugestehen gegen ein Neifezugnis des Wohlverhaltens.

Das darf es in einer Frage des Rechts nicht geben. Wir verlangen die Gleichberechtigung als unser Recht. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Die Vereinheitlichungsbestrebungen des Eisenbahnwesens wollen nicht eine Einheitlichkeit im preussischen Sinne, sie sollen vielmehr den anderen Staaten mehr Einfluß gewähren. Ein Mittel dazu ist die Westfälische Mittelgemeinshaft. Wir wünschen in diesem Zusammenhange, daß Elsass-Lothringen gleich den anderen Staaten als gleichberechtigter Kontrahent auftritt. Dadurch würde auch in Süddeutschland und bei und das Reichtrauen gegen ein überhandnehmendes Preukentum in der Eisenbahnverwaltung schwinden. Die sehr gegenwärtig diese Kenglichkeit und dieses Mißtrauen bezeugt ist, das beweisen uns die Erfahrungen, die wir in Elsass-Lothringen machen. In der Bevölkerung besteht die Auffassung, daß bei der Anstellung von Beamten die zugewanderte Bevölkerung vor der alt eingewohnten bevorzugt wird. Die Statistik der Beamten beweist, daß diese Empfindung berechtigt ist. Das Preukentum zeigt sich in zahlreichen Einzelfällen. So wird den Gotsdienstern in Metz verweigert, den Bahnhof zu betreten. Natürlich erleiden sie erheblichen Schaden in ihren Einnahmen. Dann die

Behandlung der Arbeiter.

Die häufigen Beschwerden und Klagen sollten der Verwaltung doch zu denken geben, daß es nicht am besten bestellt ist in der besten der Welten, wie man nach den Beschwerden der Verwaltung glauben sollte. Die Bezahlung der Wochenfeiertage wird abgelehnt, ebenso eine Lohnsteigerung, obwohl doch, wie wir eben wieder vom Abg. Liebnecht gehört haben, in Elsass-Lothringen die Löhne niedriger sind als in den anderen süddeutschen Staaten. Am dem Alford Loth wird festgehalten, obwohl selbst der Kollege Schwabach dieser Arbeitsordnung mißtrauisch gegenübersteht. In Württemberg sind 85 Proz. der Eisenbahnarbeiter in Teillohn beschäftigt; es geht also. Am rücksichtslosesten zeigt sich die Eisenbahnverwaltung in Bezug auf das Koalitionsrecht. In den anderen süddeutschen Staaten wird der Süddeutsche Eisenbahnerverband als Vertreter der Eisenbahnarbeiter anerkannt. In Elsass-Lothringen vertritt das die Stimmung der Verwaltung nicht, sie glaubt, ihr Bedürfnis nach unbeschränkter Herrschaft werde angefochten, wenn Eisenbahnarbeiter dem Verband angehören, der auch Sozialdemokraten zu Mitgliedern hat. Ja, sogar der Elsass-lothringische Verband, der ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet, wird von der Eisenbahnverwaltung unerträglich verfolgt. Man traut ihm nicht über den Weg, und man hat seine Führer in einer Weise aus dem Ort gejagt, die ich nicht näher charakterisieren will, um die übertriebene Empfindlichkeit des Ministers nicht zu verleien. Als seine Hauptaufgabe hat der Minister die Bekämpfung der Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus hingestellt. Damals rief man ihm zu seine Hauptaufgabe sei die Förderung des Verkehrs. Am Tage darauf hat er und dann ausführlich dargelegt, warum seine Aufgabe sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, weil diese nämlich erheblichen Einfluß ausübe auf große gewerkschaftliche Bildungen, die den Streik proklamieren, und die Arbeiter veranlassen, sich massenhaft zusammenzuschließen, um den ganzen Verkehr lahm zu legen. Dann müßte der Minister aber doch dieselben Beweismittel haben, wenn er sozialdemokratische Flugblätter in Paketen oder auch auf einer Agitationsreise befördern müßte. (Heiterkeit.) Wir protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Arbeitern die staatsbürgerlichen Rechte verkürzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung, die Herr Spahn gestern in der Duellfrage für die katholischen Offiziere gegenüber dem Kriegsminister abgab, gilt in ihrer ganzen Wucht und Konsequenz auch für die Eisenbahnarbeiter und ihre politischen Rechte. (Sehr gut! bei den Soz.) Wegen die — ich will nicht gerade sagen, subalterne, aber doch wenig hochstehende — Auffassung des Ministers von den Menschen- und Bürgerrechten der Eisenbahner rechnen wir uns mit aller Entschiedenheit auf. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister sagte, er werde bei seiner Anschauung bleiben. Nun, die Sozialdemokratie, ihre Anschauungen und ihre Politik werden noch bestehen, wenn der Minister und seine Verwaltungsgrundzüge längst verschwunden sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Möge der Minister an seine eigenen Erfahrungen in Elsass-Lothringen denken. Vor einem Jahre ungefähr hat er in Montignan eine sehr schöne Rede von den Eisenbahnern gehalten und dort, wo die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zum großen Teil wohnen, sind dann ich will nicht sagen, insofern aber nach dieser Rede unsere Stimmen von 700 auf 1400 gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus könnten wir mit seiner Verwaltung sehr zufrieden sein. Aber im Interesse der Arbeiter protestieren wir gegen diese Verwaltungsgrundzüge, die aller freien Entwicklung ins Gesicht schlagen insbesondere in einem Lande, das auf seine demokratische Ueberlieferung stolz ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Man hätte uns nicht diesen uns unbegreiflichen Geist der Verwaltung aufzwingen wollen, den wir nicht verstehen, dann würde manches Mißverständnis schwinden. Auf diese angeblende Aufgabe der Bekämpfung der Sozialdemokratie sollte die Verwaltung verzichten leisten und lieber die Aufgaben durchführen, zu deren Lösung sie geschaffen ist. Der Minister sollte das Fingergeld, das das Sinnbild seiner Verwaltung ist, weiter treiben. Dann werden wir auch liebenswürdiger Unterhaltungen haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr (außer dem Etat des Kolonialamts).

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung. Freitag, den 26. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Der Etat des Innern.

Hierzu liegen sozialdemokratische Anträge auf Aufhebung der Plakatbestimmungen des preussischen Preußengesetzes, auf freien Sprechgebrauch in öffentlichen Versammlungen, Erhebung der Genehmigungsfrist für öffentliche Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel durch die Bekanntmachungspflicht und auf Er-

lassung eines Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit der Staatsbürger gegen behördliche Uebergriffe vor. Die Volkspartei beantragt ebenfalls eine solche Abänderung des Preußengesetzes, sowie die Uebertragung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte in das preussische Landesrecht.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.): Der Präsident hat gestern in seiner milden Weise von dem traurigen Mut gesprochen, mit dem der Abg. Liebnecht Preußen geschmäht hat. Weder die parlamentarische, noch die deutsche Sprache überhaupt kennt ein Wort, das stark genug wäre, die jedem guten Preußen angedacht dieser Vorgänge überkommt, voll und richtig zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall rechts. — Abg. Hirsch (Soz.) ruft dem Redner einige in der Unruhe verhallende Worte zu, worauf der Präsident unter lebhaftem Beifall der Mehrheit den Abg. Hirsch das Zwischenrufen untersagt, weil sich die Sozialdemokraten gefallen lassen müßten, daß auf die bestigen Provokationen sämtlicher Parteien durch den Abg. Liebnecht geantwortet werde.) Es ist bezeichnend, daß sogar der „Vorwärts“ bei der Besprechung der gestrigen Sitzung seinen Lesern den Wortlaut dieses Zwischenrufs unterschlagen zu sollen geglaubt hat. (Hört! hört!) Heiße Scham muß die bürgerlichen Wähler des Kreises Ostbavelland-Potsdam überkommen, die dem Dr. Liebnecht zum Reichstagsmandat verholten haben. Ich kann den Zentralvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei nicht um diese Order beneiden, die sich noch dazu gegen ein Mitglied des Hanjabundes richtete. (Großer Beifall rechts.) Prof. Dr. v. Schmöller wird durch den gestrigen Tag jedenfalls selbst überzeugt worden sein, daß seine Ausführungen in der „Neuen Freien Presse“ lediglich ein neues Beispiel für die Weltfremdheit deutscher Professoren sind. Uebrigens hat Abg. Liebnecht selbst erklärt, daß seine Rede nicht für das Haus, sondern für die Wirkung nach außen berechnet war. Das ist wieder ein typischer sozialdemokratischer Mißbrauch der Freiheit, wie er ja auch zur Einschränkung der Selbstverwaltung der Kreise geführt hat. Die Sozialdemokratie hat den preussischen Staat so gründlich, weil es sein deutscher Beruf ist, der Welkenbrecher gegen die demokratische und sozialdemokratische Hochmut zu sein. (Zustimmung rechts.) Wir sehen aber leider die Regierung nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe. Es fehlt zuweilen an Kraft und entschlossener Energie. In neuerer Zeit allerdings scheint in die preussische Regierung wieder Kraft einzuziehen, das beweisen die Reden der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern. (Beifall.) Der Bergarbeiterstreik war der denkbar frivolste und lediglich aus politischen Gründen hervorgerufen. (Zustimmung bei der Mehrheit. Widerspruch bei den Sozialdemokraten, die rufen: Der Streikbruch war politisch.) Die christlichen und nationalen Arbeiterorganisationen haben sich durch ihren Widerstand gegen die Kleinherrenschaft des sozialdemokratischen alten Bergarbeiterverbandes um das Vaterland, den Staat und unsere Gesellschaft im höchsten Grade verdient gemacht. (Stürmischer Beifall der Konservativen, des Zentrums und der National-Liberalen.) Der Redner spricht dann der Regierung den Dank aus für das Polizei- und Militäraufgebot. Hoffentlich wird der gute Erfolg dieser Maßregel bei künftigen Streiks zur Nachahmung aneifern. Die Justiz hat in diesem Fall voll ihre Pflicht erfüllt. Die Freihaltung der Straßen und Plätze bei Lohnkämpfen ist die oberste Pflicht der Polizei, denn die Sozialdemokratie mißbraucht geradezu die Straße zur Terrorisierung der anderen. Wenn die Nachmittage der Regierung zur Freihaltung der Straßen und Plätze von den wirtschaftlichen Kämpfen nicht ausreichen, müssen sie durch Gesetz verstärkt werden. (Beifall rechts.) Die kraftvolle Aushaltung der Regierung über die Pflichten der Beamten gegenüber der Sozialdemokratie, auch bei den Wahlen hat uns extrem. Dagegen bedauern wir die Aushaltung des reichsständischen Staatssekretärs. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Beamte der Sozialdemokratie ist, steht in Widerspruch zu seinem Treueid, während der Beamte, der trotz seines Treueides sozialdemokratisch wählt, obwohl er der sozialdemokratischen Richtung nicht würdig, ein solcher Gehnangslump ist (dröhnender Beifall der Mehrheit — die Sozialdemokraten fragen den Präsidenten, ob solche Beamtenbeschimpfung zulässig sei), daß für ihn kein Platz in der preussischen Beamtenenschaft vorhanden ist. Die Verwaltung muß rein nach dem Gesetz geführt werden. Der Minister hat die mißverständliche Auslegung des Reichsvereinsgesetzes abgelehnt. Die Angriffe gegen die Landräte sind zu meist unbegründet. Die Landräte haben in ihrer außeramtlichen Tätigkeit volles Staatsbürgerrecht und sind sogar im höchsten Grade verpflichtet, ihre politische Auffassung auch bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen. Der Erlaß des Landrats v. Maljan ist zweifellos unholbar, aber man muß berücksichtigen, daß ein Stichwahlkompromiß zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten vorlag. Solche Bündnisse färben immer auf die verschiedenen Parteien ab, sie führen immer zu einer Konnibenz gegenüber der anderen Partei. Durch das Blommandieren freisinniger Wähler für die Sozialdemokratie ist der feste Wall niedrigeren, der nach Eugen Richters Anschauungen auch die freisinnige Partei gegen die Sozialdemokratie abkloß. (Sehr richtig! rechts.) Die Freisinnigen werden immer radikaler, das Wahlbündnis wird ja bei den preussischen Landtagswahlen wiederkommen. (Heiterkeit links. — Abg. Hoffmann: Die Angst) Aus dem Zusammengehen der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Sozialdemokratie kann man seine Folgerungen ziehen nach dem Worte: Der Fehler ist so schlimm als der Stehler. (Heiterer Beifall rechts. — Stürmische Entschuldigungsgebungen der Linken. — Abg. Hoffmann (Soz.) wird zur Ordnung gerufen. Auf die Frage des Abg. Hirsch, ob denn Herr v. Zedlitz die politischen Parteien mit Hehlern und Stehlern vergleichen darf, antwortet der Präsident, daß er ja keine Partei des Hauses genannt habe.) Wenn die Herren Sozialdemokraten den Ausdruck Stehler auf die Sozialdemokratie beziehen, so verbietet mir meine Bescheidenheit, dagegen etwas zu sagen.

Abg. Leinert (Soz.): Das heißt doch der Freiheit die Krone aufsetzen! (Stürmische Zustimmung der Sozialdemokraten. Der Präsident ruft dem Abg. Leinert zur Ordnung. — Abg. Hirsch: Darf sich denn Herr v. Zedlitz alle Beschimpfungen gegen uns erlauben? — Präsi.: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.) wünscht eine Dezentralisation der Verwaltung, eine Erweiterung der Gemeindeautonomie und beruft sich auf das Zeugnis des Abg. Dr. von Heydebrand, daß die Leistungen des Abgeordnetenhauses von keinem anderen Parlament übertroffen werden. Vor der Vertagung soll auch noch der Wahlrechtsantrag erledigt werden. Wir müssen auch kleine Anfragen einführen. Das Reichstagswahlrecht ist zwar demokratischer als das Dreiklassenwahlrecht, aber Demokratie und Freiheit schließen sich aus. (Beifall rechts — Lachen links.) Möge sich die preussische Landesvertretung auch weiter auf der Höhe erweisen, indem sie sich von preussischen Pflichtengefühl durchdringen läßt. (Lachen links. Stürmischer Beifall rechts.)

Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Dr. Bachnide (Sp.) fragt den Präsidenten, ob er es für zulässig und der parlamentarischen Sitte entsprechend hält, bestimmte Parteien mit Hehlern und Stehlern in Vergleich zu stellen. Wir halten einen solchen Vergleich für unzulässig und ungehörig und hätten erwartet, daß der Präsident die betreffenden Parteien in Schutz genommen hätte. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Die Geschäftsführung des Präsidenten unterliegt nicht der Kritik der Abgeordneten. Trotzdem will ich sagen, daß Abg. v. Zedlitz seine Worte nicht auf Mitglieder des Hauses bezogen hat. Ich hatte also keine Veranlassung, einzuschreiten, wenn Leute,

die dem Hause nicht angehören, mit nicht sehr schönen Worten bezeichnet werden. (Hört! hört! links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz: Es ist mir nicht eingefallen, die Freisinnige Volkspartei als Hehler zu bezeichnen. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Herr von Zedlitz hat tatsächlich, wenn auch in verblämter Weise, die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei mit Hehlern und Stehlern verglichen. (Der Präsident mahnt den Redner, doch auf die eben vom Abg. v. Zedlitz gegebene authentische Deklaration Rücksicht zu nehmen.) Gerade aus dieser authentischen Deklaration werde ich beweisen, daß der Abg. von Zedlitz direkt die Sozialdemokratie beleidigt hat. Er hat auf einen Zwischenruf von uns gesagt: „Wenn Sie sich selbst als Stehler bezeichnen, so wage ich in meiner Bescheidenheit nicht zu widersprechen.“ Das war deutlich genug. Und seine soeben getane Aushaltung, daß er die fortgeschrittliche Volkspartei nicht als Hehler bezeichnet habe, bedeutet für jeden, der zwischen den Worten des Abg. v. Zedlitz zu lesen versteht: „Aber die Sozialdemokratie will ich ruhig beleidigen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Den Einwand, daß sich das ja nur auf Parteien außerhalb des Hauses bezogen hat, kann ich nicht gelten lassen, denn wir sind sogar wiederholt wegen Beleidigung von Vereinen, denen Mitglieder des Hauses angehören, zur Ordnung gerufen worden, z. B. wenn wir gegen den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einen auch sonst in der Volksüblichen Ausdruck gebrauchten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich frage den Präsidenten, ob in Zukunft den Mitgliedern des Hauses gestattet ist, von Aushaltungen anderer Mitglieder in der Art zu reden, wie es der Abgeordnete v. Zedlitz getan hat. Er hat meinem Freund Liebnecht vorgeworfen, daß er den traurigen Mut gehabt habe, dies und das zu sagen. Wenn wir derartige Ausdrücke gebraucht haben, sind wir bisher regelmäßig zur Ordnung gerufen worden. (Lachen rechts.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Wenn sich ein Abgeordneter so weit vergeht, daß er sein eigenes Vaterland so schmäht wie gestern der Abgeordnete Ströbel, so werde ich mir als Präsident stets das Recht nehmen, das mit dem richtigen Wort zu lenzzeichnen. (Erneuter stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Der Abg. Zedlitz hat aber doch seine Worte „auf den“ Abgeordneten Liebnecht bezogen! Ich frage noch den Präsidenten, ob es gestattet ist, Mitgliedern dieses Hauses den Vorwurf zu machen, daß sie das Niveau des Hauses herabdrücken. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich muß diesen Vorwurf gegen und auf das allererschleifteste zurückweisen und stelle fest, daß hier wieder einmal ein planmäßiges provokatorisches Vorgehen des Herrn v. Zedlitz vorliegt. (Lachen und Widerspruch rechts. Zustimmung links.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Nach den gestrigen Ausführungen des Abg. Ströbel kann es allerdings vorkommen, daß ein Mitglied des Hauses, dessen Niveau herabdrückt. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Bachnide (Sp.): Die Worte des Abg. v. Zedlitz haben allerdings der Deklaration bedurft, denn er hat vorher ausdrücklich dem Zentralvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen und gewußt, daß Mitglieder des Hauses dem Zentralvorstand angehören. (Zuruf rechts: Schlimm genug! — Heiterkeit links.) Ich glaube, daß er mit einem derartigen herabsetzenden Vergleich die Grenzen überschritten hat, die Kollegen untereinander zu ziehen pflegen. Jedenfalls möchte ich dem Abg. v. Zedlitz gebeten haben, sich künftig weniger mißverständlich auszudrücken. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Dem Präsidenten gegenüber konstatiere ich, daß Abg. v. Zedlitz den Vorwurf, daß wir das Niveau des Hauses herabdrücken, gar nicht im Zusammenhang mit der Kritik des Strödelischen Jurates, sondern ganz allgemein gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses gemacht hat. (Beifall rechts.) Ihr Beifall zu den Worten des Abg. v. Zedlitz läßt mich kalt und beweist mir höchstens, daß wir uns allmählich dem Ton dieses Hauses angepaßt haben. (Sehr gut! links.) Ich stelle fest, daß der Präsident gestattet hat, Mitgliedern des Hauses den Vorwurf zu machen, daß sie das Niveau herabgedrückt haben. Wir werden uns danach richten.

Präsi. Frhr. v. Erffa: Das ist durchaus irrtümlich, ich habe das nicht gestattet, sondern nur erklärt, daß es allerdings vorkommen kann, daß Mitglieder des Hauses das Niveau herabdrücken.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Dann herrscht allerdings ein eigenartiges Mißverständnis zwischen dem Präsidenten und mir. Ich habe ihn nicht gefragt, ob Mitglieder das Niveau des Hauses herabdrücken können — das weiß ich aus Erfahrung, ich brauche nur die Herren auf der Rechten anzusehen. (Lachen rechts. — Sehr gut! links.) — sondern ich habe den Präsidenten gefragt, ob es gestattet ist, daß ein Mitglied des Hauses anderen Mitgliedern einen solchen Vorwurf machen darf.

Da der Präsident dem nächsten Redner das Wort erteilt, rufen die Sozialdemokraten: Keine Antwort ist auch eine Antwort. — (Lache rechts: Ruhe! Ruhe! — Abg. Hoffmann: Sie stören die Geschäftsordnung! — Der Präsident ruft dem Abg. Hoffmann zur Ordnung und erklärt, er werde nie dulden, daß 480 Abgeordnete von sechs terrorisiert werden.)

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet.

Abg. Graf v. d. Groeben (L) protestiert ebenso wie Abgeordneter v. Zedlitz gegen die antipreussischen Ausführungen des Abg. Liebnecht und meint, es werde zur Sicherung des Zwecks des Parlamentarismus eventuell eine Beschränkung der Redefreiheit usw. notwendig sein. Man werde vielleicht auch dem Hause und dem Präsidenten neue Machtmittel geben müssen, weil sich die Sozialdemokraten dem Ordnungsruf nicht unterwerfen. (Abg. Hoffmann: Schweigen Sie uns doch raus!) Der Redner stimmt dann den Ausführungen des Ministers über die Wahlreform und den Erlassen des Freiherrn v. Maljan zu. Unsere Schulleute kommen durchaus dem Publikum entgegen. Das Publikum muß aber auch wissen, daß die Schulleute ihre Revolver nicht zum Spielen haben. (Beifall rechts.)

Abg. Ling (B.) lehnt ab, prinzipiell ab, nach dem Niveau der gestrigen Rede Liebnechts der unser geliebtes Vaterland beschimpft habe, in eine Diskussion mit den Sozialdemokraten einzutreten. (Beifall bei der Mehrheit.) Er spricht dann gegen die Automobilrafferei und gegen das Ueberhandnehmen der Kinotheater. Anstößige Szenen seien hintanzuhalten.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Gerade, weil die Regierung die Wahlrechtsfrage verzögern will, müssen die Wahrechtsanträge vor Pfingsten erledigt werden. Wir fordern zunächst die geheime Wahl, insbesondere wegen des sozialdemokratischen Terrorismus, die direkte Wahl gegen die Interesslosigkeit der Wähler und abgestuftes Wahlrecht, da das Reichstagswahlrecht nur im Reich mit seinen indirekten Steuern berechtigt ist, während hier auch

Bildung und Besitz

einigen Einfluß bekommen müssen. Der Redner wendet sich dann gegen die konservative Parteitätigkeit der Landräte, die mit der von Bethmann-Hollweg angeführten Politik der mittleren Linie unvereinbar sei. Es geht im alten konservativen Kurse weiter. Statt anderen Parteien immer den Kopf zu waschen, sollte der Kanzler selbst Kritik üben und den latenten Widerstand gegen das Vereinsgesetz brechen. Dann wendet sich Abg. Friedberg gegen Liebnecht: Wir alle sind stolz auf Preußen, das unsere Ehrfurcht und unseren patriotischen Eifer finden muß, das, auf die Hälfte reduziert, vom Osten aus Deutschland von der Fremdherrschaft befreit hat, dessen Verwaltung aus-

gezeichnet und dessen Justiz tabellos ist. Und wie vorzüglich arbeitet unsere Eisenbahnverwaltung! Auf der ganzen Welt existiert eine solche Verwaltung nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Das weiß auch Abg. Liebknecht und er hat ja in Amerika erklärt, er habe ordentliche Sehnsucht nach Deutschland. (Große Heiterkeit und sehr gut.) Wenn er das vergessen hat, möge er doch wieder nach Amerika zurückgehen (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit), um sich zu überzeugen, daß die Verhältnisse in Preußen und Deutschland noch recht günstig sind. Die französische und amerikanische Demokratie hat nicht verhindern können, daß sich dort die Finanzaristokratie am wohlsten fühlt. Nur eine starke Monarchie kann soziale Reformen durchführen. Jene schändlichen Ausführungen Liebknechts gewinnen eine Menge Leute dafür, repressiv vorzugehen und sich der Reaktion in die Arme zu werfen. Wie immer, so ist auch hier wieder die Sozialdemokratie der stärkste Schrittmacher der Reaktion. (Sehr wahr bei den Nationalliberalen.) Hinter Herrn Liebknecht können nur politische Kinder stehen. Erste reife Männer werden über den preussischen Staat nicht spotten. In dem ungeschickten und unüberlegten Vergarbeiterstreik konnten sich auch nur politische Kinder hineinziehen lassen. (Beifall.) Es ist für die Mehrheit dieses Hauses unerträglich, in dieser Weise von einer kleinen Fraktion behandelt zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der sozialdemokratische Antrag auf Schutz der persönlichen Freiheit ist ein Mißfall in die phrasenhafte Naturrechtsperiode. Ich bin auch für eine Verstärkung der Rechtskontrolle, dann ist aber doch der Schutz der Arbeitswilligen ein dringendes Moment. Der Vergarbeiterstreik hat jedoch erwiesen, daß ein eigenes Gesetz hierfür nicht nötig ist. Erhalten wir durch maßvolle Reformen Preußen stark und führend. (Stürmischer Beifall.)

Minister v. Dallwitz erklärt, daß die Landräte bei den meisten Kreisblättern keinen Einfluß auf die Aufnahme der Inserate haben. Eine Zurücksetzung katholischer Zeitungen bei der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen findet nicht statt. Es besteht ein Bedürfnis, die Simos konfessionspflichtig zu machen. Bei strenger Beobachtung sind die geltenden Vorschriften ausreichend, um Automobilverkehr zu verhüten. Aber manche Automobilisten fahren eben den Polizisten davon. Nach dem Oberverwaltungsgericht ist es unzulässig, wenn die Polizei in Aufrechterhaltung der Ordnung auf Privatpersonen abschießt. Derartige Vereinbarungen sind ausdrücklich untersagt worden. (Beifall rechts.) Einzelne Mißgriffe von Polizeibehörden gegen die persönliche Freiheit können selbstverständlich vorkommen, ein eigenes Gesetz ist da nicht nötig. Unsere Polizeibehörden sorgen dafür, daß bei Ordnungstörungen die Straßen von Personen gesäubert werden, die sich den Ansehen harmloser Passanten geben möchten. Unsere Bestimmungen genügen zurzeit noch, um dem Mißbrauch der öffentlichen Straßen in wirtschaftlichen Kämpfen entgegenzutreten. (Beifall.)

Abg. Dr. Seyda (Vole) bringt zahlreiche Fälle von Verletzungen des Vereinsgesetzes zum Nachteil der Polen vor und beklagt sich über Schikanierung von Beamten, die in polnisch-nationalem Sinne gewählt haben, sowie über allerhand Wahlmanöver und Wahlbeeinflussungen der Landräte und Amts-vorsteher.

Unterstaatssekretär Holz erklärt diese Beschwerden zum großen Teil als ungerechtfertigt, andere seien ihm noch nicht bekannt geworden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (persönlich): Abg. Friedberg hat uns als politische Kinder bezeichnet, weil wir nicht zu seiner Auffassung von der Wohlthätigkeit des preussischen Staates bekehrt haben. Wir müßten allerdings politische Kinder sein, wenn wir uns Ihrer Auffassung vom preussischen Staat anbequemen würden. (Der Redner wird vom Präsidenten öfter mit der Mahnung unterbrochen, fortan nur eine persönliche Bemerkung vorzubringen.) Sie sind nur darum über uns empört, weil wir uns nicht zu der politischen Simplizität herabdrücken lassen, Ihre Auffassungen über das Wesen des preussischen Staates zu teilen. Auf die Redensarten des Abg. Frhr. v. Jeddly

eingugehen, hat gar keinen Sinn. Wenn er aber von der Schamröte gesprochen hat, die die bürgerlichen Wähler Ostbaltlands überkommen müßte, die mir zum Reichstagsmandat verholfen haben, so weiß ich nicht, ob Herr v. Jeddly wegen dieser Beschimpfung meiner Wähler und meiner selbst, wie es der Ordnung des Hauses entsprechen würde, zur Ordnung gerufen wurde. (Rufe der Sozialdemokraten: Nein!) Bei der Art, wie die Präsidialgeschäfte in letzter Zeit geführt worden sind, ist das allerdings kein Wunder. (Lärm rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Präsident Dr. Frhr. v. Uffa: Was Sie über mich denken, ist mir persönlich ganz gleich, da Sie aber in mir den gewählten Präsidenten des Hauses beleidigen, rufe ich Sie zur Ordnung. Abg. Dr. Liebknecht: Ich betone, daß ich mich mit dem Abg. v. Jeddly über politische Moral niemals unterhalten werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jeddly ist nicht imstande, mich oder meine Wähler zu beleidigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach meiner Meinung müßte heisse Schamröte jeden überkommen bei einem solchen geschwätzigen Verhalten, wie dem, dessen traditioneller Klopffechter der Abg. v. Jeddly seit jeher hier im Hause gewesen ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.) (persönlich): Ich lehne es ab, mich mit dem Herrn v. Jeddly auseinanderzusetzen. Wenn ich genötigt bin, ihn zu traktieren, so tue ich das nur, um ihn als den Repräsentanten seiner Partei zu treffen. Seine Schmähsungen gegen mich prallen spurlos von mir ab, Herr v. Jeddly kann mich nicht beleidigen. Er hat behauptet, daß der „Vorwärts“ meinen gestrigen Zwischenruf den Lesern unterschlagen habe. (Abg. Frhr.: Steh ja drin!) Es hat überhaupt gar keine Einwirkung des „Vorwärts“ auf den Sitzungsbericht stattgefunden. Eine solche Behauptung ist aber mindestens leichtfertig, weil Herr v. Jeddly schon als Präsident der Seehandlung eine so innige und auch metallisch klingende Beziehung zur Presse unterhalten hat, daß er das Verhältnis der Zeitungen zum Parlamentsbericht kennen muß. Die Ansicht des Präsidenten, der in bezug auf mich davon gesprochen hat, daß allerdings einzelne Abgeordnete das Niveau des Hauses herabdrücken könnten, ist wohl auf eine optische Täuschung zurückzuführen, denn meiner Ansicht nach kann das Niveau dieses Dreiklassenhauses nicht mehr herabgedrückt werden, weil es schon mehrere Tausend Meter unterm Meeresspiegel liegt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Großer Lärm rechts.)

Der Präsident ruft den Redner dafür zur Ordnung. Abg. v. Jeddly erklärt persönlich, eine Einwirkung des Abg. Ströbel auf den „Vorwärts“bericht nicht behauptet zu haben. (Abg. Hoffmann: Im „Vorwärts“ sitzen doch keine „Post“el! Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Friedberg (nall.) (persönlich): Ich habe nur von politischen Kindern gesprochen, die sich vom Abg. Liebknecht leiten lassen. Für ihn selbst wäre das Wort politisches Kind viel zu euphemistisch. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (persönlich): Diejenigen, die sich von uns leiten lassen, sind gerade deswegen zu uns getreten, weil sie keine politischen Kinder mehr sein wollen. Warum verschweigt Dr. Friedberg schamhaft die Bezeichnung, die er für mich als die richtige hielt. Hoffentlich teilt er sie jetzt mit. Aber ich bin fest überzeugt, daß diese Auffassung, soweit sie politischen Charakter tragen kann, sich durchaus wird beden können mit der Auffassung, die ich von Herrn Dr. Friedberg habe.

Abg. Dr. Friedberg (nall.): Ich werde mich nicht bemühen, diesem Wunsche nachzukommen. Sonnabend 10 Uhr Fortsetzung. Schluß 5/1, 11/2.

Gerichts-Zeitung.

Die Asylistenvergiftungen vor Gericht.

Im Prozeß wegen der Weißbrotvergiftungen wurde die Beweisaufnahme gestern geschlossen, nachdem sämtliche noch aus-

stehenden Anträge der Verteidiger vom Gerichtshof abgelehnt worden waren. Das Gericht beschloß, den Angeklagten Meyer ohne Kaution aus der Haft zu entlassen und dem Angeklagten Dahle die von diesem gestellte Kaution von 6000 M. freizugeben. Heute Sonnabend, werden die Plaidoyers beginnen und es soll nicht ausgeschlossen sein, daß noch heute abend das Urteil gesprochen werden kann.

Ein krasser Fall preussischer Eisenbahn-„Sparsamkeit“

stand zur Beurteilung des Schöffengerichts Hirschberg. Am 11. Juli v. J. ist auf der Strecke Striegau-Merzdorf abends spät eine Frau vom Zuge abgehängt und überfahren worden. Der Zugführer, ein Hilfskassierer, wurde nun wegen des Vorgangs angeklagt. Er bezog einen Tagelohn von etwa 2 M. Trotz seiner Hilfskassiererstellung mußte er häufig höhere Ämter bekleiden, ohne dafür besonders entschädigt zu werden. Am Tage des tödlichen Unfalls verließ er das Amt des Zugführers, Radmeisters und Schaffners in einer Person. Während der Fahrt hatte er die Fahrkarten zu kontrollieren und abzunehmen, die Stationen auszurufen, das Aus- und Einsteigen zu regeln, die Gepäckstücke anzunehmen und auszugeben. Ferner mußte er sich auch davon überzeugen, daß der Zug abfahrtsfertig sei, und das Abfahrtsignal geben. Dieser letzte Zug, der in der Regel immer sehr stark besetzt und demzufolge auch sehr lang ist, wird Sonntag abends immer nur von einem einzigen Hilfskassierer bedient, weil eben kein Personal vorhanden ist. Der angeklagte Hilfskassierer äußerte schon auf dem Bahnhof Merzdorf, als er den langen und stark besetzten Zug übernehmen sollte, zu dem Fahrleitersleiter seine Bedenken. Dieser suchte mit den Äußerungen, denn für Abhilfe konnte er nicht sorgen. Wegen der Fülle und Länge des Zuges — dieser bestand aus Lokomotive, Rad- und Weiwagen und sechs Personenwagen — war es dem Angeklagten schon von Anfang unendlich, die Fahrkarten zu kontrollieren, geschweige denn, den ganzen Zug zu übersehen. Auf der Haltestelle Striegau, wo sich der tödliche Unfall ereignete, war der Andrang von Fahrgästen außerordentlich groß, dabei wird der ganze Bahnhof nur von einer einzigen Spiritusglühlichtlampe „erleuchtet“. Für den Aufenthalt auf dieser Station stand dem Angeklagten nur eine halbe Minute zur Verfügung. Während dieser Zeit rief er die Station aus, öffnete und schloß die Türen, wies einen Angetrunkenen vom Zuge, überzeugte sich, soweit das in der herrschenden Finsternis möglich war, daß niemand mehr auf den Trittbrettern stand, lief zum Radwagen und gab dem Lokomotivführer das Zeichen zur Abfahrt. Ob Leute auf der Plattform eines Wagens standen, konnte er nicht sehen, weil der Zug zu lang war. Jedenfalls stand die Verunglückte auf einer derselben und fiel beim Anrücken des Zuges herab, wobei sie überfahren wurde.

Der Sachverständige, Eisenbahn-Obervorsteher a. D. Heumann-Charlottenburg, bezeichnete es als vollständig ausgeschlossen, daß der Betrieb diejenige Sicherheit für das reisende Publikum bot, die verlangt werden muß.

Das Gericht sah das ein und sprach den Angeklagten frei. Und was geschieht nun mit den verantwortlichen Oberbeamten, die aus fiskalischen Gründen solche Zustände einreihen ließen?

Marktbericht von Berlin am 25. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Spelzbohnen, meißl., 30,00—55,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karren 0,00—2,40. Hefe 1,60—3,60. Bänder 1,60—3,60. Gedönte 1,40—2,80. Barfische 1,00—2,00. Schleihe 1,40—3,20. Fische 0,70—1,40. 60 Stück Stroh 4,00—30,00.

Ganz neue Modelle in Damen-Halbschuhen

Weiss mit Schwarz! Die grosse Model Knopf- und Schnür-Halbschuhe mit farbigen Einsätzen. Kreuz-Spangen-Schuhe. Drei-Spangen-Schuhe und andere Phantasie- und Luxus-Halbschuhe. Pumps, Oxfords!

Tennis-Stiefel
Tennis-Schuhe
Turn-Schuhe
Ruder-Schuhe



Gegr. 1867

Zentrale und Versand-Abteilung:
Jerusalemstrasse 32-35

Potsdamer Strasse 2	Rosenthaler Strasse 5
Tauentzien-Strasse 19a	Charlottenburg:
Friedrich-Strasse 75	Wilmersdorfer Strasse 45
König-Strasse 25-26	Oranienstrasse 161
Schöneberg, Hauptstr. 146	Grosse Frankfurter Str. 123
Neukölln, Bergstr. 25-26	Mai 1912: Chausseestr. 114

12.50 Spezial-Verkauf: Tauentzienstrasse 7b

Elegante Herrenstiefel in ganz neuen Formen

Stiefel mit Stoff- und Samtkalbeinsätzen. Feine Herren-Strassenstiefel. Braune Stiefel und Schuhe in neuen Modefarben. Hauschuhe in vielen Ausführungen. Reiseschuhe. Niedertreter. Sandalen!

Leinen-Stiefel
Leinen-Schuhe
Segler-Schuhe
Touren-Stiefel

Besonders billige Sommer-Schuhwaren

Für Damen:

- Eleganter Chevrete-Halbschuh zum Schnüren mit Lackkappe und Derby-Schallschnitt **5⁹⁰**
- Chevrete-Schnürstiefel mit Lackkappe und amerikanischem Absatz, sehr preiswert. . . **7⁵⁰**
- Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, auch braun Chevreau, mit u. ohne Lackkappen und Derby-Schallschnitt. Elegante Halbschuhe in Boxkalf und Chevreau, auch braun Chevreau **8⁷⁵**
- Braun und schwarz Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen oder niedrigen Absätzen, Rand gedoppelt. Halbschuhe in schwarz Boxkalf und Chevreau schwarz und braun, Lack sowie Lack mit Wildledereinsatz. **10⁵⁰**

Für Herren:

- Boxrind- und Roß-Chevreau-Schnürstiefel, in schlanker und breiter Form, mit oder ohne Derby-Schallschnitt, auch mit Lackkappe, Masibox-Zug- u. Schnallen-Stiefel, in bequemer halbbreiter Form. **8⁷⁵**
- Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, in schlanken und breiten Modelformen, Besohler oder Derby-Schallschnitt, mit und ohne Lackkappe, sehr haltbar, Rand gestupft. **10⁵⁰**
- Braun und schwarz Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, mit starken Doppelsohlen (Tourenstiefel), erstklassig in Qualität und Ausführung, Goodyear-Welt. **12⁵⁰**

Für Kinder:

- Kinder-Schnür-Stiefel, kräftiges Oberleder, in breiter Natura-Form, dauerhafter Schul- und Strapazier-Stiefel

25-27	28-30	31-35	36-39
450	550	650	800

- Kinder-Schnür-Stiefel, Boxkalf und Chevreau, mit und ohne Lackkappe, auch braun Chevreau und Ziegenleder

25-27	28-30	31-35	36-39
550	650	750	900

Ein kluger Mensch

sieht beim Kauf sofort, daß er durch unser neues Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10 Proz.

bei uns wirklich billig kauft und nie übervorteilt werden kann. Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungs-gesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreis zu beziehen. Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten. Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft an obige Vertriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet.

3000 Mark sichern wir demjenigen zu, der uns den Nachweis erbringt, daß unser Nutzen größer als der oben angegebene ist.

Wir verkaufen z. B.: **Knaben-Anzüge und Herren-Hosen**

Selbstkostenpreis	2.50	4.25	7.50	9.50
Verkaufspreis	2.75	4.67	8.25	10.45

Herren-Anzüge □ Ulster □ Paletots

Selbstkostenpreis	14.25	21.00	26.50	33.00
Verkaufspreis	15.67	23.10	29.15	36.30

□ Sämtliche Berufskleidung. × Anfertigung nach Maß.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Große Frankfurter Straße 4 (Ecke Frachtstraße) □ Turmstraße 80 (neben Kleinem Tiergarten).

Maizeitung 1912

soeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. Unter anderem: „Frauen-Mai“ von E. Prezang, — „Sieges-Mai — Kampfes-Mai“ von Georg Gradnauer, — „Maidied“ von Ludwig Lessen, — „Proletarische Lebenskunst“ von Stefan Großmann, — „Friede ringsum“ von Gustav Bauer, — „Vorabend“ von Friedrich Stampfer, — „Der Frauen Maientag“ von B. Schiefinger, — : : : : : „Im Kampf um die Jugend“ von C. Korn. : : : : : Preis 10 Pf.

Künstlerische Illustrationen.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden).

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Berlin C, Gertraudenstr. 25-26-27

Düsseldorf | Hamburg
Schadowstraße-Eckstraße | Graskeller-Rödingsmarkt

Verkauf nur gegen bar zu niedrigen Preisen

7 preiswerte

Anzüge

Nr. 41 à M.	21.-
„ 42 à M.	21.-
„ 43 à M.	24.-
„ 44 à M.	26.-
„ 45 à M.	26.-
„ 46 à M.	27.-
„ 47 à M.	29.-

sind unter obigen Nummern in unseren Schaufenstern ausgestellt



Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Nidelswerder, an der neuen Geertstraße beim Alten Freund.

Achtung
Kaufen Sie nur beim Fachmann Elegante fertige Herren-Garderobe Teilzahlung von 1 Mark wöchentlich an Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie
Julius Fabian
Schneidermeister
1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 37 1/2 | 2. Geschäft: Turmstr. 10
Besichtigung meines grossen und englischen Stoffen ohne Kaufzwang gern gestattet. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Sommerpreise.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.

Telephon: Amt Königstadt, 3040 und 3096.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Köstriner Platz, alt Ostb.).

Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Vulkan-Salon-Briketts	pr. Ztr. 0.90 M.	Krone Halbst.	pr. Ztr. 0.85 M.
Krone-Salon-	0.95 M.	Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst.	0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw.	1.00 M.	Anthracit Cadé	2.30 M.

Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.

Bei Frankollieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.

Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.

Neuheit: Vom 1. Juni er. an findet die Anlieferung der Briketts auf Wunsch in meinen patentamtlich geschützten verschließbaren, staubfreien Kohlentransportkästen statt, welche den Konsumenten leihweise überlassen werden. Bestellungen darauf werden von allen besseren Kohlenhandlungen sowie durch meine Firma direkt ausgeführt.

Die Gebührenfrage der Rechtsanwälte.

Genosse Heine hat gelegentlich der Beratung des Staatsrechtsamtes in der Reichstags-Sitzung vom 19. April zu der Gebührenfrage der Rechtsanwälte Ausführungen gemacht, die in einzelnen Punkten nicht unumstritten bleiben können.

Ich will davon absehen, dazutun, ob die Gebühren der Rechtsanwälte der Erhöhung bedürfen oder nicht, insbesondere die Gebühren für die kleinen Objekte, bei denen der Anwalt — nach Heine — „nichts als Arbeit und Unkosten hat über das hinaus, das man verdient“.

Die Anwälte haben auch — von ganz geringen Ausnahmen abgesehen —, ein Einkommen, das dasjenige eines „vollbeschäftigten“ Angestellten um das Vielfache übersteigt.

Was mich jedoch besonders veranlaßt, die Heineschen Ausführungen für gänzlich verfehlt zu halten, sind folgende Sätze seiner Rede:

„Wir Anwälte haben noch die Möglichkeit, uns selber zu helfen; wir haben die Möglichkeit der freien Vereinbarung der Gebühren und Honorare. Wenn meine Herren Kollegen von diesem Recht nur einen etwas ausgiebigeren Gebrauch machen wollten, könnten sie sich selber heraus helfen;“

„Aber eine Erhöhung dieser Bezüge — der Angestellten, die Heine selbst vorher z. T. als elend, als schwachvoll bezeichnet — ist den Anwälten unmöglich, wenn nicht ihre eigenen Gebühren erhöht werden.“

Die „freie“ (in der Regel erzwungene) Vereinbarung höherer als im Gesetz vorgesehener Gebührensätze ist schon jetzt zu einem Unfug ausgearbeitet, soweit die minderbemittelte Bevölkerung in Frage kommt, zu einem Unfug, dem selbst Anwaltskammern im Interesse des Ansehens des Anwaltsstandes zu steuern sich für verpflichtet gefühlt haben.

Bei ganz einfachen Bausachen, bei Prozessen, die jeder Arbeitersekretär ebenso gut wie besser vertreten könnte als ein Teil der Rechtsanwälte, falls diese nicht das gesetzlich gewährleistete Privilegium hätten, werden häufig Honorare „freiwillig“ vereinbart, die für den Arbeiter ein kleines Vermögen darstellen. Die Worte Heines reizen zur Ausdehnung dieses Unfugs an.

Das Argument, daß die Bezüge der Angestellten nicht erhöht werden können, solange das Einkommen der Arbeitgeber nicht erhöht wird, ist nicht neu. Es kehrt immer wieder, sobald Arbeitnehmer mit Lohnforderungen herantreten. Erst kommt — zu der Auffassung muß man nach den Heineschen Ausführungen kommen — die „angemessene“ Lebenshaltung der Anwälte zu ihrer Ausbreitung, das Kapital, das die Anwälte zu ihrer Ausbildung benötigt haben, die Zurücklegung von Kapitalien für ihre Altersversorgung usw. All das soll ihnen der Staat aus Mitteln des Volkes gesetzlich gewährleisten. Das, was übrig bleibt, erhalten die „elend“ und „schwachvoll“ bezahlten Angestellten.

Diese Argumente Heines werden den Angestellten bei ihrer schwierigen Kämpfe auf Lohnerhöhung — auch die Berliner Angestellten stehen in einer Lohnbewegung — nicht förderlich sein.

Kein Stand ist so privilegiert, als derjenige der Anwälte. Der gesetzliche Mindestlohn für die Anwälte besteht in Gestalt der Gebührenordnung, die Angestellten haben einen gesetzlich gewährleisteten Lohn nicht, für ihre Bezüge ist die Willkür der Anwälte maßgebend. Nach der Absicht des Gesetzgebers sollen zum mindesten die Ausnahmepauschalsätze zur Bezahlung der Gehälter der Angestellten verwendet werden; die Mehrzahl der Anwälte denkt gar nicht daran.

Seine wird nicht bestreiten können, daß die Mehrzahl der Anwälte ein Reineinkommen von mehr als 10 000 M. jährlich bezieht, die Angestellten, nach den vorliegenden Statistiken, ein solches von etwa 1000 M.

Es hätte m. E. einen besseren Eindruck gemacht, wenn er energisch für die seit Jahrzehnten geforderte gesetzliche Regelung der elenden Angestelltenverhältnisse eingetreten wäre, ferner, entsprechend unserem Programm, für Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, wobei er dann immer noch hätte Gelegenheit nehmen können, die Sicherstellung seiner Kollegen zu erörtern. Statt dessen laufen seine Ausführungen auf eine Verteuerung der Rechtspflege und auf Erschöpfung des Kampfes der Angestellten um eine menschenwürdige Existenz aus.

4. Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

Leipzig, 25. April

4. Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurde gleich mit der Spezialberatung des Statuts

begonnen. Anträge auf Abänderung des Namens des Verbandes wurden abgelehnt. Die Verbandsfrage rief nochmals größere Erörterungen hervor. Sie wurde in folgender Form erledigt: Der Beitrag beträgt für die erste Klasse 30 Pf. (wie bisher), zweite Klasse 45 Pf. (bisher 40 Pf.), dritte Klasse 60 Pf. (bisher 50 Pf.) und für die vierte Klasse 70 Pf. (bisher 60 Pf.). Für Lehrlinge und jugendliche Personen bis zu 18 Jahren 20 Pf. Die erste Beitragsklasse bezieht sich nur auf weibliche und männliche jugendliche Mitglieder vom 16. bis 18. Jahre. Im übrigen haben Mitglieder, für die bei der Invalidenversicherung die Wochenmarke zu 32 Pf. geltend wird, die Beiträge der zweiten Klasse, bei der Wochenmarke zu 40 Pf. die Beiträge der dritten Klasse, und bei der Marke zu 45 Pf. die Beiträge für die vierte Klasse zu bezahlen. Den Mitgliedern steht es frei, von einer niedrigeren in eine höhere Klasse einzutreten.

Ueber die Erhebung von Extrabeiträgen war bisher im Statut nichts bestimmt. Nun wurde festgelegt, daß der Verband und Ausschuss berechtigt sind, bei größeren Streiks und Ausperrungen Extrabeiträge auszusprechen. Die Einnahmen aus diesen Extrabeiträgen müssen sofort der Hauptkasse zugeführt werden. Filialen sind unter Beachtung besonderer Bestimmungen berechtigt, lokale Extrabeiträge zu erheben.

Bei Beratung der Ausschlussbestimmungen entspannen sich längere Erörterungen. Bisher hatten die Filialen das Recht des Ausschlusses. Die Ausschlossene konnten Beschwerde beim Vorstand und Ausschuss und in letzter Instanz beim Verbandstag erheben. Der Vorstand schlug nun — veranlaßt durch die Vorgänge in Rötze — vor, daß der Ausschluß durch die Filiale nur bei Beitragsrückständen, in allen übrigen Fällen aber durch den Verbandsvorstand erfolgen kann. Der Ausschluß soll aber nur dann als vollzogen gelten, wenn — falls der Ausschuss bei der Beschwerde nicht auf den Standpunkt des Vorstandes stellt — der Vorstand nicht innerhalb einer Woche nach Zustellung des Ausschlußbeschlusses erneute Beratung in Gemeinschaft mit Ausschuss und Beirat beantragt hat. Diese Vorschläge fanden heftigen Widerspruch, besonders bei den Leipziger und Rötzeer Delegierten. Es wurde hier auch gleich über die Einsetzung des Beirates beraten und beschlossen. Für diese stimmten 18 Delegierte und 12 dagegen;

die Vorstandsmitglieder enthielten sich der Abstimmung. Die Vorschläge des Vorstandes über den Ausschluß eines Mitgliedes wurden in ihren wichtigsten Punkten abgelehnt. Der Ausschluß wird also auch ferner von der Filiale hollagen. Ausschlossene, beschwerdeführende Mitglieder müssen bis zur Entscheidung der letzten Instanz als Mitglieder geführt werden. — Dadurch würden Vorgänge, wie die in Rötze, ebenfalls vermieden.

Vor Erledigung der Anträge zu den Unterstützungsanstalten wurde beschlossen, auf diesen grundsätzlich nichts zu ändern. Alle Vorschläge auf Erweiterung und Reduzierung der Unterstützungsanstalten waren damit abgelehnt. Für die Lehrlinge wird aber bei der Erwerbslosenunterstützung eine besondere Unterstützungsstufe geschaffen.

Bei den Bestimmungen über die Streifenunterstützung wurde beschlossen, daß alle bei Streiks und Ausperrungen gezahlten Unterstützungen zunächst nur als Darlehen gegeben werden. Die Empfänger haben sich zu verpflichten, den ganzen Betrag zurückzugeben, wenn sie vor Beendigung einer Bewegung ohne Zustimmung der Streifenleitung die Arbeit aufnehmen.

Der Beirat wird aus sieben Mitgliedern zusammengesetzt. Zur Wahl der Mitglieder des Beirates wird das Verbandsgebiet in sieben Wahlkreise eingeteilt.

Die Beratung des Streifenreglements ging wider Erwarten rasch. Der Verbandstag stimmte einem Antrag zu, am alten Reglement festzuhalten. Dadurch fielen die Abänderungsvorschläge des Vorstandes, die diesem größere Rechte bei der Führung und bei Abbruch von Streiks sichern sollten, glatt unter den Tisch.

Das neue Statut tritt am 1. Januar 1913 in Kraft. Als Sitz des Verbandes wurde Hamburg wiederum bestimmt. Verbandsvorsitzender Leister und Kassierer Wagnitz wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandsausschuss kommt in die Filialen Leipzig und Bismarck.

Der Verbandstag wählte dann noch Delegierte zum internationalen Kürschnerkongress, Gewerkschaftskongress, und zum internationalen Arbeiterkongress.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der nächste Verbandstag wird 1915 in Arnstadt abgehalten. Bei Erledigung „sonstiger Anträge“ wurde zur Frage der Heimarbeit folgender Resolution zugestimmt:

„Der Verbandstag macht es den Arbeitern der Hausindustrie in der Kürschnerbranche zur Pflicht, sich dem Deutschen Kürschnerverband anzuschließen. In allen Orten, wo der Verband Zahlstellen unterhält, sind für die Kollegen in der Hausindustrie Sektionen zu bilden, wenn genügend Mitglieder vorhanden sind.“

Am den Sitz des Verbandsvorstandes bewarben sich mehrere Filialen. Die Leipziger halten Leipzig als den geeigneten Ort, von anderer Seite wurde Berlin vorgeschlagen. Der Vorstand und einige Delegierte schlugen vor, den Sitz in Hamburg zu belassen. Mit geringer Mehrheit wurde in diesem Sinne beschlossen.

Aus der Partei.

Fortschritte der Parteipresse.

Im Verbreitungsbezirk des „Halle'schen Volksblattes“ wurden seit dem 1. Juli v. J. in ländlichen Orten und kleinen Städten 44 neue Filialen errichtet. Da von jeder dieser Filialen durchweg noch zwei bis fünf Nachbardörfer durch Austräger mit der Zeitung versorgt werden, so ist diese neueste Ausbreitung des Blattes ein ganz bedeutender Vorstoß in weite, bisher vom „Volksblatt“ unberührte Gebiete. Das „Halle'sche Volksblatt“ nahm in der angegebenen Zeit an 5800 Abonnenten zu. Den Hauptteil dieses Aufschwunges brachte naturgemäß die Reichstagswahlbewegung und die im Anschluß daran in zahlreichen Orten des Bezirkes einsetzende planmäßige Hausagitation.

Die „Frankfurter Volkstribüne“ in Bahrenfeld, die seit dem 1. Juli in einem neuerbauten Druckergebäude und mittels Rotationsdruck in vergrößertem Format hergeführt wird, hat eine Auflage von 8000 Exemplaren erreicht; das ist eine Vermehrung der Auflage um 5000 Exemplare seit der vor 3 1/2 Jahren erfolgten Umwandlung vom Kopfbloß zur selbständigen Zeitung.

Eine Bank der schwedischen Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Partei, die Landesorganisation der Gewerkschaften sowie auch der Kooperative Verband, die Zentrale des Arbeitergenossenschaftswesens in Schweden haben sich schon seit einer Reihe von Jahren wiederholt mit der Frage befaßt, ob es nicht möglich sei, eine eigene Bank für die Arbeiterbewegung zu gründen, um nicht die Gelder der kämpfenden Arbeiterschaft den kapitalistischen Geldinstituten zur Spekulation überlassen zu müssen. Der Gedanke konnte jedoch bisher nicht verwirklicht werden, zumal der Gründung eines solchen Geldinstituts durch die Organisationen gewisse gesetzliche Schwierigkeiten im Wege stehen. Nun haben jedoch dieser Tage 19 Personen, die sämtlich, bis auf zwei, Mitglieder der Partei sind und meist an leitender Stelle in der Arbeiterbewegung tätig sind, bei der Regierung die Konzeption einer solchen Bank beantragt und das Institut, das den Namen „Aktiebolaget Axa banken“ („Aktiengesellschaft Die neue Bank“) trägt, wird demnächst ins Leben treten. Für die finanzielle und kontextuelle Leitung hat man sich von vornherein entschlossen, tüchtige Fachmänner heranzuziehen, und das sind die beiden Personen, die nicht der Partei angehören. Der Grundfonds der neuen Bank ist auf mindestens 1 000 000 und höchstens 2 000 000 Kronen festgesetzt, die auf Aktien zu 100 Kronen verteilt werden. Es sind Garantien dafür geschaffen, daß der Ruhen des Unternehmens auch wirklich der Arbeiterbewegung zugute kommt und eine Ueberumpelung durch gewinnstüchtige Kapitalisten ausgeschlossen ist, und gleichzeitig hat man sich auch ausländische Verbindungen gesichert, die in derselben Richtung liegen.

Aus der Parteibewegung.

Einen gewaltigen Aufschwung hat in letzter Zeit die Partei wie die Gewerkschaftsorganisation in Plauen i. B. genommen. Innerhalb dreier Jahren ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten von 3500 auf nahezu 15 000 gestiegen, so daß im Vorjahre die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs notwendig wurde. Nicht minder groß ist der Zustrom zur politischen Organisation. Zahlte der sozialdemokratische Verein vor drei Jahren erst 1750 Mitglieder, so am 31. März d. J. bereits 4729 und heute ist die Zahl von 5000 schon überschritten. Weibliche Mitglieder zählt der Verein gegen 600. Da die Parteiarbeiten nicht mehr im Nebenamt ausgeführt werden können, so hat die letzte Mitgliederversammlung beschlossen, einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen. Der Abonnentenstand der Parteipresse ist 4200. Die Zunahme im letzten Jahre beträgt rund 1000. Die Stadt Oels n. B. auch zum 23. sächsischen Wahlkreise gehörend, zeigt fast die gleiche Aufwärtsbewegung.

Ein Erfolg des rumänischen Sozialismus.

Bukarest, 26. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach fünfjährigen Kämpfen seitens des rumänischen Proletariats wurde unser Genosse Rakowski, der seit fünf Jahren aus dem Exil in seine Rechte als rumänischer Bürger wieder eingegliedert.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein seltenes Vorkommnis.

Freisprochen von der Anklage wegen Verleumdung eines Grafen Georg v. Wartenberg aus dem Kreise Oels wurde am Donnerstag von der 1. Preßlauer Strafkammer Genosse Karl

Okonsh in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher der dortigen „Volksmacht“. Vor den Reichstagswahlen gab die „Volksmacht“ einer Zuschrift aus dem Wahlkreise Oels-Wartenberg Raum, in der es als sonderbar hingestellt wurde, daß der Graf von Wartenberg so kurz vor den Reichstagswahlen eine besondere Zuneigung für seine ländlichen Arbeiter auf einmal an den Tag lege. Es hieß in der Zuschrift, daß die Arbeiter zu Weihnachten zum ersten Mal vom „gnädigen Herrn“ ein Geschenk erhalten haben und daß dieser die bis dahin verbotenen Tanzlustbarkeiten jetzt wieder genehmigt. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die „gnädige Frau“ in Kürze für alle Dorfbewohner ein Fest veranstalten würde. Durch diese Zuschrift, die in keiner Weise durchblicken ließ, daß der Graf v. Wartenberg, der auch gleichzeitig Amtsvorsteher ist, sein Amt dazu benützte, um die Wähler für den Kandidaten der konservativen Partei einzufangen, fühlte sich der Herr Graf beleidigt. Insbesondere hat es ihn getränkt, daß er und seine Frau mit „gnädig“ in Gänjesüßchen bezeichnet und daß ihm sein gutes Herz für seine Arbeiter zum Vorwurf gemacht wurde. Der Preßlauer Staatsanwalt tat ihm auch den Gefallen und erhob im öffentlichen Interesse Anklage. Das Gericht konnte in dem Urteil eine Verleumdung nicht erblicken und kam zu einer Freisprechung, weil einmal der Angeklagte nicht die Absicht der Verleumdung gehabt hat und weil der Vorwurf der Mißbilligung nicht beleidigend ist. Auch in der mit Gänjesüßchen bezeichneten Anrede „gnädiger Herr“ und „gnädige Frau“ konnte das Gericht eine Verleumdung nicht erblicken.

Der Antrag des Staatsanwalts, der seinen Schilling, einen hochfeudalen Junker, nicht fallen lassen wollte, lautete auf 100 M. Geldstrafe und Publikation in einem Knappen halben Duzend Zeitungen. Das ist seit mehreren Jahren die erste Freisprechung in Preßprozessen gegen die „Preßlauer Volksmacht“.

Herzvorzuheben ist, daß der freikonservative Reichstagsabgeordnete, Rechtsanwalt Martin Oels, der im Wahlkampf selber seine politischen Gegner gerade nicht mit Glacehandschuhen ansah, dem Grafen Georg v. Wartenberg zur Stellung des Straftrages gegen die „Volksmacht“ riet.

Aus Industrie und Handel.

Schnapswucher.

Vor einer Woche hat die Spirituszentrale den Preis für Primasprit wieder erhöht. Sie gab damit den besten Beweis dafür, daß sie immer die Macht in der Hand hat, Fiskalgülte in die Taschen der Alkoholverbraucher zu tun, so lange sie eben vom Durchschmittsbrand und vom Vergällungszwang geschützt wird. Und diese beiden Mittel des Schnapswuchers will ja das eigenartige Deckungsgefeß, wie es durch die Regierung vorgelegt worden ist, gerade peinlichst genau erhalten.

In welchem Maßstab eine Erhöhung des Preises für Primasprit sich am Alkoholkonsum widerspiegelt, ist dabei oft genug gar nicht bekannt. Nehmen wir einmal als Preiswirkungsmaßstab der Spirituszentrale den Verbrauchsumfang von Trinkbranntwein an. Im Produktionsjahre 1910/11 wurden rund 1 940 000 Hektoliter Trinkbranntwein dem Verkehr übergeben. Er ging im großen und ganzen durch die Spirituszentrale. Diese Brantweinnengen der Berechnung zugrunde gelegt, ergibt sich durch die Preissteigerungen der Jahre 1911 und 1912 bis jetzt! — folgender Verdiensts zuwachs:

Table with 3 columns: Preis (14. August 1911, 15. August 1911, 18. Januar 1912, 19. März 1912, 20. April 1912), Hektoliter (52,90 M., 58,50, 61,50, 69,50, 75,50), Wert der Jahresproduktion (103,1 Mill. M., 116,6, 119,9, 135,5, 147,2)

In noch nicht dreiviertel Jahr hat die Spirituszentrale die Spirituspreise um rund 45 Proz. in die Höhe getrieben! Das heißt, in Markt und Pfennig umgesetzt, und auf ein Jahr verrechnet, soweit es sich überhaupt erkennen läßt, die Spirituszentrale hat dem Gesamtverdienst um über 40 Millionen Mark wachsen gemacht!

Dazu kommt nun noch der Ertragzins aus dem erhöhten Brennspirituspreis, der um 3 M. pro Hektoliter in die Höhe gesetzt wurde — das sind auf ein Jahr umgerechnet über 4 Millionen Mark Mehrerinnahme! Zu diesen Preisen kommt noch die Steuer, 105 resp. 125 M. pro Hektoliter! Der Schnaps ist für Brenner und Staat immer noch ein gutes Geschäft.

Elektrifizierung in Preußen und Sachsen.

Sicher ist Graf Bismarck von Ostfeld in Schlage nichts anderes als ein preußischer Falldwiz und Bettmann Hollweg, trotzdem muß jetzt Sachsen wegen seiner planmäßigen Arbeit — die allerdings immer noch besser sein könnte — in der Elektrifizierungsfrage beachtet werden. Neuerdings wird bekannt, daß das Königreich Sachsen für 57 Millionen Mark Braunkohlenfelder erwerben will. In erster Linie, um auf die Preisbildung der Braunkohle, die für die Erzeugung der elektrischen Kraft unentbehrlich ist, einen gewissen Einfluß zu gewinnen. Im Nachtragsetat verlangt die sächsische Regierung jetzt schon 27 Millionen zu diesem Zweck.

Preußen beschäftigt sich ebenfalls eifrig mit der Frage der Elektrifizierung seiner Eisenbahnen. Der preussische Fiskus verläuft vor wenigen Wochen riesige Braunkohlenfelder im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in der glänzligen Lage, an der schon elektrifizierte Vitterfelder Staatsbahnstrecke gelegen, an private Interessenten! Er machte somit so gut wie unmöglich eine staatliche Verfolgung mit Braunkohle für alle dort in Frage kommenden Elektrifizierungswerke! Danach hat ja Preußen auch öffentlich mitgeteilt, daß es nicht einmal daran denke, für seine Elektrizitätsbedürfnisse eigene Kraftzentralen zu bauen!!

Warum soll sich nicht auch Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Siemens u. Halske-Schuckert auf große Geschäfte einrichten dürfen, die ja doch aus dem allgemeinen Staatsfiskus geahndet werden müssen? Wenn nicht anders, dann durch eine Erhöhung der Jahrestarntpreise? . . .

Gerichts-Zeitung.

Verleumdung durch eine Festschmiedung.

Im Betriebe der Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg pflegen die Arbeiter alljährlich eine Festschmiedung, der „Elektrische Funke“ herauszugeben. In dieser Zeitung werden Vorwissenisse im Betrieb, sowie Mißstände in satirischer Weise glossiert. In der Nummer vom Februar 1911 befand sich unter anderem ein Gedicht, in dem angedeutet war, daß eine Arbeiterin entlassen wurde, weil sie zwei Herzen, die dem gelben Werkverein angehören, nicht zu Willen war. Der eine dieser Herzen war als „Jinko“ bezeichnet. Im Betriebe ist nun ein Meister, der Jinko heißt. Dieser fühlte sich durch das Gedicht getroffen und stellte gegen den Verbandsbeamten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Georg Holzinger, der das Blatt verantwortlich zeichnete, obwohl der Deutsche Metallarbeiterverband mit dem Blatte nichts zu tun hat, Verleumdungsanträge.

Holzinger erklärte vor dem Nürnberger Schöffengericht, daß Herr Jinko gar nicht gemeint war. „Jinko“ sollte einen anderen Gelben, der eine lange Nase hat, bezeichnen. Die Nürnberger nennen einen Menschen mit langer Nase „Jinken“. Der Angeklagte war bereit, eine Erklärung, daß Herr Jinko nicht gemeint war, in einigen Blättern abzugeben. Damit war aber Kläger nicht einverstanden. Das Schöffengericht verurteilte Holzinger zu der hohen Strafe von drei Wochen Gefängnis.

Soziales.

Wenn der Arbeiter alt wird.

Beim Gewerbegericht klagte der Grundbesitzer M. gegen die Geschlechts- und Rahmenfabrik J. Arthan (Inhaber Gustav Löhner) auf Innehaltung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist zum Quartalsende und Korrektur seines Arbeitszeugnisses. Der Kläger war seit Juli 1887 in dem Betrieb des Beklagten tätig; dessen Vorgänger hatte erstere den Posten als Meister übertragen, den dieser auch noch weiter bekleidete, als Herr Löhner das Geschäft übernahm. Eines Tages im Februar kam nun zu dem Kläger, der wohl schon mit Wonne an sein bevorstehendes Jubiläum der 25jährigen Tätigkeit an ein und derselben Arbeitsstätte dachte, ein Lehrling und überbrachte ihm nebst seinen Papieren die Kunde, daß er entlassen sei. Daran hatte der aus allen Rollen gefallene M. aber doch nicht gedacht; es wollte ihm nicht in den Sinn, daß ein Arbeiter nach fast 25jähriger Tätigkeit, und noch dazu ohne vorherige längere Auffündigung, entlassen werden könne. Er berief sich daher noch Heberwindung seines ersten Schrecks auf den § 133a der Gewerbeordnung, wonach für Werkführer, wenn nichts anderes vereinbart, eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Quartalsende anzunehmen ist. Der Beklagte bestritt, daß der Kläger seit den letzten zwei Jahren noch Meister war; er habe ihm diesen Posten damals abgenommen, da er eine andere Person mit der Oberaufsicht über den ganzen Betrieb betraut hatte. Die Aussage wurde von mehreren Zeugen unterstützt, und so blieb der Kammer 4 unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth nur noch übrig einen Vergleich vorzuschlagen. Der Beklagte verpflichtete sich dem auch, dem Kläger noch den Lohn für 14 Tage zu zahlen.

Zusammenhang des Todes mit Betriebsunfall.

Der Bauanschläger E. erlitt am 6. November 1891 durch Absturz von einer unbeluchteten Treppe eines Neubaus einen Bruch der Wirbelsäule und Verletzung des Rückenmarks. Er bezog für die Folgen des Unfalls von der Norddeutschen Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft die Vollrente und vom 11. Oktober 1900 ab, da eine Lähmung beider Beine eingetreten war, E. fremder Pflege und Wartung bedürftig wurde, die Vollrente. Am 12. März 1911 verstarb E. im Krankenhaus Roobit. Die Witwe erhob Anspruch auf Gewährung der Hinterbliebenenrente. Dieser Antrag wurde von der Genossenschaft jedoch abgelehnt, weil nach der vorgenannten Odbuktion E. eine schwere Erkrankung des Rückenmarks, Herzvergrößerung und Verfestigung sowie eine schwere Lebererkrankung aufzuweisen hatte, als unmittelbare Todesursache jedoch Herz- und Lungenlähmung festzustellen sei. Die Lebererkrankung habe zum Tode geführt, diese sei jedoch nicht Unfallfolge gewesen, mithin auch der Tod nicht als Folge des Unfalls anzusehen sei.

Die Witwe legte gegen den abtötenden Bescheid der Genossenschaft Berufung beim Sozialgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin ein. Das Sozialgericht holte noch ein Gutachten von dem Vertrauensarzt Dr. E. ein, der zu dem Schluss kam, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß der Tod des E. mit dem Unfall in einem indirekten ursächlichen Zusammenhang steht. Die Genossenschaft wurde daraufhin zur Zahlung der Hinterbliebenenrente an die Klägerin verurteilt.

Besahls bereite in diesem Falle, der doch ziemlich klar lag — nur der Vertrauensarzt der Genossenschaft verneinte den Zusammenhang — die Genossenschaft der Witwe erst die Schwierigkeiten? Rahm sie etwa an, die Witwe werde sich bei der Ablehnung beruhigen?

Aus der Frauenbewegung.

Japanische Fabrikarbeiterinnen.

Nach einer Korrespondenz der Münchener Zeitschrift „Handel und Industrie“ aus Tokio veröffentlicht die österreichische „Monatsschrift für den Orient“ das Nachfolgende über Fabrikarbeiterinnen in Japan: Unter dem Ministerium Katsura wurde in der letzten Parlamentssession der Versuch gemacht, ein Arbeiterschutzgesetz durchzubringen, das, obgleich es nur die Anfänge eines solchen darstellte und sich in den aller bescheidensten Grenzen hielt, doch von der stärksten Partei der Sozialisten mißgünstig angesehen wurde und daher zurückgezogen werden mußte. Ein Vorkämpfer für ein solches Schutzgesetz ist das Herrenhausmitglied Dr. Kumada, der bereits im Jahre 1910 in Wort und Schrift für eine Besserung der Lage der Arbeiterinnen, besonders der jugendlichen Fabrikarbeiterinnen eintrat. Bei Beginn der jetzigen Parlamentssession veröffentlichte er eine von ihm sorgfältig zusammengestellte Statistik, die erkennen läßt, daß weder Arbeiter und Arbeiterin, noch Kinder des geringsten Schutzes genießen, sondern einem willkürlichen Ausbeutungssystem unterliegen, ja sogar die Regierung setzt sich über ihre eigenen Gesetze hinweg, indem sie, obgleich der Schulzwang gesetzlich bestimmt ist, in den Fabriken des Tabakmonopols Kinder nicht nur unter 14, sondern sogar unter 10 Jahren beschäftigt. Noch kostbarer sieht es bei den Fabrikanten aus. Von etwa einer Million Arbeiter sind 700 000 weiblichen Geschlechts, davon 10 Proz. Kinder unter 14 Jahren. In der Textilindustrie werden nicht weniger als 20 Proz. Mädchen unter 10 Jahren beschäftigt, in den Monopolfabriken des Staates etwa 10 Proz. Mädchen unter 10 Jahren. Zur Erlangung dieser Kinder unterhalten die Unternehmer ein Verzeichnis, das von Dorf zu Dorf zieht und die Eltern zu überreden weiß, ihre Kinder den Fabriken zuzuführen, anstatt sie in die Schule zu schicken. Anstatt daß, wie verprochen, diese Kinder viel Geld verdienen, gehen sie körperlich und moralisch zu Grunde. Solche, die sich aufraffen, lehren nach drei bis vier Jahren auf ihr Dorf zurück, aber anstatt im Alter von 15—17 Jahren in der Höhe ihrer Jugend und Kraft, wohl und reich, sogar vielleicht noch ihren Eltern ein Einkommen mitbringend, Andere, die nicht zurückkehren, gehen in der Stadt zu Grunde und enden verstorben, getorben. Seitens der Fabrikanten werden die Mädchen in gerabezu unmenschlicher Weise gequält und

für ihre Lüste dienlich gemacht. Körperliche Züchtigungen, Peitschenhiebe, Kesseltziehung, Dunkelarbeit usw. sind in den Fabriken an der Tagesordnung. Da die Mädchen meist in den von den Unternehmern eingerichteten Kost- und Logierhäusern wohnen müssen, sind sie jeder Willkür preisgegeben. Ebenso sind Geldstrafen sehr beliebt. Für alle möglichen und angeblichen Vergehen werden Geldstrafen verhängt, so daß manche Arbeiterin noch von Gläubigern kommen, wenn sie am Lohnzahlungstag überhaupt noch einige Sen ausbezahlt erhält. Überstunden werden bis in die späte Nacht hinein gemacht, ohne daß die Mädchen irgend welche Entschädigung dafür erhalten. Nachtarbeiten sind überhaupt in den Spinnereien vielfach eingeführt und da männliche und weibliche Arbeiter bei erbärmlicher Beleuchtung beisammen sitzen, ergibt sich eine arge Demoralisation. Daß von solchen Zuständen nicht mehr in die Öffentlichkeit dringt, liegt im Charakter des Japaners begründet, der kieselnd und immer lächelnd, da sein Wort zu reden wagt, wo er sich nach obenhin etwa unbeliebt machen könnte. Dem Dr. Kumada wissen die Regierung und die Sozialpartei wenig Dank, sondern verdächtigen ihn der sozialistischen Gefinnung und Beschuldigen ihn der Lieberredung.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 28. April, vormittags 1/2 11 Uhr: Fortsetzung der Führung durch das Kunstgewerbemuseum. Treffpunkt im Vorraum des Museums.

Aus aller Welt.

Ein Nachspiel zur Katastrophe der „Titanic“.

London, 25. April. (Fig. Ver.) Der Streik der Besatzung auf dem Schwesterschiff der „Titanic“, der „Olympic“, ist geeignet, die kapitalistischen Geschäftsmethoden hell zu beleuchten. Die Heizer und Matrosen weigerten sich im letzten Augenblick, die Fahrt mitzumachen, weil die an Bord geschafften zusammenklappbaren Rettungsboote fehlerhaft waren. Auf Betreiben der Gewerkschaft der Seeleute und Heizer hatte sich schließlich die Gesellschaft letzten Dienstag dazu verstanden, noch vier Matrosen zur Beaufsichtigung der Rettungsboote anzuwerben. Als aber die Mannschaft am Tage der Abfahrt die Boote besichtigte, fand sie, daß es samt und sonders alte vermoderte Kisten waren. Einer der Heizer kletterte die Kiste durch den Kanalschiff, mit dem diese Boote überzogen sind. Darauf beschloß die Mannschaft, Matrosen und Heizer, nicht mitzufahren. Die Vertreter der Gesellschaft versicherten den Arbeitern zwar, daß die Rettungsboote zuverlässig seien, daß sie von dem Beamten des Handelsministeriums begutachtet worden seien. Die Heizer jedoch, die allein das Schiff verlassen konnten, blieben bei ihrer Weigerung. Die Rettungsboote stammten von Truppen-transportschiffen. Das soll nach einigen Blättern eine Empfehlung sein. Unter den obwaltenden Umständen kann man jedoch wohl das Gegenteil annehmen.

Offenbar handelte es sich bei der Beschaffung von 30 zusammenklappbaren Rettungsbooten nur um ein Beruhigungsmittel. Man ließ sich nicht einmal Zeit, neue, zuverlässige Boote anzuschaffen. Die Profitlust des Internehmentums ersichtete jede Veranlassung um die Sicherheit der Besatzung und der Passagiere. Der Kapitalismus tut, was er bei ähnlichen Gelegenheiten stets tut: er erfindet ein Surrogat — alte, verrotte Kanaboote für ordentliche Rettungsboote.

In dem großen Lobeshymnus auf die Lässigkeit und den Heroismus des britischen Seemanns, mit dem die Kapitalistenpresse die Schuldfrage in der Katastrophe der „Titanic“ verbunkeln möchte, werden die Heizer und Matrosen, die auf den großen Ozeandampfern ein so überaus mäßiges Dasein führen, nicht oder kaum erwähnt. Sie spielen auch in der Diskussion über die Sicherheit an Bord der modernen Dampfer eine äußerst unwichtige Rolle. Man hält es für selbstverständlich, daß diese Arbeiter für 25 oder 30 Schilling die Woche nicht allein ihre Arbeitskraft verlaufen, sondern damit auch ihr Herz zu Markte tragen. Es ist daher leicht verständlich, wenn die Arbeiter jetzt die Sache selbst in die Hand nehmen und gegen die herrschenden Verhältnisse rebellieren.

Portsmouth, 26. April. Als ein Dampfer heute an der „Olympic“ anlegte, sprang eine Anzahl Matrosen der „Olympic“ an Bord des Dampfers und weigerte sich, mit nicht organisierten Besatzungen zusammen zu arbeiten. Die „Olympic“ unterrichtete den Kreuzer „Cochrane“ und legte sich mit der Polizei in Portsmouth in Verbindung. Der Kommandant der „Cochrane“ ging an Bord der „Olympic“ und erinnerte die ausständigen Leute, daß sie verträglich gebunden seien und daß ihr Verhalten daher einer Meuterei gleichkomme. Die Polizei verhaftete fünfzig Mann der Besatzung.

Nach einer weiteren Meldung ist die Ausreise der „Olympic“ aufgegeben worden. Das Schiff kehrt in den Hafen von Southampton zurück.

Daß der Ingrimm der Schiffarbeiter über die verbrecherische Leichtfertigkeit der Schiffahrtsgesellschaften leider nur allzu berechtigt ist, zeigen die Ausführungen, die der englische Minister Buxton im Unterhaus über die Rettungsmittel auf den Ozeandampfern gemacht hat. Der Minister erklärte: Der Passagierdampfer „Queen“, der 1274 Passagiere und 48 Mannschaften aufnehmen kann, besitzt nur Rettungsboote für 275 Personen und Plätze, auf denen sich 30 Passagiere retten können; die „Invicta“, die 1812 Passagiere und 40 Mannschaften aufnehmen kann, hat Rettungsboote für 251 Personen und zerlegbare Plätze für 94 Personen. Die „Empress“ faßt 1208 Personen und 50 Mann Besatzung, sie besitzt aber nur

Rettungsboote für 250 Personen sowie zerlegbare Plätze für 72 Passagiere. Auf der „Victoria“ haben 1208 Passagiere und 50 Mannschaften Raum; es stehen jedoch nur Boote zur Rettung von 257 Personen und Plätze für 72 Leute zur Verfügung. Die „Miviera“ faßt 1318 Passagiere und 56 Mitglieder der Besatzung; auch hier sind nur Rettungsboote für 261 Personen und Plätze für 25 Personen vorhanden. Die französischen Dampfer „Nord“ und „Pas de Calais“ haben 300 Passagiere und 67 Mannschaften an Bord, besitzen aber nur Rettungsboote für 160 Personen.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Wie ein Telegramm aus Madrid berichtet, ist in der Nähe von Jaen a Villagorda ein Expresszug entgleist. Die Maschine und sechs Waggons wurden vollständig zertrümmert. Der Lokomotivführer, der Heizer und der Zugführer sind auf der Stelle getötet worden, während zwölf Reisende schwere Verletzungen davongetragen haben. Ein sofort nach der Unfallstelle entsandter Hilfszug brachte die Toten und Verwundeten nach dem Spital in Jaen. Die Ursache der Katastrophe ist nicht bekannt.

Vergeßliche Jagd.

Durch die andauernde bis jetzt immer noch ergebnislose Verfolgung der Autobanditen sind die Pariser Sicherheitsbehörden und die Polizei ziemlich nervös geworden, sind sie doch in den letzten Tagen den Autobanditen auf den Fersen gewesen, ohne sie ertreiben zu können. Es sind zwar verschiedene Verhaftungen erfolgt, konnten aber nicht aufrechterhalten werden. Andererseits ist die gesamte Umgebung von Paris in weitem Umkreise sowohl von der Lokalpolizei wie von der Pariser Polizei gründlich abgesehen worden. In allen Absteigequartieren wurden Hausdurchsuchungen abgehalten, ohne daß es jedoch gelungen wäre, auch nur die geringste Spur von Bonnot, Garnier oder irgend einem anderen Knapen zu entdecken. Die Briefe, die teils anonym, teils unterzeichnet, bei der Polizei täglich einlaufen und in denen Mitteilungen über den angeblichen Aufenthalt der Banditen gemacht werden, zählen nach Tausenden.

Inzwischen ist die Erregung der Pariser Bevölkerung durch einen neuen biblischen Streich weiter gesteigert worden. Drei unbekannte Männer, die am Donnerstagabend auf dem Place d'Italie in Paris eine Automobildroschke nach Corbeil gemietet hatten, entführten im Walde von Senart der Wagen, nachdem einer von ihnen dem Chauffeur Pfeffer in die Augen geworfen hatte und fuhr nach Paris zurück, wo das Automobil heute früh wiedergefunden wurde. Eine Untersuchung ist eingeleitet, doch glaubt die Polizei nicht, daß dieser Vorgang mit der Bande Bonnots in Beziehung steht.

Kleine Notizen.

Automobilunglück. Im Frankfurter Stadtwalde kam ein Automobil der Opelwerke von der Straße ab und stürzte um. Von den drei Insassen wurde einer getötet und die beiden anderen schwer verletzt.

Bergmannsöld. Auf dem Schachte Austria Nr. 4 bei Teplitz erfolgte ein Erdbesturz, wobei ein Arbeiter getötet, ein anderer schwer verletzt wurde. Die übrigen Arbeiter konnten sich retten.

Roberte Bauten. In der Wajdzewostrasse in Lodz stürzte ein im Bau befindliches fünfstöckiges Haus ein. Ein Arbeiter wurde getötet, vier andere schwer, einer leicht verletzt. Man vermutet, daß noch mehrere Arbeiter unter den Trümmern begraben sind.

Briefkasten der Redaktion.

S. 6. 18. 1. So. 2. und 3. Klein. — C. D. 88. Ohne Kenntnis des Inhalts des Gerichtsbeschlusses läßt sich die Frage nicht beantworten. — R. 2. 52. 1. Drahter. 2. Bis 11 Uhr, falls nicht der Begriff des „ruhenden Farns“ Anwendung findet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. April, vormittags 9 Uhr. Bibel-Lese 15/17 und Psalmen. „Idealpassage“: Freireligiöse Besetzung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. R. Die: „Geistliche religiöse Kräfte.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (eingeschlossene Klasse 29, Hamburg). Illale Baumkultenweg Am Sonnabend, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Köding, Baumkultenstr. 67.

Witterungsüberblick vom 26. April 1912.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C
Stonimbe	763.95	2	W	10	Saparanda	764.8	6	SW	13
Hamburg	765.55	2	W	10	Petersburg	760.55	2	bedekt	-1
Berlin	764.80	1	W	7	Scilly	762.0	3	W	10
Frankfurt	763.50	1	W	11	Aberdeen	766.85	2	bedekt	7
München	763.25	1	W	8	Paris	761.80	1	W	10
Wien	761.85	1	bedekt	10					

Wetterprognose für Sonnabend, den 27. April 1912.

Ein wenig kühler, stellenweise bei klarem Himmel nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Dr. Liner Wetterbureau.

Sonntag nur geöffnet von 12—2 Uhr.

Central-Leihhaus nur allein Jägerstr. 71

Ecke Kanonierstraße

Abt. I: Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.

Elegante Monatsgarderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Maß hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Maßgarderoben jetzt eine sehr große, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden.

Frühjahrs-Paletots und Ulster teils in wenig gebrauchte Monatspaletots für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25. guter Seide Maßgarderoben:

Eleg. Herren-Jackett- und Rock-Anzüge gebrauchte Monatsanzüge für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25. Maß-Anzüge:

Abt. II: Täglicher Verkauf von neuen eleganten, modernen Anzügen u. Paletots in engl. Mustern u. Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Tausende eleganter Herrngarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpuentesten Herren passend, alles äußerst preiswert.

Knabenanzüge und Paletots von 4 M. an. Jünglingsanzüge und Paletots. Schuhwaren und Teppiche sehr billig.

Sport- und Gummimäntel sehr billig. Sport- und Gummimäntel sehr billig.

Sonntag nur geöffnet von 12—2 Uhr.

Inserum Genossen 13638
Georg Lenz nebst Braut
 die besten Glückwünsche zur
 Vermählung.
 Genossinnen und Genossen
 des 132. Bezirks, 2. Kreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am Montag, den 20. d. M., verstarb
 unter Genosse, der Metallarbeiter

Hermann Gebert
 Demminer Str. 25.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, den 27. April, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Halle des
 Friedens-Kirchhofes in Nordend,
 Niederschönhausen, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 23. v. Mts. verstarb unser
 Genosse, der Händler

August Fritsche
 Wollstr. 169.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, nachmittags 4 Uhr,
 von der Halle der Igl. Kirche
 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof
 in der Prenzlauer Heide.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 das unser Kollege, der Haus-
 bauer

Bernhard Heinze
 am 23. April im Alter von 60 Jahren
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 28. April, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des alten Michael-Kirch-
 hofes, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, das unser Kollege, der
 Lagerarbeiter der A. G. O.
Eduard Schubert
 am 23. April im Alter von 51 Jahren
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, den 27. April, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Städtischen Friedhofes,
 Mühlentstraße, aus statt.
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 das unser Mitglied, der Helfer

Johann Olgräu
 am 24. April an Herzleiden ge-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 27. April, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
 des Plus-Kirchhofes in Noden-
 Schönhausen (Nordend) aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 das unser Mitglied, der Schlosser

Alfred Liebusch
 am 19. April an den Folgen einer
 Schenkwunde gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und
Portefeuller, Ortsverwaltung
 Berlin.
 Den Kollegen hiermit zur Nach-
 richt, das unser Mitglied, der
 Bildhauer

Rudolf Lange
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 27. April, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des
 Segens-Kirchhofes in Weigensee,
 Ostlav Adolfsstr. 67, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 157/3 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschl.
 Filiale Groß-Berlin.
 Den Kollegen zur Kenntnis,
 das am 24. April unser Mitglied,
 der Kollege

Paul Thiele
 (Bezirk Moabit)
 im Alter von 47 Jahren an der
 Lungenschwindsucht verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 28. April, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des
 Krankenhauses Moabit, Birken-
 straße, aus statt.
 192/11 Der Vorstand.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband.
 Am 25. April verstarb im Alter
 von 49 Jahren unser Mitglied, der
 Stufarbeiter

Joseph Nagel.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 27. April, vor-
 mittags 9^{1/2} Uhr, von der Halle
 des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 189/3 Der Vorstand.

Zentral-Franken- und
Sterbehilfe der Zimmerer.
 (G. H. Nr. 2 Hamburg.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 das unser Mitglied, der Zimmerer

WESTMANN
 Mohrenstr. 37 a.
 Gr. Frankfurterstr. 115.



Vormittags
 erhalte ich Besichtigung meiner
 überaus reichhaltigen Läger
ohne jede Verbindlichkeit!
 Kein Dotendfabrikat!
 Keine Reklameware! — Keine Massengüter!

Nachmittags von 1 Uhr ab:
Verkauf zu den bekannt niedrigen Preisen
 Einsteckende Kostüme zu 15, 18, 24, 30, 35 bis 150 M.
 Feine Seid.-u. Vollemäntel zu 18, 24, 30, 36, 45 bis 180 M.
 Eleg. imprügn. Staubmäntel zu 15, 18, 24, 30, 36 bis 65 M.
 Aparte Röcke und Blusen von 4 M. an bis 50 M.

Preise für Reklamepièces nenne ich nicht!
 Meine Fabrikate sind als solide und gute bekannt!

Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

Die dunkelste
Ecke
 wird taghell,
 wenn Sie auf Ihrer Lampe
Urania-Salonoel
 brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel
 (der Name ist gesetzlich geschützt)
 zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter
 dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name
Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte
 amerikanische
Sicherheits-Petroleum
 zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel
 bietet größtmögliche Sicherheit gegen Ex-
 plosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.
 Keine Verwechslung mit österreichischem
 (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Ver-
 kaufsstellen.

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

FALSCHES GELD



ausgeben bedeutet es unbedingt, wenn Sie für Ihre Kleidung zu hohe Preise bezahlen. Es ist Ihnen
 bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft Gelegenheit geboten, sich mit hochleganterer Mass-
 Garderobe, die von feinsten Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur ganz kurze Zeit getragen
 wurde, zu versehen. Dass solche Garderoben im Sitz weit besser und im Tragen viel vorteilhafter
 wie billige Konfektionen sind, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Ein Versuch wird
 zu dauernder Kundenschaft führen.

Anzüge und Paletots 8⁵⁰ 12⁵⁰ 18⁰⁰ Mark
Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft
 BERLIN SO, Dresdener Straße 11, am Kottbuser Tor.

Gemeinsame
Orts-Krankenkasse
 für
Agg.-Butterhausen
 und Umgegend.
 Zur Wahl von Vertretern der
General-Versammlung
 werden sämtliche Mitglieder und
 Arbeitgeber erucht, am Sonntag,
 den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr,
 im hiesigen Alten Schützenhause
 (Wedhorn) zu erscheinen. Zu
 wählen sind:
 12 Vertreter der Arbeitgeber und
 25 Vertreter der Arbeitnehmer.
 Die Legitimation ist von den Arbeit-
 nehmern das Cuttingsbüch der Kasse
 mitzubringen. 275/2
 Königs-Butterhausen, 26. April 1912.
Der Vorstand.
 H. Griessing, Vorsitzender.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Auch Teilzahlung!
 Nur **Möbel-Misch**
 Gr. Frankfurter Str. 45/46

Anhängelisch
 für Balkons als Pult etc.
 Neu!
 von
 8.10 M.
 an.

Klappstühle
 Gartenmöbel
 Blasberg, Markgrafen-
 straße 94.

Gardinenhaus
Bernhard Schwartz
 Erstklassige Bezugsgüter für
Gardinen u. Teppiche
 Wallstr. 13 (dreizehn)

Zum 1. Mal!
Rote Nelken 100 Stück
 50 u. 90 Pf.
 Muster zu Diensten. 3000 garant.
 echte Straußfedern, 10-15 cm breit,
 40 cm lg. 1., 42 cm lg. 2.,
 45 cm lg. 3., 50 cm lg. 4.,
 18 cm br. 5., 20 cm br. 10.,
 Illustr. Preisliste. Hermann
 Henke, Dresden, Schöffelstr. 10/12.

Wer-Stoff-hat!
 Fertige Anzüge oder Paletots nach Maß,
 von 20 M. an, gute Qualitäten, auf
 Maßhaar, 2 Anz. Garantiert
 tabellarischer Stk. 71/17

!! Von meinem Stoff!!
 King. ob. Paletot, neueste gute Stoffe
 von 40 M. an.
 Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II.
 (Alexanderspl.)
 Begründet 1892.

Monats-Garderobe
 Spezialhaus für wenig getra-
 gene, fast neue Jackett-Anzüge,
 Rock-Anzüge, Gehrock-An-
 züge, Smoking-Anzüge, Frack-
 Anzüge, Sommer-Paletots,
 Beinkleider (auch f. corpulente
 Herren), sowie Kellner-Jackets,
 Fracks, schwarze Tuchhosen.
 Dieselben sind teils auf Seide
 gearbeitet und nur kurze Zeit
 getragen, läuft man spottbillig bei
 Weingarten, I. Flage,
 Schaus Ritterstr. (früher 20 Jahre
 Göttinger Str.). Bitte auf Straße
 und Hausnummer zu achten.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
 Postpräsidium. — Vmt Kat. 3299.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Preisanzahl für alle Krankentafeln.
 25% Abonnenten erhält. 10% Rabatt.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Extra-Angebot „Vorwärts“-Leser 10% Rabatt.
 Ca. 800 Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Paletots, größtenteils von
 Kavaliere wenig getragen, auf Seide
Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Seidenmäntel, früher
 Herstellungspreis bis 100 M.
 Ferner vom Versatz zurückgekauften **Betten, Uhren, Koffen, Ringe, Wäsche, Teppiche usw.** werden zu jedem annehm-
 baren Preise verkauft. 1:

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Hauptbureau: Hof III.
 Verwaltungsstelle Berlin, Charitéstraße 3. Amt Nordten, Nr. 1239. Amt Nordten, Nr. 1987.

Achtung, Vertrauensleute!

Wegen der Maifeier finden die **Bezirksvertrauensmänner-Konferenzen** am **Donnerstag, den 2. Mai**, statt.

Sonntag, den 28. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23:

Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktions-Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:
 1. Welche Stellung nehmen die Kollegen zu den Vorschlägen der Kommission ein? 2. Bauanträge und Beschäftigung.
 Es ist unbedingt notwendig, daß jeder in diesen Betrieben beschäftigte Arbeiter in dieser Versammlung erscheint.

Montag, den 29. April:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusssäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Franks Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Patzenhofer-Brauerei, Turmstraße abends 8 Uhr.
- Tegel: Trapps Festsäle, Bahnhofsstr. 1, abends 8 Uhr.
- Osten: Comeniusssäle, Remeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 5, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
- Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Kottbuser Damm 76, abends 8 1/2 Uhr. Südost, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Warendorfs Festsäle, Richterfelde, Bäckerstr. 7, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Papenfoths Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneeweide: Wilhelmshof, Wilhelmshofstraße 82, abends 8 Uhr.
- Spandau: Pezells Restaurant, Pichelsdorferstr. 5, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
 Bericht von der ordentlichen Generalversammlung und Stellungnahme zur außerordentlichen Generalversammlung.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 116/5
 Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

- finden statt:
- Bezirk A am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.
 - B am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr bei Ehlert, Kottbuser Straße 19.
 - C am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Bartsch, Alte Jakobstr. 18/19.
 - D am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Hummel, Cöpenstr. 5.
- Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal 1912. 3. Beschäftigung.
 Die Ortsverwaltungen.

Ohne Anzahlung

liefern an jedermann
Möbel auf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen
 sowie einzelne
 Möbelsätze, Polsterwaren, farbige Küchen
 Portieren, Gardinen, Laib u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
 in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
 Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Straße

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin, C. 54: Mühlstr. 10, I. Fernsprecher: Amt Nordten, Nr. 4518.

Sonntag, den 28. April 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ungelauer 15, großer Saal:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1912. 2. Reiseleiter. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Da über ganz wichtige Verbandsangelegenheiten Beschluß gefaßt werden muß, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
 Buch oder Karte legitimiert! Ohne diese kein Zutritt!
 42/19 Die Ortsverwaltung.

Unterstützungs-Vereinigung

der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten
 Bei der am 22. d. M. vorgenommenen Stichwahl zur Hauptversammlung erhielten Stimmen:
 Lehmann 57, Bruns 38, Krähig 28, Müller 17.
 Gewählt ist Lehmann. Da bei 85 gültigen Stimmen die absolute Majorität 43 beträgt, so muß zwischen den Mitgliedern Bruns und Krähig nochmals Stichwahl stattfinden, die hiermit am Montag, den 29. April, abends von 8-10 Uhr, im Bureau der Gewerkschaftskommission, Ungelauer 15, anberaumt wird.
 290/10

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren
Rosenthaler Str. 40-41
 Hackescher Markt — Stadtbahnhof Börse.



Damen-Stiefel Herren-Stiefel

- | | |
|--|---|
| schwarz im Chevreaux mit Lackkappe moderne Fassons jetzt nur 4.75 | schwarz Rindbox-Schnürstief., breite Fassons, kräftig, Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle. jetzt nur 5.95 |
| schwarz Chevreaux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons jetzt nur 5.95 | schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur 6.95 |
| schwarz prima Chevreaux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Goodyear-Welt jetzt nur 7.95 | schwarz Chevreaux-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt jetzt nur 8.95 |
| braun Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fasson jetzt nur 4.95 | braun Chevreaux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur 6.95 |
| braun la Chevreaux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons jetzt nur 6.75 | braun la Chevreaux-Herrenstiefel, neueste Formen jetzt nur 8.25 |
| braun la Chevreaux, erstklassige Ausführung und Po men Goodyear-W., jetzt nur 8.95 | braun la Chevreaux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schickste Formen, jetzt nur 9.75 |

Kinder-Stiefel Halbschuhe

- | | |
|---|--|
| schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35 1.55 2.95 3.25 3.75 | Damen, im Chev. mit Lackk., jetzt nur 3.95 |
| braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35 2.95 3.45 3.75 4.25 | braun Chevreaux, m. Lackkappe, jetzt nur 4.25 |
| Herren-Halbschuhe 5.95 amerik. Fassons, schwarz, jetzt nur | ditto Derby, gr. Oesen, Lackkappe, jetzt nur 4.95 |
| | braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur 5.75 |
| | Samt-Halbschuhe 3.95 schwarz u. grau jetzt nur |
| | Lack mit Wildleder od. Chev. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur 5.95 |

Dr. Cook

der vielumstrittene Nordpolfahrer, wird am Dienstag, den 30. April, in der Brauerei Friedrichshain (am Königstor) einen Lichtbilder-Vortrag in deutscher Sprache halten.
Dr. Cook
 bringt positive Beweise für seine Entdeckung des Nordpols. Höret seine Verteidigung gegen Pearys Angriffe und dann urteilt selbst!
 Eintrittspreise: 1 M., reserv. Platz 2 M. — Anfang 8 Uhr.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

E. H. 8 in Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen

- der örtlichen Verwaltungsstellen:
- Berlin A: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Böhlich, Stallter Str. 22.
 - Berlin B: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ungelauer 15, Saal 3.
 - Berlin C: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Fabel, Bergmannstr. 5-7.
 - Berlin D: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, in der Wadenhofer-Brauerei, Turmstr. 25-26.
 - Berlin E: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Gwald, Schulstr. 29.
 - Berlin F: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Obiglio, Schwedter Str. 24.
 - Berlin G: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, in Manns „Fortunassalen“, Stralauer Str. 24.
 - Berlin H: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Reibhardt (über Kottbus), Görlitzer Str. 58.
 - Berlin I: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Herrn G. Grebe, Raminier Str. 2.
- Baumschulenweg: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Erbe, Baumschulenstr. 14.
 Charlottenburg: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, vorn II. Zimm. (Belt.)
 Lichtenberg: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 9 1/2 Uhr, im Lokal von Vandenbagen, Scharnweberstr. 60.
 Neukölln: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Albert Schmidt, Reuterstr. 23.
 Schöneberg: Am Sonntag, den 28. April, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Grotzer, Weininger Str. 8.

Tagesordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1911.
 2. Kassenbericht vom 1. Quartal 1912.
 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Beitragskammer.
 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Außerdem in Berlin A: Besprechung zur Errichtung der Rothensalze; in Lichtenberg: Die Generalversammlung ev. Anträge zu derselben; in Berlin C, H und Charlottenburg: Ausstellung von Kandidaten zur Generalversammlung in Charlottenburg.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersuchen Die Ortsverwaltungen.

Am 1. Mai

bleibt mein Geschäft auch in diesem Jahr geschlossen.
Arbeitsanzüge.
 Wülh. Fahr, Brunnenstr. 116.

Vornehme Herren-



Bekleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderel**

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 40 Hackescher Markt.
 Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße.
 Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 I: Neue Friedrichstr. 35 neben Zentral-Markthalle
 II: Turmstr. 67
 liefert an jedermann elegante **Herren-Garderoben**
 nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von **1 Mark** an.
 Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für fertige Garderobe
 67, Turmstraße 67.
 Sonntag geöffnet.

Buchhandlung Vorwärts

SW 68, Lindenstr. 89 (Laden).
 Für Ausflüge und Reisen
 reichhaltiges Lager in **Wander-Karten und Blücher**
 Klessing — Straube
 Silva — Via u. a.
Reiseführer: Grieben.
 Kursblücher: Klessing, Köhlig, ::: Storm :::
 Reise-Lektüre.

Reste Konfektion

- | | |
|--|--|
| Damentuche schw. u. fig. per Meter von 3 M. | Paletots l. d. neuest. Fassons, in engl. Stoffen etc. von 14 M. |
| Kostümstoffe neueste engl. Muster . . . per Meter von 2 M. | Kostüm in reichster Auswahl in engl. Stoffen u. Kammg. v. 25 M. |
| Seidenflüsch Velours Nord, 80 cm breit, per Mtr. 4 M. | Kostüm - Röcke in grosser Auswahl von 4.50 M. |
| Voile zu Kleidern 100 cm breit per Meter von 2 M. | Staubmäntel zu sehr billigen Preisen! |
| Samt und Seide usw. zu sehr billigen Preisen! | |

C. PELZ Kottbuser Strasse 5.

Die Branntweinsteuer hat dem Klassenstaat im Jahre 1911 nicht weniger als 195,2 Millionen Mark gebracht. Dazu kommen noch die 115 Millionen Liebesgabe für die Junker. Arbeiter, verweigert diese indirekte Steuer! Verweigert die Liebesgabe!

Berschärft den Branntweinboykott!

Partei-Angelegenheiten.

5. Kreis. I. und II. Abteilung. Sonntag, den 28. April: Besichtigung der Löwen-Brauerei Hohenschönhausen. Treffpunkt: Bahnhof Weihensee und Haltestelle der Straßenbahn Kurze Straße. Die Abteilungsführer.

Zehlendorf (S-Bahn). Morgen Sonntag, den 28. April, findet von allen Bezirken früh 8 Uhr eine sehr wichtige Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Mahldorf (S-Bahn). Am Sonntag, den 28. April, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Pankow. Am Sonntag, den 28. April, findet im 1. Wahlbezirk eine Flugblattverbreitung von den Jahlabendlokalen aus statt. Wir ersuchen die Genossen der Gruppen, welche nicht an der Wahl beteiligt sind, sich bei der Verbreitung zahlreich zu beteiligen. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Am Sonntag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel auf dem Versammlungsgrundstück Behlerstr. 16 statt. Tagesordnung: „Wer zahlt die Kosten der neuen Wehrvorlage?“ Referent: Reichstagsabgeordneter Peus. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Vom Berliner Fürsorgewesen.

Die Ausführung des Fürsorgewesens ist den einzelnen Kommunalverbänden überlassen; die Stadt Berlin bildet einen eigenen Kommunalverband und die Berliner Waisen- deputation ist das Organ, dem die Fürsorgeangelegenheiten überwiesen sind. Welcher Geist in der Berliner Waisenver- waltung herrscht, haben die Vorgänge in Nielschän zur Ge- nüge gezeigt. Unschuldig war damals auch die Berliner Waisenverwaltung nicht, wenn auch nicht in ihrer Gesamtheit, so doch durch die einzelnen Organe, in deren Händen die Fürsorge lagen. Diese Erkenntnis hatte sich auch weite- re Kreise bemächtigt und sie kam wiederholt in den De- batten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über die Nielschäner Vorgänge zum Ausdruck. Es wurden von allen Seiten Reformen verlangt und die Waisendeputation bewilligte, eine Kommission einzusetzen, die diese Materie zu behandeln hatte. Eine erste Frucht dieser Beratungen war die Anstellung eines besonderen Direktors für das Fürsorgewesen. Als solcher wurde der Pastor Dr. Knaut gewählt, der früher bereits einer Fürsorgeanstalt in Hardinghausen vorgestanden hatte. Im Amte ist der neue Herr seit Jahresfrist. Bei der Schwierigkeit der Materie und bei der Rückständigkeit des Fürsorgewesens überhaupt wäre es verfehlt, heute schon zu einem endgültigen Urteil über die Tätigkeit des neuen Direktors zu kommen.

Die Erledigung der Fürsorgeangelegenheiten erfolgt in der Hauptsache im Dezernatswege, wobei die juristischen De- zernenten in erster Linie in Frage kommen und nur wenn sich juristische Dezernenten mit den die Verfügungen mit- zeichnenden Kodizernenten, als welche in der Hauptsache Mitglieder der Waisenverwaltung in Frage kommen, nicht einigen können, entscheidet das Plenum der Waisendeputation über die strittigen Fragen, die oft Entscheidungen über Menschenfatale sind. Solche Meinungsdivergenzen über Fürsorgefragen sind in den letzten Sitzungen der Waisendeputation öfter zum Ausdruck ge- bracht worden. Die juristischen Herren der Waisenverwaltung sind zu sehr Altkennern; für sie gilt nur, was in den Akten steht. Und nun muß man wissen, wie die Akten speziell in Fürsorgeangelegenheiten zustande kommen. Vielfach sind es Mitteilungen der Polizei, die zu Anträgen auf Einleitung der Fürsorgeerziehung sich verhalten und die dann ohne jede Nachprüfung und ohne jede Beweisaufnahme in den Ueber- weisungsbeschlüssen aufgenommen werden. Mit einer Ge- schwindigkeit sondergleichen wird von gewissen Amtsrück- sichtern der Begriff der Verwahrlosung festgestellt und der Delinquent der Fürsorgeerziehung überwiesen. Dann gibt es aber sobald kein Entkommen mehr.

In den letzten Sitzungen der Waisendeputation standen Anträge zur Verhandlung, nach denen junge Leute, die kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahres standen, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden sollten. Die Gemeinde hat sich in einem solchen Falle nach dem Gesetz zu äußern, wenn sie nicht selber Antragstellerin ist und sich dann schon geäußert hat. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Meinung vertreten, daß die Gemeinde sich ablehnend verhalten sollte. Es sei geradezu eine Brutalität, junge Leute, die vor dem 18. Lebensjahre ständen, noch der Fürsorgeerziehung zu überweisen, zum andern sehe das sächsische Gesetz nur die Grenze auf 16 Jahre fest. Dazu komme, daß die Per- sonen in diesem Alter auch strafrechtlich für ihre Handlungen verantwortlich sind. Handele es sich aber um Personen, die Straftaten erheblicher Natur begangen hätten, so gehörten solche antisozialen Elemente erst recht nicht in die Fürsorge- anstalten, wo sie nur die übrigen Zöglinge verderben könnten. Die juristischen Dezernenten vertraten ganz offen den Stand- punkt, daß die Gemeinde den Anträgen zustimmen müsse, sie könne ja gar nicht anders handeln. Das ist eine voll- kommen irrtümliche Ansicht. Die Gemeinde ist vollkommen frei in ihrer Gutachterfähigkeit. Auf eine Äußerung unseres Ge- nossen, daß man die Auffassung bekommen möchte, die zuständigen Dezernenten ließen sich von dem Gesichtspunkt leiten, „was da freucht und stucht“ müsse in die Fürsorge- erziehung“, wurde von einer Seite recht erregt widersprochen und unsern Genossen jede Sachkenntnis abgesprochen. Es wurde sogar betont, daß von amtlicher Seite sogar das Befremden darüber ausgesprochen worden sei, daß so wenig Anträge auf Einleitung der Fürsorgeerziehung gestellt würden. Es wurde erwidert, daß die Tatsachen das Gegen- teil beweisen; es seien im Geschäftsjahre 1910 erheblich mehr Kinder der Fürsorgeerziehung über- wiesen worden, als die Jahre vorher.

In der Abstimmung wurde der Einleitung der Fürsorge- erziehung zugestimmt.

Debatten ähnlicher Art entstanden bei Anträgen auf Ent- lassung von Fürsorgezöglingen zu den Eltern. Mit welcher Härte auch hier verfahren wird, dafür ein Beispiel aus der letzten Sitzung. Die Eltern eines Fürsorgezöglings be- antragten Entlassung ihrer 18jährigen Tochter. Diese ist seit drei Jahren in Fürsorgeerziehung. Die Mutter ist kränzlich, hat noch vier Kinder und bestreitet eine Portierstelle. Die Tochter könnte der kranken Mutter Hilfe leisten. Polizei und Waisenrat begutachten, daß die Eltern ehrenwerte Leute sind, denen nichts nachgesagt werden könnte. Das Mädchen könnte ungefährdet zu den Eltern zurückkehren, es sei gut aufgehoben. Nun kommt das Gutachten der Anstalt in Plöthensee „Schar“, in dem das Mädchen untergebracht ist. Vor mehr als sechs Monaten erklärte diese Anstalt, das Mädchen könne den Eltern unbedenklich zurückgegeben werden; jetzt erklärt die Leiterin, das Mädchen befände sich in Dienst, hätte aber in der vorletzten Stelle sich abends „herumgetrieben“ und könne nicht zur Entlassung empfohlen werden. Bei der Ab- stimmung stimmt die Mehrheit gegen die Entlassung. Es muß be- merkt werden, daß Anträge auf Entlassung erst nach 6 Monaten wiederholt werden können. Bei der Gelegenheit wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß bei diesen Ablehnungen von Entlassungsanträgen mit großer Willkür verfahren werde. So sei lediglich die Entlassung eines Mädchens D. abgelehnt worden mit der Begründung, daß das Mädchen noch straffer Zucht bedürfe. Dabei sei das Mädchen in ein Hotel in Reckenburg in Dienst gegeben worden. Kaum irgendwo anders sei ein Mädchen so großen sittlichen Gefahren ausgesetzt, wie in einem Hotel. Für sachgemäße Erziehungsgrundsätze spreche diese Tatsache nicht.

Die oben geschilderten Verhandlungen in der Waisen- deputation zeigen, daß auf dem Gebiete des Fürsorgewesens noch recht rüchständige, wenig von Humanität zeugende An- schauungen herrschen.

Aus dem Bericht des Magistrats an den Minister für das Geschäftsjahr 1910 sind in dem Berichtsjahre 675 Minderjährige zur Fürsorgeerziehung überwiesen worden, gegen die beiden Vorjahre, die mit 583 und 584 Ueberweisungen abschlossen.

Ein Ortsstatut für die Anstellung von Direktoren für städtische Verwaltungszweige legt der Magistrat der Stadt- verordnetenversammlung zur Beschlußfassung vor. Dieses Ortsstatut resultiert aus dem Widerstand des Magistrats, die Zahl der Magistratsmitglieder zu vermindern. Der Magistrat besteht seit mehr als 50 Jahren aus 34 Mitgliedern, 17 be- soldeten und 17 unbesoldeten. Einer Vermehrung dieser Zahl widersetzt sich der Magistrat, weil schon jetzt diese Zahl groß genug sei. Darin sind auch die Differenzen zu suchen, die wegen Anstellung eines Stadtmedizinalrates zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat bestehen. Der Magistrat glaubt nun diese Differenzen zu be- seitigen durch die Einbringung eines Ortsstatuts, das die Wahl und die Anstellung von Direktoren für bestimmte Verwaltungszweige vorsieht. Heute liegen die Dinge so, daß bei der Wahl eines Magistratsmitgliedes die Stadtverordnetenversammlung das Bestimmungsrecht besitzt, während bei der Anstellung eines Direktors lediglich der Magistrat das Recht der Anstellung besitzt und die Stadtverord- netenversammlung nur zu hören ist. Der Magistrat will nun durch das Ortsstatut festlegen lassen, daß bei Anstellung eines Direktors die Stadtverordneten ein Vorschlagsrecht ausüben sollen und der Magistrat aus der Reihe der vorgeschlagenen Bewerber die Wahl vornimmt. Dann sollen die Direktoren bestimmte selbständige Funktionen im Magistrat erhalten, in- dem sie aus ihrer Verwaltung Anträge im Magistrat stellen und den Magistrat in ihren Ressorts in Ausschüssen vertreten können.

Ob die Stadtverordnetenversammlung sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt, ist sehr fraglich.

Das Polizeibezirksamt.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die örtliche Zuständig- keit des Polizeibezirksamtes Berlin-Mitte, welches seine Tätigkeit im Dienstgebäude am Molkenmarkt Nr. 1 am 1. Mai d. J. aufnimmt, umfaßt die Polizeireviere 1, 2, 13, 14, 15, 16, 19, 20, 21, 22, 26, 27, 29, 38, 40, 55 und 68. Die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Reviere bleibt im allgemeinen unverändert, nur werden die Reviere 26, 29, 55 und die Reviere 13, 14, 15 zu je einem Großrevier vereinigt; das erste mit dem Sitz der Verwaltung in Revier 26, das zweite in Revier 13. Das Publikum wird gebeten, sich in allen Angelegenheiten, die diese Reviere betreffen, nur an die Großreviere, und zwar an das Großrevier 26 für die Reviere 26, 29, 55 und an das Großrevier 13 für die Reviere 13, 14, 15 zu wenden. Die Reviere 29, 55, 14 und 15 stellen ihre Tätig- keit für das Publikum ein, abgesehen von den Fällen, in denen die Hilfe der Wache zur Gewährleistung persönlicher Sicherheit in An- spruch genommen wird.

Die Einwohner des örtlichen Zuständigkeitsgebietes des Polizei- bezirksamtes werden gebeten, sich unmittelbar an das Polizeibezirksamt zu wenden.

1. soweit bisher die Reviere zuständig waren: Mit Anträgen auf Legitimations-, Gewerbe-Legitimations-, Muster- loffer- und Identitätskarten für Handlungsdreisende, auf Wander- gewerbebescheine und Legitimationsbescheine zum Druckereiver- triebe, sowie mit Anträgen auf Sühneverjahn in Geständnisfällen; ausländische Arbeiter mit Anträgen auf Inlandslegitimierung.

2. soweit bisher die Hauptmannschaften zu- ständig waren: Mit Anträgen auf Erlaubniserteilung für Tanzlustbarkeiten und in Angelegenheiten betreffend Genehmigung für bewegliche Dampfessel.

Folgende Angelegenheiten, die bisher vom Poli- zeipräsidentium im Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz be- arbeitet worden sind, werden für den Bereich des Polizeibezirks- amtes von diesem bearbeitet:

Alle Kriminalsachen, soweit nicht der Verdacht gewerbsmäßiger Täterschaft oder ein Verbrechen von weittragender Bedeutung vorliegt.

Alle Angelegenheiten der Unfall- und Invaliditätsversicherung. (Bei den Reviere verbleibt Ausstellung und Umtausch der Quittungs- sarten.)

Folgende Gewerbepolizeiangelegenheiten: Schanksachen, Ver- steigerungen, Angelegenheiten der Dienstämter, Fährleihen, Trödler, Rechtskonsulenten, Ausschüssen, Detektivinstitute, Patentagenten,

Pferde- und Viehhändler, Vogelhändler, Auktionatoren, Lohschändler, Ausverkäufe, Ursprungstafeln, Firmierung von Geschäftskäulern, Befestigungen und Gesundheitsabzügen durch Handels- und Ge- werbetreibende.

Alle Angelegenheiten der Haus- und Straßenpolizei (Straßen- reinigung, Benutzung der Straßenfronten und Bürgersteige).

Angelegenheiten betreffend die Rückführung entlaufener Minder- jähriger, Verbringungsangelegenheiten, Gefindestreitsachen, Geistes- krankensachen, Aufenthaltssachen der Ausländer.

Armen- und Unterstützungsachen, besonders bei freiwilliger Inanspruchnahme polizeilicher Fürsorge.

Die Ausstellung der polizeilichen Atteste in Wohlfahrts- und Unterstützungsachen. Die Entscheidung auf sachliche Beschwerden gegen Anordnungen der Reviere.

Das Publikum wird gebeten, sich in diesen Angelegen- heiten, soweit das Polizeipräsidentium bisher un- mittelbar in Anspruch genommen worden ist, statt an dieses, an das Polizeibezirksamt zu wenden.

Auf dem Polizeibezirksamt können mündliche und schriftliche Anträge aller Art um Rat und Auskunft in polizeilichen Angelegen- heiten angebracht werden.

Das Polizeibezirksamt ist für den Verkehr des Publikums an allen Wochentagen von 8-3 Uhr geöffnet; Sprechstunde des Leiters des Bezirksamtes ist täglich von 11-1 Uhr.

Die Diensträume der Kriminalpolizei befinden sich im Erd- geschos, alle übrigen im 1. Stockwerk.

Die Kinderarbeit auf dem Müllberg des Tegeler Schießplatzes.

über die wir berichteten, hat nun auf ge hört. Nach Veröffent- lichung unseres Artikels über den skandalösen Mißbrauch, der da mit der Arbeitskraft schulpflichtiger Kinder getrieben wurde, dauerte die Sache zunächst noch fort. Noch mehrere Tage sah man nach der Mittagsstunde die Kinder zu dem Müllberg wandern, von dem sie gegen geringen Lohn die Glas- und Porzellanscherben absuchen mußten. Die Schar dieser Kinder hatte sich verringert, aber es waren ihrer leider noch immer genug. Dann erhielt eines Tages der Kuffeher durch ein Kind Kenntnis davon, daß diese Dinge bereits im „Vorwärts“ besprochen worden waren. Jetzt erklärte er plötzlich den Kindern, das sei der letzte Tag, an dem er sie beschäftege. Inzwischen hatte auch ein Lehrer den von Kindern wimmelnden Müllberg besucht, um sich das Treiben anzusehen. Er kam wohl im Auftrage der Schule, um sich zu überzeugen, ob die im „Vor- wärts“ gegebene Darstellung zutrifft. Selbstverständlich kann es auch dem Militär nicht verborgen geblieben sein, daß bei der Abjagung des Müllberges, die ein Unternehmer für die Militär- verwaltung ausführen ließ, Kinder beschäftigt wurden. Der Müll- berg war im vorigen Jahre, nach Abräumung der an der Müll- berg gelegenen Müllabladestätte, draußen auf dem Schießplatz aufgeschüttet worden, um für militärische Übungen benutzt zu werden. Die Kinder, die ihn in diesem Frühjahr nach Scherben ab- suchten, arbeiteten sozusagen unter dem Schutze des Militärs. Am letzten Tage ihrer für den Unternehmer sehr profitablen Tätigkeit konnte man sie arbeiten sehen, während Militär den Müllberg umgab und dem Publikum den Zutritt wehrte. Am Fuße des Müll- berges übte eine Maschinengewehrabteilung im Weiseln von Offizieren, die die Schußwirkungen beobachteten. Und nicht weit davon wühlten die Kinder in dem aufgeschütteten Müll. Es war wirklich hohe Zeit, daß diesem Treiben ein Ende be- reitet wurde. Es sollen dann zur Erledigung des Restes der Arbeit erwachsene Personen eingestellt worden sein, die allerdings nicht so billig wie schulpflichtige Kinder gearbeitet haben werden. Uns wird gesagt, daß manche dieser Kinder noch lange keine 12 Jahre alt waren. In einzelnen Fällen sollen sie noch nicht 10, ja, noch nicht 8 Jahre alt gewesen sein. Es ist un- begreiflich, daß dieser Mißbrauch nicht beizeiten bekannt geworden ist, so daß man ihm schleunigst hätte entgegenzutreten können.

Eine Tatzarenachricht veröffentlichte gestern früh der „Lokal- anzeiger“. Danach sollte der Direktor Hempel, der sich vor einiger Zeit erschossen und längst beerdigt ist, noch am Leben sein. Die ungeheuerliche Nachricht sollte durch eine Postkarte gestützt werden, die ein auf einer Hochzeitsreise befindlicher Wittenauer aus Paris an einen Bekannten in Wittenau geschrieben hat, wonach er in Paris mit Hempel eine Flasche Wein getrunken habe. Aus diesem in der Weinlaune gemachten Scherz sollte eine große Haupt- und Staatsaktion gemacht werden. Die Polizei und der Staatsanwalt sollten mobil gemacht werden, die Leiche Hempels sollte ausgegraben werden. Alles das mußte der „Lokalanzeiger“ in seiner kühnen Phantasie zu vermehren. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der „Lokalanzeiger“ hereingefallen ist, wo ihm das in letzter Zeit schon so oft passiert ist.

An die Adresse der Großen Berliner richtet sich folgende Zu- schrift: „Eine richtige Falle für das Publikum ist die Straßenbahn- linie 19. Diese Linie, von Moabit kommend, bildet von der Ecke der Köpenicker und Pradenstraße eine Schleife, die sich um Treptow und Neutölln herumzieht. Die Wagen fahren von jener Stelle ab in abwechselnder Folge einestells die Köpenicker Straße entlang über den Schlesienschen Busch und Treptow, anderenteils die Reander- straße entlang über den Moritzplatz und Neutölln. Die einzelnen Linien sind nun zwar an der Stirnseite des Wagens durch ein entsprechendes Schild gekennzeichnet, doch die meisten Leute achten darauf zu wenig und sehen nur nach der Nummer der Linie, da die wenigsten wissen, daß diese Linie zwei verschiedene Strecken fährt. Man kann es täglich in zahlreichen Fällen beobachten, wie Personen irrtümlicherweise den falschen Wagen besteigen. Der Schaffner kann unmöglich jeden Fahrgast darauf aufmerksam machen, nach welcher Richtung der Wagen fährt. Wenn dann die Fahrgäste selbst stuhig werden, daß der Wagen eine ganz andere Strecke einschlägt, als sie voraussetzten, dann haben sie den Fahrpreis schon entrichtet und befinden sich schließlich weiter vom Ziel, als am Anfang ihrer Fahrt. Aber noch eine andere üble Folge zieht dieser Mißstand nach sich. Viele Fahrgäste, die plötzlich merken, daß der Wagen eine andere Route nimmt, verlassen fluchtartig den Wagen und springen während der Fahrt ab, wodurch leicht Unglücksfälle entstehen können.“

Die Große Berliner Straßenbahn sollte hier schnell und ernst- lich Abhilfe schaffen. Das liegt zunächst im Interesse des fahrenden Publikums, aber auch im eigenen Interesse der Gesellschaft.

Die Eröffnung der Teltower Kreisschiffahrt. Die Teltower Kreisschiffahrt setzt ihren Sommerfahrplan am Sonntag, den 28. April, auf familiären Linien in Kraft. Die Flotten des Kreises können wieder zu Vereins- und Gesellschaftsfahrten gemietet werden. Die großen Doppelschraubendampfer sassen bis zu 300 Personen. Außerdem verfügt der Kreis über Motorschnellboote in jeder Größe. Anmeldungen sind an die Betriebsleitung in Klein-Blumende bei Potsdam zu richten.

Ein sonderbarer Stundenplan ist in diesem Sommerhalbjahr an der 238. Mädchen - Gemeindefchule (Wappellallee) den Kindern der Klasse III O gegeben worden. Von den drei Turnstunden

der Woche hat man zwei so gelegt, daß die Kinder am Sonntag abends von 5-7 Uhr abends turnen müssen. Schon das ist verwunderlich, daß die Kinder überhaupt zu so später Stunde unterrichtet werden. Ueberdies sind nach altem Verkommen am Mittwoch und Sonnabend die Nachmittage unterrichtet, und mindestens für den Sonnabend ist eine Verbeibaltung dieses Brauches zu wünschen. Wir können es uns nur aus der Unzulänglichkeit der Turnhallen erklären, daß der Turnunterricht auf eine so ungünstige Zeit gelegt worden ist. Zeit Einführung der dritten Turnstunde ist es noch schwieriger als vorher geworden, allen Klassen eine günstige Turnzeit zu geben. Mehr noch als bisher für den Turnunterricht ein paar Klassen zusammenzulegen, geht nicht an. Die Turnhallen sind meist so klein, daß die Kinder schon jetzt kaum darin umdrehen können. Die Schulverwaltung sollte sich beeilen, diesem Uebelstand durch Vergrößerung der Turnhallen ein Ende zu machen. Mit Recht beklagen sich die Eltern, daß ihre Kinder darunter leiden müssen.

Auf dem Flugplatz Johannisthal erlitt gestern früh gegen 8 Uhr die Baronin von Leitner einen schweren Unfall. Frau v. L., die früher bei der Luftverkehrs-Gesellschaft Flugunterricht nahm, hat sich jetzt dem Hölzer-Eindecker zugewandt und wollte gestern früh, mit Hölzer als Passagier, einen Probeflug machen. Anscheinend zog die Baronin das Höhen- und Seitensteuer gleichzeitig und zu stark. Als der Apparat den Boden berührte, rutschte er seitlich ab und wurde gerammt. Während Hölzer ohne Verletzungen davonkam, wurde die Baronin bewußtlos nach der Unfallstation auf dem Flugplatz gebracht, wo ein Bruch des linken Schlüsselbeins festgestellt wurde. Die Verunglückte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße übergeführt.

Die Verschwindelung von Dienstmädchen betrifft seit längerer Zeit besonders im Südwesten und Westen Groß-Berlins eine Gaunerin, die mit einem alten Kniff immer noch erfolgreich arbeitet. Sie lauert Dienstmädchen auf, die beim Einholen sind und erzählt ihnen, daß sie der Hausfrau soeben Kleider oder Stoffe abgeliefert habe. Die Hausfrau habe augenblicklich kein Kleines Geld gehabt und ihr gesagt, sie möge dem Mädchen nachgehen und aus von ihm das Geld geben lassen. Sie versteht es ausgezeichnet, aus den arglosen Mädchen herauszubekommen, wieviel sie noch bei sich haben, und zieht es hiernach ein, was sie angeblich im Auftrage der Hausfrau von ihnen verlangen soll. So hat sie sich zu weilen mit 5 M. begnügt, in vielen Fällen aber den Mädchen bis zu 30, 40, und 50 M. abgenommen. Die Schwindlerin ist 35 bis 40 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkelblondes Haar und ein dickes, rundes Gesicht und trägt fast immer ein Kostüm über den Arm, in dem sie die Sachen abgeliefert zu haben scheint. Alle, die über die gefährliche Person etwas wissen, werden ersucht, sich an die Kriminalpolizei unter Tag-Nr. 220, 4, 60, 12 zu wenden.

Im Friedrichshain vom Tode überrascht wurde der 22 Jahre alte Schmied Ernst Weiß, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt. Vorgesertern fand man ihn auf einer Ruhebänk regungslos daliegen und brachte ihn nach dem nahegelegenen Krankenhaus. Hier konnten die Aerzte nur noch feststellen, daß er tot war.

Leitgefahrenees Kind. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Freitag vormittag um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Margaretenstraße zu Lichtenberg. Um die genannte Zeit spielte dort mit anderen Kindern das 2 $\frac{1}{2}$ Jahre alte Töchterchen des Gastwirts Lewandowsky aus der Margaretenstr. 9/10. In seinem kindlichen Eifer bemerkte das Kind nicht die Annäherung eines beladenen Kohlenwagens der Firma Hohlwein, Friedrichsfelde. Es lief in das Gespann des schweren Fuhrwerkes hinein und wurde überfahren. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den infolge Schädelbruchs und schwerer inneren Verletzungen bereits eingetretenen Tod feststellen. Dem Führer des Fuhrwerkes trifft nach Aussagen von Augenzeugen keinerlei Schuld.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde gestern auf dem Flur des Hauses Diederichsenstr. 10 gefunden und von der Revierpolizei nach dem Schauhause gebracht. Sie war in Zeitungspapier eingewickelt. Ob das Kind gelebt hat und eines gewaltsamen Todes gestorben ist, kann erst die Obduktion feststellen.

Vor den Augen des Vaters überfahren und schwer verletzt. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am Donnerstagnachmittag am Charlottenburger Ufer zugetragen. Dort fuhr der Kutscher Prod aus der Freischützstraße 34 von dem am Landwehrkanal verankerten liegenden Kähnen Kies ab und sein 12jähriger Sohn Albert begleitete ihn auf seinen Fahrten. Als der Kutscher den letzten Wagen geladen hatte und das Gefährt sich in der Fahrt befand, wollte der Knabe auf den Wagen klettern, wie er dies schon öfter getan hatte. Albert A. glitt jedoch dabei ab und fiel so unglücklich, daß er unter den Lastwagen geriet. Obwohl der Vater das Gespann so schnell wie irgend möglich zum Stehen brachte, konnte er doch nicht verhindern, daß das linke Vorderrod über den Körper seines Knaben hinwegging. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des linken Unter- und des rechten Oberschenfels und innere Verletzungen. Der Vater brachte seinen Sohn nach der Unfallstation in der Berliner Straße, wo dem Verunglückten Notverbande angelegt wurden. Von dort aus wurde der bedauernswerte Knabe in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.
Ein Jopfschneider ist gestern morgen in Neukölln aufgetreten. Als das 6 Jahre alte Mädchen L. aus der Richardstraße 2 vom Einholen kam, schlich sich ein junger Mensch in das Haus nach und schnitt ihm auf der Treppe zum ersten Stock den Jopf ab. Die Kleine ging weiter ohne sich anzusehen und der junge Mann lehrte auf der Treppe um. Erst in der Wohnung sah die Mutter, was vorgefallen war. Der Jopf war verschwunden. Frau L. eilte die Treppe hinunter, fand aber den Uebelthäter nicht mehr.

Als Wälzling verhaftet wurde der 43 Jahre alte Drehorgelspieler D. aus der Prinz-Handjerystraße. S. lockte, wenn er auf den Höfen spielte, kleine Mädchen, die zu ihm herankamen, um zuzuhören oder zu tanzen, an sich und verging sich an ihnen. Die Mutter eines Kindes wurde zufällig Augenzeugin dieses Treibens und zeigte den Wälzling an. Daraufhin nahm ihn die Kriminalpolizei gestern fest.

Groß-Lichterfeld.
In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete der Kassierer Genosse Balkow zunächst die Abrechnung von der Reichstagswahl. Einer Einnahme von 598,90 M. steht eine Ausgabe von 952,63 M. gegenüber. Der hierauf erstattete Kassierbericht vom 8. Quartal 1911/12 wies bei einer Einnahme von 312,95 M. eine Ausgabe von 322,29 M. auf. Der Kassierer zeigte an Hand einer Aufstellung aus den Büchern, daß die Hauptschuld an der ungünstigen Finanzlage einer großen Anzahl von Mitgliedern beizumessen sei, die zum Teil mit Hesten bis zu zwölf Monaten parodieren. Um diesem Uebelstande ein Ende zu bereiten, sagte die Versammlung folgenden, besonders die zahlreich abwesenden Genossen interessierenden Beschluß: Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen drei Monate im Rückstande sind, werden zunächst vom Bezirksführer zum Zahlen aufgefordert; kommen dieselben darauf weder ihren Verpflichtungen nach, noch tragen sie um Stundung an, so werden sie noch einmal vom Kassierer gemahnt, und falls sie auch darauf nicht reagieren, werden sie ohne weiteres gestrichen.

Friedenau.
Die freie Turnerschaft, der die Schuldeputation noch immer die Turnhallen verweigert, veranstaltet am nächsten Sonntag, den 28. d. M., auf dem Sommerplatz in der Laubacher Straße das diesjährige Anturnen, bestehend aus volkstümlichen Wettkämpfen und Spielen. Abends von 8 Uhr ab Familienunterhaltungabend

im oberen Saal des Kaiser-Wilhelm-Gartens, bestehend aus musikalischen und humoristischen Vorträgen und Tanz. Eintritt ist frei. Freunde und Gönner der freien Turnfrage sind hierzu herzlich eingeladen.

Mariendorf-Züdenbe.
Neuwahl zur Gemeindevertretung. Da Genosse Günther zum 1. April wegen Verzug sein Amt als Gemeindeordneter niedergelegt hat, ist eine Ersatzwahl erforderlich. Dieselbe ist auf Sonntag, den 5. Mai von 10 Uhr bis 3 Uhr im Restaurant Grothe, Dorfstraße 1, festgesetzt. Da die zu Anfang des Jahres aufgestellte Wählerliste das ganze Jahr Gültigkeit hat, sind alle die Wähler wieder wahlberechtigt, die im März d. J. schon in der dritten Klasse gewählt haben, bezw. eine amtliche Wahlbenachrichtigung bekommen. Wir ersuchen daher insbesondere die Parteigenossen über-alle auf die Wahl hinzuweisen, um, falls die Bürgerlichen nochmals Absichten auf Erringung des Mandats hegen, dieselben wie bisher zunächst gemahnt werden. Die Mandate der dritten Klasse müssen unter allen Umständen von sozialdemokratischen Vertretern besetzt sein.

Pankow.
In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Schütte einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Friedrich den Großen. Hierauf wurden die beiden Ausschlußanträge gegen Zühlendorf und Krüger ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen. Genosse Gütig unterzog dem Beschluß der Gemeindevertretung betreffs Ungültigkeitserklärung der Wahlen der Genossen Eichler und Fenzler einer herben Kritik. Nach Rücksprache mit den beiden Genossen sei man zu dem Entschluß gekommen, den Klageweg gegen die Gemeindevertretung nicht zu beschreiten, um die bürgerlichen Vertreter, die gegen den Willen der Wähler die Mandate ausnutzen, nicht noch länger in ihrem Amte zu lassen. Die unerhörte Vergewaltigung der bürgerlichen Gemeindevertretung müsse nunmehr den Wählern vor Augen geführt werden. Die Genossen Wischa und Schindler betonten in der Diskussion, daß man doch den Klageweg hätte beschreiten sollen, da das Recht auf unserer Seite sei. Ueberdies sollte eine Neuwahl wieder Geld und Arbeit. Nachdem die Genossen Fenzler, Spickermann und Kubig die Ausführungen Gütigs unterzogen und betont hatten, daß bei einer Klage nichts herauskomme, wurde ein Antrag, der das Vorgehen der beiden Genossen billigt, mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Als Kandidaten wurden die Genossen Eichler und Fenzler wieder einstimmig nominiert. In die Kindererschulkommission wurde die Genossin Schaum gewählt. Ein Antrag auf Errichtung eines Jugendheims wurde der Bezirksleitung überwiesen. Der Beschluß, den Frauen das Verleihen von Blumen am 1. Mai zu gestatten und den Ueberstuf des Jugendauschusses zuzuführen, wurde gutgeheißen.

Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende Genosse Gütig die Genossen, bei den kommenden Wahlen ihre Schuldigkeit zu tun, damit unsere Kandidaten mit doppelter Stimmenmehrheit als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen.

Wilhelmsruh.
In der Parteiverammlung am Donnerstag bei Deufschmann ist ein Portemonnaie mit 8 M. und einem Lotterielos verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Emil Worfes, Wilhelmsruh, Replerstr. 1 abzugeben.

Tegel.
Die letzte, gutbesuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Kassierbericht vom 1. Quartal 1912 entgegen. Einer Einnahme von 1812,81 M. steht eine Ausgabe von 1737,59 M. gegenüber. Aufgenommen wurden 75 neue Mitglieder, darunter 28 weibliche. Die Versammlung beschloß sich alsdann hauptsächlich mit dem Bericht über die Verbandsgeneralversammlung vom 31. März d. J. Eine besonders lebhaft debattierte sich über die Beitragsleistung zum Bezirksamtsfonds. Die Einigung in dieser Frage zwischen Gewerkschaften und Partei sei zu begrüßen. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß der Beschluß betreffend Beitragsleistung erst den Mitgliedern hätte unterbreitet werden müssen, damit diese dazu Stellung nehmen konnten. Die Kassierer soll wie alljährlich gefordert werden. Vormittags 1/10 Uhr Versammlung im Lokal von Klippenstein, nachmittags in Trappes Festhallen Konzert und abends Tanz. Der Arbeiter-Sängerverein „Immergrün“, der Arbeiter-Turnverein und der Arbeiter-Radsportverein „Letzte“ werden dabei mitwirken. Es wurde darauf hingewiesen, daß alles aufgeboten ist, um die Kassierer wahrig zu begehren, und daß es Pflicht eines jeden Genossen sei, sich an derselben zu beteiligen. Abhandlung wurde erucht, an der Kinderbeschäftigung sich mehr zu beteiligen.

Staken.
Ueber die jetzigen politischen Verhältnisse im Reich sprach in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins der Kreisvorsitzende Genosse Schubert. U. a. nahm der Redner in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag auch Bezug auf den jetzt durch die bürgerliche Presse gebenden Aufbruch zur Sammlung einer National-Frühspende und unterzog denselben einer herben Kritik. Der Kassierbericht des 1. Quartals weist eine Einnahme von 78,10 M. und eine Ausgabe inkl. einer Abführung an den Kreis (55,80 M.) von 64,60 M. auf. Der Vorsitzende Genosse Schäfer bedauerte, daß noch ein großer Teil Arbeiter die bürgerliche Presse lese. Einem Antrage des Genossen Schubert, in eine Hausagitation zwecks Gewinnung neuer Abonnenten auf die Arbeiterpresse einzutreten, wurde zugestimmt. Der Wahlverein zählt gegenwärtig 47 männliche und 3 weibliche Mitglieder.

Spandau.
Mauerwerk Ueberraschung förderte die letzte Stadtverordnetenversammlung zutage. Zunächst wurde doch noch die Genehmigung zur Erbauung eines Stadtheaters erteilt, nachdem erst vor acht Tagen die Vorlage an den Magistrat zurückverwiesen worden war. Dieser hatte sie unverändert wieder eingebracht, wohl in der Voraussetzung, daß die Gegner nun der Vorlage doch ihre Zustimmung geben würden. Es wurde auch ein ernstlicher Versuch zur Bekämpfung diesmal kaum unternommen. Selbst der vom Stadtverordneten Schilling gestellte Antrag auf namentliche Abstimmung kam zu spät, da die Versammlung schon in der Abstimmung begriffen war, welche letztere eine ansehnliche Mehrheit für die Vorlage ergab. Auch der Ergänzungsantrag des Genossen Pieper, den Kongress allen Parteien zur Benutzung freizugeben, wurde mit großer Majorität angenommen. — Die Redehalle auf dem Friedhof in den Nischen sollte nach dem Willen des Magistrats nur den Geistlichen zur Verfügung gestellt werden. Diese Bestimmung bekämpfte Genosse Pieper aufs schärfste. Zum Beweise dafür, daß nicht von sozialdemokratischer Seite, sondern gerade von Geistlichen oftmals die Leichenrede zu einer politischen Demonstration benutzt wird, konnte unser Redner der interessiert zuhörenden Versammlung die kürzlich im „Vorwärts“ abgedruckte Grabrede eines polnischen Kaplans vorlesen. Ohne weitere Debatte stimmte daraufhin die Versammlung mit erdrückender Mehrheit dem Antrage des Genossen Pieper zu, wonach die Redehalle wieder jedermann zum Abhalten von Leichenreden zur Verfügung gestellt wird. — In dem Bestreben, den Stadtverordneten und Deputierten das unbedingte Recht zur Festsetzung und Kontrolle der städtischen Anstalten zu erhalten, wurde unsere Fraktion, für die Genosse Pieper sprach, nicht genügend unterstützt. Die Mehrheit erklärte sich für die Vorlage des Magistrats, die eine vorerige Anmeldung bei den Betriebsleitern vorsieht. Dadurch ist es den Stadtverordneten selbstverständlich sehr erschwert, etwaigen Mißständen nachzuforschen. — Eine rege Debatte entspann sich über die Frage der Zweckmäßigkeit von Brausebädern in den Turnhallen. Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Baumert hätte die Versammlung seinerzeit sich für den Einbau von Brausebädern in den neu zu errichtenden Turnhallen erklärt. Der Magistrat hat der-

artige Anlagen in anderen Gemeinden studiert und ist zu der Ansicht gekommen, daß die Turnhallen für die Anlage von Brausebädern nicht geeignet sind, da beim Uebersteigen des Schulflores bei höherer Temperatur zu leicht Erfaltungen der Schüler zu befürchten sind. Die Versammlung beschloß deshalb diesmal, über die Anlage von Brausebädern immer nur von Fall zu Fall zu beschließen. — Für den Ausbau des Kasanierings vom Potsdamer Tor bis zur Hasenmark bewilligte die Versammlung eine Viertelmillion. Die Straße soll in 30 Meter Breite mit zwei Professorenn und einer mit Anlagen bespangten Promenade zu einer Brachstraße umgewandelt werden. — Zu Grabe getragen wurde dann am Schlusse der Sitzung die Angelegenheit des Professors Dr. Eberstadt. Wie mitgeteilt wurde, hat es die Staatsanwaltschaft abgelehnt, im öffentlichen Interesse Anklage gegen den Professor zu erheben. Der Magistrat will gegen diesen Beschluß keine Beschwerde erheben, da er, wie Oberbürgermeister Koelbe ausführte, einen verhältnismäßig Standpunkt eingenommen hat. Dies gab dem Genossen Pieper Anlaß, darauf hinzuweisen, daß er von Anfang an gegen diese Aktion, die elend ins Wasser gefallen sei, sich ausgesprochen habe. Auch bei den bürgerlichen Rednern scheint jetzt eine andere Auffassung Platz gegriffen zu haben, denn es wurde unterhoben das Bedauern darüber ausgesprochen, daß man in den früheren Sitzungen in so scharfer Weise gegen Professor Dr. Eberstadt vorgegangen sei. Nur Stadtverordneter Dr. Baumert konnte seinen Haß gegen denselben nicht unterdrücken, er machte der Staatsanwaltschaft die bittersten Vorwürfe, daß sie nicht gegen einen Mann, der die obersten Stadtbeförden beleidigt habe, vorgehen will. Daß der Redner dann den logischen Kopfsprung machte und beantragte, gegen den Beschluß der Staatsanwaltschaft keine Beschwerde einzulegen, stimmte die Versammlung ebenso heiter, wie sein Bekenntnis, daß für ihn Professor Dr. Eberstadt als Wissenschaftler abgetan sei. Beschlossen wurde dann, von einer Beschwerde gegen den Beschluß der Staatsanwaltschaft abzusehen.

Gegen die neuen Millionenforderungen.
Küher in den Orten, über die wir gestern bereits berichteten, fanden noch in einer weiteren Anzahl vorernte imposante Protestversammlungen statt, in denen gegen die neuen Militärforderungen entschiedene Stellung genommen wurde.

In Oberschöneweide hörte eine zahlreiche Zuhörerschaft im Wilhelmsgarten ein zweistündiges Referat des Reichstagsabgeordneten Krähig an. Die Versammlung quittierte am Schluß mit brausem Beifall.

Die Versammlung in Königs-Wusterhausen, wo Reichstagsabgeordneter Laubadel sprach, war von 200 Männern und Frauen besucht.

In Rowawes schilderte Reichstagsabgeordneter Bender in flammenden Worten die Gefahren, die dem deutschen Volke, ja der gesamten Kulturwelt durch das wahnwitzige Betreiben entstehen.

In Wilhelmsruh referierte vor etwa 350 Personen Reichstagsabgeordneter Thöne unter lebhaftem Beifall.

In der gutbesuchten Protestversammlung in Oranienburg sprach der Reichstagsabgeordnete Feldmann. Seine Ausführungen wurden von den Versammelten von Zustimmungslundgebungen begleitet.

In Bernau sprach Genosse Feudel-Berlin vor etwa 250 Versammelten. Am Schlusse seines Vortrages erteilte der Redner großen Beifall.

In Franz-Buchholz referierte in temperamentvoller Weise vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft Reichstagsabgeordneter Haberland.

Jugendveranstaltungen.
Kreispartei Niederbarnim. Sämtliche Orte treffen sich am Sonntag, den 28. d. M., um 1/10 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Umrahm um 1/10 Uhr über Rahndorf nach Müggelheim. Für Radfahrer bis 12 Uhr am Bahnhof Rahndorf.
Lichtenberg-Rummelsburg. Sonntag, den 28. April: Kreispartei. Treffpunkt für beide Orte in den Jugendheimen. Admarsch von da pünktlich um 8 Uhr. Fahrgeld 50 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 6 Uhr, dem der Tages- und Nachtzeit, wochentags von 4 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, Sonnabends, von 4 $\frac{1}{2}$ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Postage ist ein Quantscheit und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenentscheidung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Wichtige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.
H. R. 01. Sagen: 447 206 812 R. Berlin: 310 920 917 R. — B. R. 10. Berliner Hebel-Berein. Geschäftsstelle: Nodamiterstr. 19. 3-5 Uhr. — Kinderpflanzergemeinschaft Stahlfeldstr. 54. Melbungen Mittwoch von 6-7 Uhr in der Schule. — N. S. Weihenstep. Textilarbeiterverband, Rag Grub, Andreaskstr. 17. — G. W. 101. Wenden Sie sich an den Genossen R. Mohl, Karlshorst, Genthofstr. 23. — W. 1. 1. Wir geben später noch näheres über den Willeterkauf bekannt. 2. Um den Genossen den Besuch der Veranstaltungen zu ermöglichen, haben unsere Genossen im Rathaus darauf gedrungen, daß nur freie Lokale zu den Konzerten genommen werden. — W. R. 3. 1. und 2. Ja. 3. Bei längerer Krankheitsdauer ja; jedoch kann das Krankengeld gekürzt werden. — Treptow. Die höhere Verwaltungsbekörde — Regierungspräsident — kann Ihnen, nach Anhörung der Handwerkerkammer, die Beurlaubung erteilen. — G. W. 38. Unseres Bedachtens nicht. — C. R. 500. 1. bis 3. Nein Sie den Artikel „Steuerfragen“ vom 17. März. 4. Nein. Es ist Verführung eingetreten. — H. D. Falls Sie über die Krankheitsdauer Bescheidungen haben: etwa 10,00 M. monatlich. — H. P. 25. a) und c) Nein. b) Ja. — Neukölln Nr. 50. Sie können die Sachen entfernen, da Sie aus dem Reichsvertrage nicht haubar sind. — W. S. 26. Sie können den Versicherungsantrag mit Ablauf des Versicherungsjahres ausfindigen. Für die bereits fällige Prämie bitten Sie. — W. 79. Das wiederholte Heilversprechen beinträchtigt Ihre späteren Rechte nicht. — 105 Salatschmeder. Zweifelshaft. — W. R. 95. Sie sind zahlungspflichtig. — Tils. 21. Wir verweisen auf den in der Donnerstag-Nummer unter „Berliner Nachrichten“ erschienenen Artikel. — R. G. 21. Ja. Der Antrag ist bei der Abteilung für Anwaltsverbindungen, Am Römischen Tor 5, zu stellen. — T. 20. Der Obervertrag ist zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll zu erklären. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — G. 7. Der Standpunkt des Döndlers ist gerechtfertigt, falls er keine Kenntnis von der Widerrechtlichkeit der Handlungswelle der Frau gehabt hat, andernfalls nicht. — H. M. 10. Unterschriftsbelegabgabe durch die Vollgelderbe gemagt. — E. S. 4. Wenn der Vertrag vor dem 1. April vorbehaltlos zurückgenommen ist, halten wir Sie nicht für zahlungspflichtig. — G. S. 1886. Ja. — G. W. 42. Ja. — G. S. 47. 1. Nein, wohl aber verweigern lassen nach vorheriger Androhung. 2. Offenbar Frauenklasse, Wilhelm-Ding-Prinzentrage 66. — H. S. 100. Ja. — H. S. 3. Ja, falls Sie Ihre Bedingungen bemessen können. — Steuer. Die Forderung ist begründet. Die Steuerpflicht beginnt bei der der evangelischen Kirche Angehörigen bei einem Einkommen von mehr als 1800 M., bei Katholiken bei einem solchen von mehr als 1300 Mark.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau-

Wasserstand		Wasserstand	
am	seit	am	seit
25. 4. 24. 4.	25. 4. 24. 4.	25. 4. 24. 4.	25. 4. 24. 4.
Remel, Mühl	225 -9	Saale, Großh.	82 -6
Tegel, Ankerburg	228 -9	Havel, Spandau	56 0
Wegfel, Horn	216 -2	Kaichenow	190 -7
Oder, Rathor	142 -4	Spree, Spremberg	70 -2
Krossen	147 -6	Beckow	83 -2
Franfurt	158 -7	Bejer, Wänden	140 -13
Wartze, Schimm	46 -8	Minden	226 0
Randberg	51 -4	Rhein, Maximiliansau	368 -4
Rehe, Vordamm	24 -1	Raub	169 -1
Eide, Veltmarch	-8 -4	Rhein	193 -12
Dresden	-133 -5	Redar, Heilbronn	64 -2
Berch	129 -10	Rain, Beilheim	134 -4
Magdeburg	89 -25	Rosel, Erer	61 -2

+) + bedeutet Waß, — Zell. — ?) Unterpage.

6 hervorragend billige Angebote

Jackett-Anzüge

Hochmoderne Stoffe u. Fassons - Vorzüglichster Sitz - Exzellente Erzeugnisse unserer Kleiderwerke

Jackett-Anzüge SERIE I
braun und graue Phantasiestoffe nach engl. Art, ganz vorzüglich im Tragen 21.—

Jackett-Anzüge SERIE II
gestreifte u. kleinkarierte Cheviots u. Kammgarne in den neuest. Mustern 27.—

Jackett-Anzüge SERIE III
grau, braun, oliv u. grünlicher Cheviot mit feinen Streifen u. bunten Effekten 33.—

Jackett-Anzüge SERIE IV
Cheviots in den neuest. Mustern, gestr. u. kariert, sehr haltbar u. vornehm aussehend 36.—

Jackett-Anzüge SERIE V
Kammgarne u. Cheviots, neueste Ausmusterung, elegante Verarbeitung . . . 40.—

Jackett-Anzüge SERIE VI
Marengo oder buntfarbige Cheviots, „Echt englisch“, Ersatz für Maßarbeit 50.—



Blaue Cheviot-Anzüge
1- und 2-reihig, aus guten Stoffen, elegante Ausstattung **36.—**

Schüler- u. Jünglings-Anzüge
reichhaltigste Auswahl
auffallend billige Preise

Rock-Anzüge
hochfeine marengo Cheviots oder Meltons, mit
feingestreifter Hose in vielen Preislagen

BaerSohn

Kleiderwerke - Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag, den 28. April, nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 27. April 1912

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner. Der Tallmann.

Anfang 4 Uhr.

Urania. Taudenstraße 48/49.

Von Abbazia bis Corfu.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. La Traviata.

Kgl. Schauspielhaus. Was dem der Mühl.

Deutsches. George Dandin.

Zirkus Schumann. Gala-Ver-

hellung.

Kleines. Der Herr mit der grünen

Krawatte. Nachtwächter.

Metrov. Schwindelmeier u. Co.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taudenstraße 48/49.

Weltbäder an europäischen Küsten.

Nammerpiele. Sumurun.

Königliche Oper. La Traviata.

Leitung. Wenn wir Lötter erwachen.

Kurfürstentor. Neliand.

Wochen. Die schöne Helena.

Königgrätzer Straße. Die fünf

Frankfurter.

Neues Schauspielhaus. Ogge und

sein Ring.

Neues. Der liebe Augustin.

Reichens. Alles für die Firma.

Zuipfspielhaus. Son Windhund.

Berliner. Große Köpfe.

Neues Operetten- u. Kabarett.

Schiller O. Der scharfe Junker.

Schiller. Charlotteburg. Der

Kompagnon.

Feier. Wilh. Schauspielhaus.

Das dritte Reich.

Zuifen. Ich lasse dich nicht.

Rose. Es gibt nur ein Berlin.

Trianon. Der Gemann am Fenster.

Ein angebrochener Abend.

Thalia. Antolleben.

Haberland. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Casino. Die lustige Strohwitwe.

Apollon. Spezialitäten.

Passage. Spezialitäten.

Herrnfeld. Der Hausstufel. Wie

man Männer bessert.

Reichshallen. Eine Hochzeit in der

Wälderstraße.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Kolles Caprice. Der Vollzeihund.

Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Nathan der

Weile.

Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Große Köpfe.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:

Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

8 Uhr:

Alles für die Firma.

Schwan in 3 Akten von W. Hennequin

und G. Wülfel.

Morgen u. folgende Tage: Alles

für die Firma.

Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr:

Ein Walzer von Chopin.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:

Die schöne Helena.

Sonntag 7 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Zuifen-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Ich lasse dich nicht.

Sonntag 3 Uhr: Wilhelm Tell.

POSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Abends 8 Uhr:

Reise

Wochentagsaufführung:

Es gibt nur ein Berlin.

Große Revue in 6 Bildern.

Sonntag nachm. 3 Uhr zum letzten-

mal: Es gibt nur ein Berlin.

8 Uhr: 5 x 100 000 Tausel.

Metropol-Theater.

Heute präglie 7 1/2 Uhr, 3. erstmalig

Schwindelmeier & Comp.

Phantastisch musikalische Komödie in

3 Akten nach W. Ambient u. H. W.

Thompsons „The Arcadians“, völlig

frei bearbeitet von H. Freund. Musik

von E. Monton, Howard Talbot und

H. Nelson. Länge von H. Ebbop.

In Szene gesetzt vom Dr. R. Schulz.

Rauschen gestattet.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr

Letzte Woche

des großen komischen Programms

mit dem

Tagesgespräch von Berlin

Bellini.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Der Ehemann am Fenster.

Szenal: Ein angebrochener Abend

Reichshallen-Theater.

Stettiner

Sänger.

Anfang:

Wochentags

8 Uhr,

Sonntags

7 Uhr.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.

Heute: Vorletzter Tag.

Großes Konzert.

Musike d. I. Grde.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. Haarz.

Anfang 8 Uhr.

Reederei Kahn & Hertzner Tel.: Kat. 2062

Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke.

Morgen Sonntag letzte billige Fahrt nach

Grünau - Krampenburg - Ziegenhals.

Abfahrt 2 Uhr. Hin und zurück 50 Pfennig.

Dampfer sind an Gewerkschaften, Vereine usw. unter

besonders günstigen Bedingungen zu vergeben.

Dampfer-Extrafahrt zur Baumblüte

nach Werder mit Musik

morgen, Sonntag, und Mittwoch, den 1. Mai.

Abfahrt vom Reichstagufer an der Markthalbrücke vorm. 9 Uhr

von Charlottenburg, Tegeler Weg, 9 1/2 Uhr.

Fahrtprer: Hin und zurück Sonntag 1 M., wochentags 80 Pf.

Reederei Kieck, Faldensteinstraße 98. Fernspr. Amt Wgpl. 8197.

Urania.

Wissenschaftliches Theater

4 Uhr:

Von Abbazia bis Corfu.

8 Uhr:

Weltbäder an europäischen

Küsten.

(Von Hamburg bis Lissabon.)

Luna Park

Eröffnung

Sonnabend, den 4. Mai cr.

Entree 50 Pf.

Saisonkarten alle Tage

gültig Mark 5.—

bei A. Wertheim, Invaliden-

dank und den Kassen des

Luna-Parks.

Ki-Ko-Kroll

früher Neues Kgl. Operntheater.

Lichtspiele

in wirklichen Naturfarben

Kinemakolor.

Bis auf weiteres das von der gesamten

Presse glänzend besprochene, farben-

prächtige Eröffnungsprogramm.

Gr. Orchester mit Gesang.

Unsere Eintrittskarten berech-

tigen auch zum Besuch des

Konzertgartens.

Schluss der Saison 2. Mal.

Zirkus

A. Schumann

Heute Sonnabend, den 27. April,

abends 7 1/2 Uhr:

Grande Soirée High Life.

Les Chasseurs d'Afrique

ausgeführt von Jean Houckes

Reitertruppe

sowie Auftritte von Fri. Dora

Schumann, Tonitoff und Walter

und die übrigen Attraktionen.

Um 9 Uhr:

Das größte Ausstattungsstück der

Gegenwart

Das Motorpferd

Sonntag: 2 Vorstellungen

Passage-Panoptikum.

Das vereinte

Riesenpaar

Bränbild und Dusorc

Deutschland u. Frankreich

Hede, das Löwenmädchen

halb Mensch - halb Animal

lebend zu sehen

Ohne Extra-Entree.

Volkstheater.

Neukölln, Hermannstraße 20.

Sonntag, den 28. April:

Der letzte Tag.

(Fortsetzung von „Kasernenluft“)

Militärisches Drama in 5 Akten von

Geist Schöngen.

Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße,

z. Z. einziger Eis-

palast Deutschlands

Allabendl. d. sonst. Eisballett

„Yvonne“. Die Kl. Wals-Königin

Charlotte. Weltmetr. Bror Meyer.

Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

abends halbe Kassenpreise.

Restaurant 1. Rang.

Wein- und Bier-Abteilung.

Boigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58.

Morgen Sonntag, den 28. April 1912,

nachm. 3 Uhr: Keine Vorstellung.

Abends 7 Uhr:

Verführt durch das Lied.

Original-Volkstück mit Gesang in

5 Akten von R. Kreisel.

Kasseneröffnung 10. Anfang 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Ede Holzmarkt- u. Alexanderstraße

Bis 30. April täglich ab. 1/2 U.:

Im Krug zum grünen Kranze

und das glänzende Spezialitäten-

Programm. - Vergnügungen

haben an allen Wochentagen

Gültigkeit.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Die Saison-Schlager

Der Polizeihund.

Das Broadway-Girl.

etc. etc.

U. T. Z. Union-Theater-Zeitung.

Heute neu.

Für den Inhalt der Zuzerate

übernimmt die Redaktion dem

Publikum gegenüber keinerlei

Verantwortung.

„Prüfet Alles und behaltet das Beste!“ Auch Ihre Wahl fällt dann auf „Kornfranck“.

12

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Verkäufe.

Teppiche! (Schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Godesberger Markt 4, Bahnhof Börje. (Liefer des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Monatsumzüge und Sommerpaletts von 5 Mark sowie Dosen von 1,50, Gehrodanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu haushalt billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei Rah, Rulandstraße 14.

Betten, Stuhl 9. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tische! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt! extra! Gardinenhaus Brunn, Godesberger Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntags geöffnet.

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Stoffen von 20-40 Mark, Dosen 6-14 Mark. Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R

Vorwärtsleser erhalten zum Programm Rabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Räumungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt Rosenhalestr. 54

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet.

Teppich-Thomas Rosenhalestr. 54 u. Oranienstr. 126. 1282R

Germanianus 6. Pfandleibhaus. Extrabillige Gardinenzüge, Gehrodanzüge, Sommerpaletts, Herrenhosen, Damenmäntel, allerbilligster Bettencover. Vermietungsbest. Aussteuerwäse. Aussteuerwäse. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Tischdecken, Steppdecken. Goldschmied. Tischdecken. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Teppiche (Gardinen), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Lohngardinen, Sofa-Kohle, hochbillig! Gardinenzüge, Kauschhof, Große Frankfurterstraße 9, Räumung. Vorwärtsleser zum 5 Prozent Sonntags geöffnet. 2488R

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 R. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Bringen-Pfandleise, Bringenstraße 34 I, im Leibhaus, kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere wenig getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Paletts, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäse, Aussteuerwäse, Betten, Steppdecken, Vorhänge, Teppiche, Gardinen, enorm billig, nur Bringen-Pfandleise, Bringenstraße 34, eine Treppe. 1405R

Gehrodanzüge 7,00, Gehrodanzüge 3,50. Wallnertheaterstr. 32

Monatsumzüge, Paletts, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Kaufmann; jede Anwendung nach Wunsch in eigener Werkstatt, 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fährtenzell, Schneidemacher, Rosenhalestr. 10

Federbetten, hochbillig, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 22,00. Zentralleibhaus Schönberg, Hauptstraße 111. 1391R

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1.-, Klappwagen, Kistenwagen, hochbillig, Reichel, Barckhauserstr. 80

Gardinenverkäufer! Fenster 1,85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Kousens, Ledergardinen. Ausverkauf zurückgesetzter Kuster. Hoff's Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 1392R

Zurückgeleste, auf Seide gearbeitete Frack, Smoking- und Gehrodanzüge, 25 bis 60 Mark. Weinleider 4 bis 12. Herrengarderobehaus, Friedrichstraße 127. 1105R

Vorläufige Frühjahrspaletts, Anzüge 18 bis 45 Mark. Herrengarderobehaus, Friedrichstraße 127.

Wald-Dringmaschinen, prima, billig, Abzahlung, günstig, Beckmann, Gollnowstraße 26. 2000R

Radfahrerarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straßes Radie 1900 Quadrat-Weilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Hochbilligste Hälfte der Praving Brandenburg teilt bis Seitin-Hederstände, höchste Hälfte bis Halle-Keipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Gardinen 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.

Salonplaisir-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35-38 ufm. Riesenfabrik, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik.

Gardinen, Fabrikstelle, Fenster 1,65, 2,25, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 ufm. **Totalausverkauf** von ange-schmückten Gardinen, Stores, Bettdecken, haunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,65, 7,50, 8,50 ufm.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,33, 12,85 ufm.

Plüschdecken mit feinen Fellern 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 ufm. G. Weisenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik. 1361R

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leibhaus Rosenhalestr. 54, Aktienstraße 203/4, Ecke Rosenhalestr. kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletts von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäse, Gardinen, Vorhänge, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles hochbillig. Anzüge werden verkleidet. Sonntags geöffnet. Jede Beilehung. 1280R

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Bezüge, Uhren, Gastoneen liefert billigst Weber. Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R

Schönhauser Allee 114 (Ring-bahnhof). Pfandleibhaus. Groß-Verkauf hochbilligste Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettencover, Freischwinger, Tischdecken, Goldwaren, Konstantgarderobe, Gardinenverkauf, Plüschportieren, Steppdeckenlager. Spottpreise! 1018R

Wochen, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00, Draufbetten, Gardinen, Steppdecken, Vorhänge, Prachtteppiche, Anzüge, Freischwinger, hochbillig, Leibhaus Dfen, Königsbergerstraße 19. 1370R

Wochentagen ohne Anzahlung Ver-gabenerstraße 32, erste Etage, Frankfurter Allee 124, erste Etage. 1371R

Kanarienvogel, Justizwäse, grau, grüne Vogelpaten, Komman-dantenstraße 52, Restaurant. 1404R

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich! Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäse, Kinderwagen, Herrengarderobe. Semde Vertreter. Reichel's Nachfolger, Barckhauserstraße 80.

Leibhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leibhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere wenig getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Paletts, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kollierten, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide, Verstellungspreis bis 150 Mark, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäse, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Es lohnt nur bei Max Weis, 87, Große Frankfurterstraße 87, allebekannte Firma, zu kaufen. Man wird am realsten und billigsten be-dient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavaliere nur kurze Zeit getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Gehrodanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletts, Uhren, Dosen, einzelne Frack- und Smoking- werden zu billigsten Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch teilweise sehr billig zu haben. 87, Große Frankfurterstraße 87. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten. 7110R

Klappportwagen, Kinderbestell. Hochsim, Frankfurter Allee 125 III.

Vorwärtsleser erhalten doppelte Norden-Rabattmarken. Schuhhaus Vorwärts, Invalidenstraße 16.

Klappportwagen, Gummiräder fast neu, verkauft Reichel, Rame-rumerstraße 14, Duergebäude. 790

Monatsumzüge, Sommerpaletts, Ulster, Gummimäntel, Gehrodanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Dosen, Phantastischen hochbillig! Rosenhalestr. 48, eine Treppe. 7112R

12,50 zwei Stuhl Prachtbetten, schönste! Paylerstr. 16 II. 1373R

Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten allerbillig! Vorwärts-leser fünf Prozent. Kottbusser-damm 90. +25*

Portunaleibhaus, Brunnen-straße 157. Ausnahmepreise. Hoch-moderne Herrngarderobe. Tisch-decken. Wanduhren. Goldschmied. Hochpreisger Bettencover. Aussteuer-wäse. Gardinenauswahl. Pracht-teppiche. Plüschportieren. Steppdecken. Sonntags-geöffnet. 13745*

Geschäftsverkäufe.

Restoration, alles, gutes Ge-schäft, umständelhalber sofort veräu-ßlich. Köpenickerstraße 147, Trommel.

Elektrische Nähmaschinen, Plättchen, gutgehend, verlässlich, 3500 Mark. Baule, Danzigerstraße 33.

Kundenfischer, höhere Epstern, Laden mit Wohnung in bester Gegend, Möbel, alt und neu, tadelloser Her-stellung, zwei Bänke, sämtliches Zer-zeug, Patent-Beimolen, Wärmplatte, Jüngling, Knecht, Wagen, für den Spottpreis von 300 Mark sofort zu verkaufen. Tempelhof, Berliner-straße 33. 71/11

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Kreditnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Krefeldmann u. Co., Köpen-ckerstraße 4. (Schleiferei Bahnhof). *

Möbelverkauf. Keine, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Kaufen unter Pöhlagerstraße 18, Post-amt 22. 1375R

Möbel-Verkehr, Brunnenstr. 7 am Rosenhalestr. Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen Bar. Niemandem! Vorgezogen dieses Interests erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Bequeme Raten und Abzahlung. Auf Wunsch Vertreter. Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet. 1317R

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kaufpreis 100-200 Mark. Keine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabelstr. Tischlermeister, Aders-straße 54.

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Ver-leihen gewesene Möbel hochbillig. Verolina, Kollmannstraße 49. 1114R

Privatleute verkaufen schleunigst Kuchbaumwirtschaft mit praktischer Räumlichkeiten, Gaststube, Küchen-schrank 195.-, Säulenbureau 33.-, Händler zweiflos. Neue König-straße 66 I. 290/30*

Möbel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberbortierung dabei ausgeschlossen. Bei Kaufbeis-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Räßkäse. Möbelgeschäft 91. Goldhaus, Postenstraße 38. Ecke Gneisenaustraße. 2901R

Mahagoni-Schlafzimmer, auch Ergänzungsmöbel, Kassetten, Schreib-tische, Bücherständer, 2- und 4-Zug-tische, Sofaumbauen, Truemeinrich-tung, elegant, Wirtschaft hochbillig. Kalbe-malstraße 76, Vorderhaus I links.

Möbel (billig). Keine, alte, gut renommierete Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerstraße 12, Post-amt 22. 1376R

Privatleute verkaufen Kuchbaum-möbel, Prachtstücke, Küchengeräte, Wandbilder, Federbetten, 197,00, Schreib-tisch, Sofaumbau. Galper, Postenstraße 2, 71/6*

Bettstelle, Matrize 12,00, Spiegel, Spiegelständer 14,00, Rohstoffe 2,00, elegante Wirtschaft hochbillig. Kalbe-malstraße 76, Vorderhaus I links.

Junggefellens-Wirtschaft, eventuell Einzelverkauf. Charlottenstraße 79, Duergebäude, hochparterre. 1366R

Schlennig veräußert nur Privat-leuten Kuchbaumwirtschaft mit hoch-eleganter Anrichtentische, Küchennöbeln, Küchengeräte, Teppich, Krone, zu-sammen 200.-, Schreib-tisch, Kinder-wagen. Weinmeisterstraße 2, I.

Arbeiterreform - Möbel wegen Umstände sofort billig zu verkaufen. Reußstr. Duerfurthstraße 19, parterre.

Vorwärtsleser! Ich liefere einzelne Möbelstücke mit 3-5 Mark Anzahlung, auch ganze Einrichtungen. Postlagerstraße 52, Postamt 22.

Salon, hochparterre, wie neu, sehr billig vom Privatmann. Leibniz-straße 65, vorn 1 Treppe rechts.

Möbel-Gelegenheitskäufe in aller-größter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen be-sonders billiger wie regulär. Ergänzungs-möbel. Wägete, Schreib-tische 45, Sofa 45, Garnituren 65, Truemeinrich-tung, Schreibtisch, Lederstühle, Um-bau, Federstühle ufm. hochbillig. Rembert's Möbelgeschäft, Lothring-erstraße 53, Rosenhalestr. Die Möbel sind in vier Etagen auf-gestellt. 1279R

Küchfeld, Badstraße 49, Hoch-nungseinrichtungen 165.- an, auch ausserhalb.

Küchfeld, Badstraße 49, Umbau, Plüschsofa 45.-

Küchfeld, Badstraße 49, englische Bettstellen, Matrize 39.-, gebrauchte 12.-, 15.-, 18.- ufm.

Küchfeld, Badstraße 49, Kleider-schränke 25.-, gebrauchte, große Auswahl. 2821R

Möbel-Verkehr, Brunnen-straße 7 (Kochplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zwei-zimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrik-gebäuden. Billigste Preise. Ein-Zimmer und Küche 234.-, 336.-, 400.-, 496.-, 566.-, 655.- bis 1000.-, 2 Zimmer und Küche 448.-, 501.-, 571.-, 660.-, 773.-, 867.-, 991.- bis 2000.-, Schlaf-zimmer 194.-, 270.-, erst Etage 299.-, 350.-, 401.-, Wohnzimmer, modern, 296.-, 319.-, 343.-, 403.-, Speisezimmer, erst Etage, 343.-, 373.-, 462.-, 571.-, Herrngarten, englische Bettstelle mit Matrize 42.-, Truemeinrich-tung 36.-, Plüschsofa 58.-, Um-bau 10.-, Beschäftigung ohne Anzahlung erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geduldet 8-8, Sonntag 12-2. Rein Laden. Verkauf im Fabrik-gebäude. 952R

Möbel-Teilzahlung liefert Weisung, Dresdenerstraße 124, am Postamt. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Be-kannt ohne Anzahlung. Lieferung auch auswärts. Vorgezogen dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag von 12-2 geöffnet. 1148R

Möbel-Fabrik Kemmer, Reich-bergerstraße 57, liefert realste Möbel, billigste Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 4 Prozent Rabatt.

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherständer 68.-, Schreibtisch 48.-, Bettstelle 33.-, Truemeinrich-tung 34.-, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45.-, Kleiderständer 46.-, Kücheneinrichtung 68.-, Herrngarten, Speisezimmer, Schlafzimmer, wunderpolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir. Sie sollen die Möbel nur be-schäftigen. Ehrlich, Alte Schönhauser-straße 32. 1374R

Musikinstrumente.

Pianino, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Material. Kulante Teilzahlungen. Rautsch u. Co., Potsdamerstraße 31.

Pianino, hohes, umzugs-fähig 120,00, Jander, Lurmsstraße 8. (Teil-zahlung). 71/14

Pianino, mexisches, hohes (Schmecken), 225.-, Händler zweiflos. Krüger, Friedenstraße 2 (Königs-tor). 221/5

Bilder.

Die kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Silber-Dogban, Weinmeisterstraße 2. 1006R

Fahrräder.

Herrnfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35.-, Holz, Blumen-straße 44. 1093R

Gehrodanzüge, außerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44.

Achtung! Café-Angestellte! Achtung!

Das Café „Alter Kuhstall“, Invalidenstraße 110, bleibt für organisierte Gehilfen nach wie vor gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Wilhelmshafen-straße 73 (Gehaus Lurmsstraße).

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Fahrradhaus Heise, Danzigerstraße 95. 1392R

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, und Damenfahrrad, billig, sofort, Heberstraße 42, Duergebäude par-terre. 69/3*

Fahrrad, labellos, 20.-, Grünerweg 15, vorn parterre. 70/15*

Freilauffahrrad (nagelneu) mit Summi 33,00, Kraus, Andreas-straße 54. 70/20*

Herrnfahrrad, nagelneu 35,00, Freilauffahrrad, Damenfahrrad, billig mit Garantiechein. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel.

Brennaborrad, 28, Damenfahrrad, Freilauffahrrad, nagelneu, jeder Preis. Braunand, Große Frankfurter-straße 137, Seitenflügel. 70/5*

Für 12.-, 15.-, 18.- Mark solide Gebrauchsfahrräder. Damenfahrräder 25.-, auchwärts. Pfandleibhaus, Rosenhalestr. 32. Vorwärtsleser Rabatt! 1370R

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Silberabfälle, Kälte-fälle, Fahngelbte, Duedfilder, Re-talle hochzahlend, Goldschmelze, Nieder, Köpenickerstraße 2a (gegenüber Mantelstraße). 2996R

Goldschmied, Silberarbeiten, Platin-abfälle, Fahngelbte, hochzahlend Goldschmied Jäger, Kollmannstraße 11.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Fahngelbte, Stanniol, Dued-filder kauft Kämmer, Auguststraße 19.

Fahngelbte, Zahn bis 1,00, Platin-abfälle, Gramm 5,75, Goldtoner Hollmannstraße 30. 64/2*

Platina, alte Goldschmied, Silber, Gelbte, alle Uhren, Redgold, Gold-watten, Duedfilder, Schokoladenpapier sowie sämtliche gold-, Silber- und platinhaltigen Räßstücke kauft Schmeizer, Scheideanstalt Brod, Köpenickerstraße 29. Telefon Post-lager 6958. 1332R

Cuedfilder, Jimm, Kupfer, Stanniolabfälle, hochzahlend Ein-fachbureau Heberstraße 31. 1367R

Platinabfälle, pro Gramm 5,75, Gold, Silber, Gelbte kauft Gold-schmied Brudard, Rulandstraße 22.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Bunde, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-fertigt. G. Swienty, Liebnitz-Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44R

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütchener-straße 9a.

Patentanwalt Müller, Gütchener-straße 81. 2439R

Wachstanz Heinrich Robell, Köpenick, Gneisenaustraße 36, wächtig glanzvoll Teilweise, Teilweise, vier Handblätter, vier Tafelblätter 0,10. Lieferung und Abholung Montag.

Verlebung von Frackanzügen, Smokinganzügen, Gehrodanzügen, Paletts in Herrngarderobehaus, Friedrichstraße 127. 1105R

Vermietungen.

Bäckerei, eingerichtet, nahe Frank-furter Allee zu vermieten. Röhers Horstmann, Karlsruhstr. Fährtenberg-allee. 13676*

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer, Bad-benutzung. Riegelstraße 13, vorn I links. 759*

Möbliertes Zimmer, Badbenutzung, billig zu vermieten. Postenstraße, Seumestraße 2, vorn IV. 196

Freundlich möbliertes Zimmer, Waldstraße 88, II. 729

Möbliertes Zimmer (1-2 Herren) Frau Bülow, Krausstraße 13. 742

Teilnehmer zum möblierten Zimmer, Fährtenstraße 19, vorn II, Schmidt. 764

Möbliertes Zimmerchen, separat, Gneisenaustraße 34, Hof III, Kapflich.

Möbliertes Einzel-Zimmer an Partegenossen vermietet. Doble, Bahnstraße 24, vorn I. 796

Zimmer, freundlich möbliert, Solmsstraße 19, Fraulein Farnowicz.

Möbliertes Vorderzimmer an Herrn. Bad, Post 15.-, Löhner-straße 33, II links. 7117*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, einem Herrn. Invalidenstraße 14, Hinter-gasse II links. 13445

Möblierte Schlafstelle, sofort, für Herrn. Kraus, Reußstr. 11, Kaiser-friedrichstraße 17, Gartenhaus III.

Möblierte Schlafstelle, Ederling, Königsbergerstraße 32, vorn III. 743

Möblierte Schlafstelle, Herr, Kausch, Prinz Eugenstraße 52, vorn I. 790

Freundliche Schlafstelle, 1 auch 2 Herren, Badstraße 18/14, vorn III rechts. 7137

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zauberer Schriftbauer verlangen Geb. Klein, Post, Kuhowstraße 87.

Tüchtige Glasbläsermeister und Arbeiter sucht, dauernde Stellung, Reich u. Co., Hamburg, Schulterblatt 58. 13646

Zutatenhändler verlangt Riebel, Pallasstraße 82. Auch Sonntag von 10-11. 742

Gardinschneider verlangt Kollum-straße 5, Goldleitenfabrik. 13656

50 Kotte Blusenherstellerinnen im und auherm Hause. Winkler, Reu-ßen, Allee 11. 725

Gesucht bei hohem Verdienst

tüchtiger Glasbläser. Solcher, der schon auf Mühlengedreht gearbeitet hat, bevorzugt. 716*

G. H. F. Moller, Hamburg 5.

Rockarbeiter

(Wohn über I. Lari) sucht **Fritz Decker**, Wiesbaden, Webergasse 7.

Zeichner,

erste Kraft, für Glaschilberfabrik gegen einen Wochenlohn von 60 R. die Woche gesucht. Stellung ist dauernd. **Wilhelm Hilker**, Glaschilberfabrik, 19068

Alter Steinweg 1-3, Hamburg.

Organisierte Zigaretten-Arbeiterin,

die alle Sorten arbeiten kann, nach Stettin gesucht. Smolinski, Allee 11. 742

Achtung, Wagenbauer!

In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik und sind alle Arbeitsangebote dieser Firmen strikte zurückzuweisen. Geperzt sind:

Berliner Karosseriefabrik, Schönberg, Gneisenau Str. 56, Erdmann u. Hoff, Linien-straße 139/140.

Rudolf Franke, Poststr. 11 und Courbierestr. 14.

Kochstraße, Lurmsstr. 21, Kellner, Röhren-Kugeln-Allee 101, Riemer, Neue Rönigstr. 74, Lange u. Gutzert, Frankfurter Allee 22/2

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Freie Elternvereinigung beginnt morgen Sonntag nachmittags 2 Uhr, mit ihren regelmäßigen Kinderspielen. Alle schulpflichtigen Kinder können unentgeltlich hieran teilnehmen.

Sein fünftes Stiftungsfest feiert der Arbeiter-Turnverein heute abend in Doffs Festsaal, Hauptstr. 5. Freunde der reinen Turnbewegung sind dazu höflichst eingeladen. Gleichzeitig sei

auf das Anturnen des Vereins am Sonntag, den 28. April, nachmittags, auf dem Spielplatz Rubensstraße hingewiesen.

Tempelhof.

Ueber die Bildungsbestrebungen des Proletariats referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Pich-Eiegli. Der großzügig angelegte Vortrag klang dahin aus, daß die Arbeiterschaft nicht die bürgerliche Ideologie, sondern vor allem die Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte in sich aufnehmen müsse. Redner wünscht, daß die Bildungsausschüsse von der Arbeiterschaft tüchtig unterstützt werden. — An Stelle des Genossen Pich, der sein Amt als Schriftführer niederlegte, wurde Genosse Georg Liesle

gewählt. — Nach lebhafter Diskussion nahm die Versammlung einstimmig folgenden Antrag an: „Die am 28. April tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bedauert lebhaft, daß es anscheinend nicht möglich ist, gegen die früheren Genossen Albert Thiel und Frau Marie Thiel ein Ausschlußverfahren wegen Begehung ehrenrühriger Handlungen einzuleiten, da sich beide durch Austritt aus dem Wahlverein diesem Verfahren entzogen haben. Die Versammlung erwartet vom Vorstand des Wahlvereins, daß er einen Antrag an den Parteitag vorbereitet, der es Leuten, die sich ehrenrührige Verfehlungen zuschulden kommen lassen, unmöglich macht, sich ohne weiteres der Partei wieder anzuschließen.“



Es ist kein Geheimnis, daß ich weder einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.

Mädchen- und Knaben-Kleider

in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es ist somit klar, daß ich bei den geringen Unkosten Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14826*

Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet. Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,

Neukölln

Berliner Straße No. 58 gegenüber Kaufhaus H. Joseph.

M. Schustermeister
 Berlin SO. 26
 Dresdener Straße 4
 Kottbuser Tor

Aus meiner Maß-Schneiderei

Jackett-Anzug nach Maß in elegantester Ausführung.
 48. 54. 58. 62. 65. 68. 72. 75. 82—90 M.

Rock-Anzug nach Maß in verschiedenen Formen.
 58. 62. 66. 72. 76. 80. 86—96 M.

Paletot nach Maß
 45. 48. 52. 56. 62. 68—75 M.

Ulster nach Maß
 42. 46. 48. 54. 56. 62. 68—72 M.

Beinkleider nach Maß
 14. 17. 20. 22. 24. 26—28 M.

Verlangen Sie bitte die Modenbeschreibung „Eleganz“ kosten- und portofrei.
 Vom 1. Mai ab findet der Sonntagsverkauf nur von 8—10 Uhr vormittags statt.

Auf KREDIT

Moderne Frühjahrs-Kostüme,
 Mäntel, Röcke und Blusen

5 Mk. Anzahlung

Ratenzahlungen ganz nach Wunsch.

Große Auswahl
 Herren-Ulster, Paletots,
 Rock- und Jackett-Anzüge.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbel, bunte Köchen, Polsterwaren, Teppiche.

Kaufhaus zum Rollkrug
 Hermannstr. 257. Neukölln Berliner Straße 1.

Die Konfiskation ist aufgehoben!

VON UNTEN AUF

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich
 Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken

Preis: In 1 Leinenband 5 Mark
 :: In 2 Leinenbänden 6 Mark ::

Band 1 und 2 können auch einzeln zum Preise von je 3 M. bezogen werden.

Das Werk ist von der Arbeiterpresse überaus lobend besprochen worden und sollte daher in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden).

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
 SCHARRENSTR. 36.

Moderné fertige
Herren-Bekleidung

In hervorragend guter Passform.

Sakko-Anzüge
 M. 19.- 25.- 32.- 36.- 39.- 45.- 55.- bis 65.-

Gesellschafts-Anzüge
 M. 36.- 45.- 55.- 60.- bis 65.-

Paletots und Ulster
 M. 19.- 25.- 32.- 36.- 39.- 45.- 55.- bis 65.-

Moderne Hoson
 M. 3.00 5.00 7.00 8.00 9.00 10.00 bis 18.-

August Schega
 vorm. A. Wormann G. m. b. H. □ Kottbuser Damm 77.

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für
Herren-Hüte
 in jeder Preislage in
Radloff, Charlottenburg.
 Berliner Str. 51.
 Gegründet 1878.

Der echte
Hämorrhoidal-Likör
 (das Elixier des langen Lebens)
 altertrotz zur Vermeidung von Herzleiden und daraus entstehenden Beschwerden, besonders bei Personen mit starker Lebensweise. Flasche M. 1.- u. 1.50.
Otto Reichel, SO., Eisenbahnstr. 4.

Zöpfe.
 Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 9.
 Zöpfe- und Parökenfabrik.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, sauber, Zeitlos von 25 Mark an, Moritz Laband, Neue Promenade 8, U. (Städt. Bäre.)

Nur 10% Nutzen!

Der Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg

ist durch die öffentliche Bekanntmachung gesetzlich verpflichtet, seine Waren, gleichviel ob fertig oder nach Maß, zum Selbstkostenpreis abzugeben und einen Nutzen von 10 Prozent zu erheben. Es ist somit für jedermann von großem Vorteil, seine Bekleidung nur vom Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg zu beziehen. Sie finden dort fertige Herren-Anzüge, Paletots, Ulster, Beinkleider etc.

in jeder Preislage am Lager, sowie größte Auswahl von Stoffen deutscher und englischer Fabrikate zur Anfertigung nach Maß. Herstellung erfolgt in eigenen Werkstätten. Auf Wunsch Musterversand zur Maß-Anfertigung.

Telephon: Charl. 420. **H M V** Telephon: Charl. 420.

Herren-Moden-Vertrieb Charlottenburg „Wilhelm-Platz“
 vis-à-vis Rathaus, direkt am Untergrundbahnhof Wilhelm-Platz.

Freytmuth & Stinner Wallstraße 34 an der Wilmersdorfer Straße empfehlen sich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderoben nach Maß. Reichhaltiges Lager fertiger Herren- und Knaben-Konfektion.

Damenmäntel-Fabrik **Paul Ginck** Neukölln, nur Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Strasse

Legen Sie Wert auf

Reelle
Damenkonfektion?

Meine Fabrikate sitzen ohne Änderung und sind sauber gearbeitet
Mass-Anfertigung.

Moderne
Kostüme
Mäntel
Jackette
Röcke

Durch Ersparnis der teuren
Ladenmiete
ausser-
ordentlich
billig

Michel-Brikett-Kohlenhandlung
G. m. b. H.

Neukölln Bergstraße 110
Telephon 1610. **Michel**
Kohlenplatz: **Knesebeckstr. 148**

Verkaufsstellen in Neukölln:
Niemetzstr. 18, Allerstr. 15, Bodestr. 19,
Steinmetzstr. 96, Selkestr. 29, Jägerstr. 41,
Bergstr. 155, Weserstr. 204.

Ringfrei!

Pa. Steinkohlen 1,60 M., pa. gebr. Gaskoks 1,45 M.,
feingespaltenes Brennholz pro Raummeter 12,50 M.,
kleine Körbe 30 Pl., große Körbe 50 Pl. frei Geläß.
Aus Sammeladungen Salonbriketts 1000 Stck. 7,75 M.
frei Geläß. Industriebriketts per Ztr. 0,77 M. frei Geläß.

Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 18.
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantem Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage.
dicht an der Potsdamer Straße.
Sonntags geöffnet.

**Dieser moderne
Zweireiher**

in schwarz, blau, braun und grau
mit weissen, dünnen Streifen

Für jede Körperform
passend am Lager

18.- 21.- 24.-
28.- 32.- 38.-
42.- 48.- 54.-
60.- 65.- 68.-



Der gute Ruf meiner Firma
bürgt für höchst sachgemässe
und streng reelle Bedienung

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft!

Vornehme tadellose

Maßarbeit

aus nur guten, ausgeprobten Stoffen
und Zutaten liefern zu mässigen
Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer

Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß

78 Kottbuser Damm 78

Jackett-Anzug 45 M.
nach Mass von

Rock-Anzug 54 M.
nach Mass von

Ulster nach Mass von 44 M.

Hose nach Mass von 10 M.

Um eine tadellose und gute **Verarbeitung** bewirken zu können,
bitten wir, des bestimmt zu erwartenden grossen Andranges
wegen, uns Bestellungen für das **Pfingstfest** schon jetzt zu
machen. Unsere Auswahl in prachtvollen **Stoff-Neuheiten**
ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigen-
nen grossen Betriebswerken von ersten Arbeitskräften angefertigt

Der reich illustrierte Pracht-Katalog mit Angaben der
neuesten Mode wird auf Wunsch kostenlos zugesandt

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft!